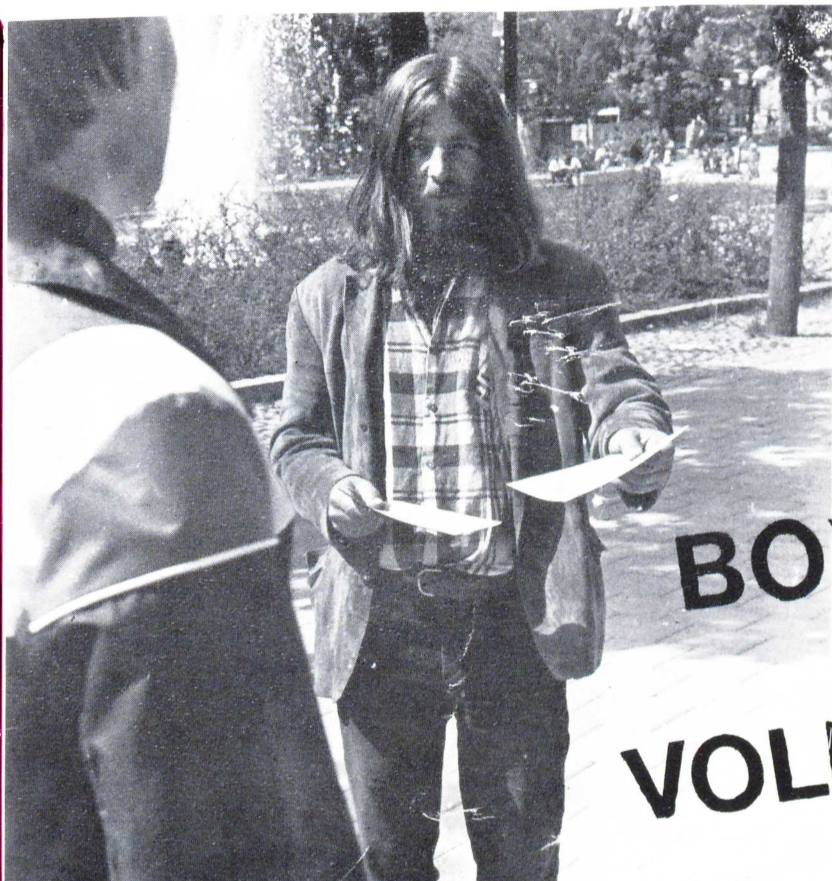
NR. 10, 1/83 4.-DM

schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT



001984 .HEUTE

BOYKOTTIERT DIE VOLKSZÄHLUNG

UND :

KABELFERNSEHN

LINKSSOZIALISTEN

CHILE - NEUE WIDERSTANDSFORMEN

CNT - KONGRESS

BOHEME UND ANARCHIE

NATIONALE FRAGE

Leserinformationen



"In der Sache Wolfgang Haug, Obere Weibermarktstraße 3, Reutlingen als Herausgeber der Druckschrift"Schwarzer Faden" gegen Deutsche Bundespost wird folgender Bescheid erlassen: Der Widerspruch gegen den Bescheid des Postamts Tübingen, vom 17. 1. 83 wird auf Kosten des Antragstellers zurückgewiesen."
Täglicher Kleinkrieg erhöht das Lebensgefühl - oder das "Märchen vom Staat und seinen Monopolbetrieben, von den Verordnungen und Paragraphen und von den Dummen, die sie nicht verstehen (wollen)."
UM WAS GEHT ES EIGENTLICH? SF-Abonnenten wissen, daß wir auf Postvertrieb umgestellt haben, daß dazu ein "Satz" des Textes vorgeschrieben ist, und das wir deshalb einige Umstellungen vornahmen (Kauf einer OLIVETTI, Herausgeber, Verein, Umstellung der Versandkartei, Druck von Einzelvertriebsumschlägen etc.). Der Post gefiel allerdings unser Schriftbild nicht, wir protestierten und das Zitat entstammt nun der Antwort:
"Im Bescheid 142-03 B 2510 vom 17.1. 83 hat das Postamt Tübingen festgestellt, daß die Nr. 9, 4/82 der vorbezeichneten Druckschrift in Bezug auf das Setzverfahren nicht den Bestimmungen des § 5 Absatz 5 Satz 2 PostztgO entspricht und angesichts der Tatsache, daß der Verleger über die Ausschlußvorschrift genauestens informiert ist, die Zulassung zum Postzeitungsdienst mit sofortiger Wirkung widerrufen.(...) Bei der OLIVETTI ET 221 handelt es sich um eine elektronische Schreibmaschine. Eine Schreibmaschine dient der Abwicklung des Individual-Schreibverkehrs (so so,SF) und ist dafür entwickelt.(Ehrlich?) Ein derartiges Gerät verliert die Schreibmaschineneigenschaft nicht dadurch, daß es - wie das vom Verleger für die Herstellung verwendete Gerät - einen Speicher und eine elektronische Fehlerkorrektur besitzt. Die Feststellung des Verlegers, daß die OLIVETTI sich nicht von den herkömmlichen IBM-Geräten unterscheide, trifft zwar auf vergleichbare Geräte zu, tatsächlich stellt die Firma IBM jedoch neben Schreibmaschinen auch eine Schreibsetzmaschine her..."
Aus unserer Antwort: "Zu Ihrer Begründung noch ein letzter Kommentar: sie ist unzeitgemäß und bürokratisch - in Ihrer Antwort betonen Sie, daß IBM zwei verschiedene Maschinen baut; wenn DAS schon verglichen verglichen wird, dann ist die OLIVETTI eine Zwischenstufe; aber darum kann es eigentlich nicht gehen - wichtig ist die Funktion und darauf geht Ihre Begründung nicht ein; Sie konnten keinen Funktionsunterschied als Begründungsursache angeben. Zudem schreiben wir mit Proportionalschrift, d. h. eine "individuelle" Schreibweise ist da wohl wirklich nicht mehr zu erkennen. Obwohl wir Ihre Antwort also für völlig unadäquat finden, erheben wir keinen Widerspruch, weil uns alles Bürokratische zutiefst anwidert und nur von der eigentlichen Arbeit abhält. Wir verabschieden uns also vom Postvertrieb.."
Ob die Post wohl einen Beratervertrag mit IBM abgeschlossen hat? Aber genug damit, wir dokumentieren dies vor allem deshalb, um durchsichtig zu machen, womit sich Zeitungsmacher so rumschlagen und um Geduld zu bitten, wenn wir rein zeitmäßig nicht immer alle Fragen sofort beantworten können. Auch natürlich, um zu zeigen, daß es manchmal nicht (oder um einen zu hohen Preis) gelingt, Kosten zu sparen oder sich zu "professionalisieren".
Mit dieser Nummer haben wir auch unseren Drucker gewechselt. Das liegt ausdrücklich nicht an Unstimmigkeiten mit unseren Freunden vom Winddruck-Verlag, sondern an der unpraktischen Entfernung und den Zeit- und Geldverlust, der durch den Transport auftritt. In Zukunft wird der SF deshalb in Karlsruhe bei der Druckcooperative/Freie Leihbücherei hergestellt.



Die Krise des linken Buchhandels betrifft so langsam auch den SF, d.h. einige Buchläden mußten aufgeben, andere die Stückzahl kürzen. Dies führte trotz Einzelabonnenten-Zugang zum ersten Mal zu einer Rückwärtsbewegung, und wir liegen wieder unter der 1000er Grenze (990). Diese Entwicklung dürfte leider anhalten, so daß wir weiterhin besonders um WIEDERVERKÄUFER (30% Rabatt) werben.
Trotzdem ist die Zeitschrift nicht gefährdet, was die erfreuliche Zunahme der Spender beweist. Die Bitte, unser PHOTOARCHIV aufzufrischen, fand jedoch bis jetzt nur bei Artemis Gegenliebe, sodaß wir sie ausdrücklich wiederholen.

Die Resonanz auf die letzte Nummer war so positiv, daß wir uns bemühen wollen, den Umfang und damit die Vielfalt der Themen aufrechtzuerhalten. Besonders starken "Widerspruch" fand der Artikel über die Nationalrevolutionäre - da wir die Diskussion keinesfalls zensieren wollen, drucken wir zwei Zuschriften von dieser Seite mit eigenem Kommentar ab. Im Gegensatz zu der verkürzten (überzogen aufrechten) und von den Informationen her oft falschen Darstellung in der Dortmunder Stadtzeitung KLÜNGELKERL (so wurde z. B. die rechte NRAO mit dem Koordinationsbüro des "linken" AUFBRUCH als ein und dasselbe ausgegeben), haben wir nicht vor die Gruppen um den AUFBRUCH und WIR SELBST in eine faschistische Ecke zu drängen. Wem wäre auch damit gedient? Die Auseinandersetzung muß aber konkreter werden, gerade angesichts dessen, daß eindeutig neonazistische Gruppen (etwa die in Frankfurt verhafteten oder Kühnen und Co) ebenfalls auf die Bezeichnung NATIONALREVOLUTIONÄRE "umsteigen" und sich sogar auf Ernst Niekisch berufen. Außer einer einmaligen kurzen Distanzierung im AUFBRUCH haben wir von seiten der NR (vor allem von WIR SELBST) noch keine Auseinandersetzung mit heutigen Faschisten finden können, bzw. Überlegungen, wie aktuellen ausländerfeindlichen Tendenzen wirksam begegnet werden kann. Auch stellen wir die Frage, ob die NR-Ansichten zum Regionalismus und Nationalismus nicht den Boden für die Ausländerfeindlichkeit mit vorbereiten, und dem Aktionismus der rechten "NR" eine intellektuelle und ideologlische Grundlage geben. In diesem Zusammenhang fordern wir auch unsere Freunde vom anarchistischen Ahde-Verlag, Berlin auf (die Ernst Niekisch neu aufgelegt haben), zu den neueren Entwicklungen aus ihrer Einschätzung einen Beitrag zu schreiben.

Für den geplanten VEREIN FLI e.V. haben wir eine Satzung ausgearbeitet, und sie den bisherigen Mitgliedern und Interessierten zugesandt. Der wohl wichtigste Abschnitt lautet:

"Der Verein 'Forum für libertäre Informationen' hat den Zweck, Theorie und Praxis der libertären Tradition mittels freiheitlicher Diskussion und Information zu fördern und zu verbreiten. In seiner Tätigkeit soll er sich an den Prinzipien der Gegenseitigen Hilfe, der Freien Vereinbarung, der Freiwilligkeit, des Föderalismus, der Basisdemokratie und Selbstverwaltung sowie der Ablehnung jeglicher autoritärer Positionen und Strukturen orientieren."

Wir planen die Gründungsversammlung in der Zeit vom 6. bis 8. Mai abzuhalten; sie muß über die Satzung beschließen. Sieben Mitglieder müssen am 9.5.mit Ausweispapieren den Verein beim Notar eintragen lassen. D.h. wir wünschen uns, daß bis zum 15.4. Vorschläge für Diskussionspunkte bei uns eintreffen, die wir in einem zweiten Rundbrief an alle Mitglieder zusammenfassen werden; daß sich möglichst alle ihre Gedanken machen, welche theoretischen Schwerpunkte sich der Verein setzen sollte; daß sich alle auf ein Wochenende in einem Tagungsheim (Übernachtungskosten einkalkulieren!) einstellen und daß sich ein paar Leute den Montag freihalten, um den Notartermin mit wahrzunehmen. Bis zum Redaktionsschluß dieser Nummer haben sich bereits 30 Projekte bzw. Einzelpersonen eingetragen; wir denken, daß sich bis zum Mai noch weitere entschließen. Wer Rückfragen hat, kann sich telephonisch (07121/370494) an uns wenden.

Da die ersten Nachfragen/Reaktionen schon vorliegen, wollen wir nochmal kurz skizzieren, was wir uns vorstellen: Der Verein soll zum einen die Basis des SCHWARZEN FADEN erweitern, zum anderen zur Theoriebildung der Anarchisten in der BRD durch gegenseitigen Austausch in gemeinsamen Diskussionen und durch Bearbeitung bestimmter Schwerpunktthemen beitragen. Das zweite resultiert aus der Erfahrung, daß das theoretische Niveau der deutschen Anarchisten nicht gerade großartig ist, daß es vor allem oft unzeitgemäß-traditionalistisch bleibt und selten zu gesellschaftlich relevanten Themen eigenständig Position beziehen bzw. Gegenmodelle vorstellen kann. Vom Rahmen des Vereins versprechen wir uns Kontinuität der Diskussion und die Arbeit an Schwerpunktthemen - die Versuche der Vergangenheit dies kurzfristig umzusetzen (z.B. Kronstadt-Kongreß) haben gezeigt, daß dann zuviel aufeinanderprallt und alle unbefriedigt über das Ergebnis sind.

Den Vorschlägen, den Verein für alle anarchistischen Zeitschriften, Verlage zu öffnen, ihn auch für Nicht-Anarchisten interessant zu machen, stehen wir nicht ablehnend gegenüber. Eine Entscheidung bzw. eine Vorstellung über eine diesbezügliche Zusammenarbeit müßte von den anderen Zeitschriften ausgearbeitet werden; der Verein schließt niemanden aus und besagt nirgends, daß er nur auf den SF bezogen sein will. Das letztere war eigentlich bereits deshalb offensichtlich, weil im Namen des Vereins, alle Mitglieder in den verschiedenen Orten der BRD, der Schweiz, Berlins etc. Veranstaltungen durchführen können; d. h. z.B. daß in Berlin die Antiquariatsgruppe im Namen des Vereins auftreten kann - mit dem SF hat dies dann nichts zu tun. Ähnliches würde für die Zeitschriften vorstellbar sein.... Am wichtigsten ist diese Form jedoch für einzelne oder eine Gruppe, falls sie ein solches bürgerlich-rechtliches Vehikel anstelle ihres Namens benutzen wollen oder müssen (z.B. Anmietung von Räumen, Infoständen...). Natürlich werden einige auch weiterhin den ganzen Versuch als "Debattierclub" abtun, aber damit wollen wir gerne leben, wenn wenigstens soviel dabei herauskommen würde, daß sinnvolle Diskussionen mit konkreten Ergebnissen möglich werden. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß der Verein keine anarchistische Ersatzorganisation werden soll und werden kann; für Aktionen etc. benötigen wir eine politisch arbeitende Föderation. In eine solche Föderation würden wir als einzelne eintreten,nicht aber als Verein ... Diese Regel ung läßt zu, daß im Verein auch Nicht-Anarchisten mitarbeiten können, solange sie an libertären Vorstellungen interessiert sind. D. h. also z. B. Linkssozialisten, Rätekommunisten, Basisgrüne, Bürgerinitiativ-Aktivisten, Scene-Menschen, Autonome, Graswurzler ... Sollte dieses Spektrum in der Lage sein,ohne Scheuklappen und Abgrenzungszwang zusammenzuarbeiten, hätte sich das Vehikel "Verein" bezahlt gemacht. Anhänger reiner Lehren, die auf alles eine verkürzte Paradeantwort anzubieten scheinen, halten wir für keinen großen Gewinn....

Inhalt



ABONNIERT:

4 Nummern SF-Abo: 15,- DM
8 Nummern SF-Abo: 30,- DM
FLI e. V. : 20,- DM

Postscheckkonto Stuttgart, F.Kamann, Ktonr.574 63-703

REDAKTIONSANSCHRIFT: Schwarzer Faden, Obere Weibermarktstr. 3, 7410 Reutlingen, Tel.07121/370494

Redaktionsschluß Nr.11/2/83: 1. 5. 83

Spendenliste zur Förderung des SF:

V.S., Dortmund 10,-; M.H., Hamburg: 20,-; F.M.,Reutlingen: 5,-; U. R., Oldenburg: 25,-; K.N., Euskirchen: 10,-; G.N., Frankfurt: 6,-; P.P., Wrestedt: 20,-; H. M., Merzig: 10,-; M. B., Mannheim: 30,-; H.M., Stuttgart: 100,-; D.G., Berlin: 12,-; O.R., Laufenburg, für viel Archivmaterial!; A. H.; Gummersbach: 10,-; W.B., München 10,- .

Pressegruppe Reutlingen
Rainer Buck
Renate Maier

Straf-befehle für Blockierer



Das Amtsgericht Münsingen hat in diesen Tagen begonnen, Strafbefehle gegen diejenigen zu verschicken, die im Sommer 1982 den Zufahrtsweg zum Atomwaffenlager bei Engstingen blokkiert haben und von der Polizei weggetragen wurden.

Die Mitglieder der Bezugsgruppen, darunter auch einige Reutlinger, wurden größtenteils zu einer Geldstrafe mit Strafvorbehalt in Höhe von 25 Tagessätzen verurteilt. Bei wenigen fiel der Strafvorbehalt (ähnlich wie Strafe auf Bewährung) weg. Manche wurden freigesprochen, darunter diejenigen, die zum Zeitpunkt der Blokkade unter 21 Jahre alt waren. Bei Einigen sind die Kriterien für die Einstellung des Verfahrens nicht erkennbar, zumal dies von der Staatsanwaltschaft nicht einmal begründet wurde. Die Höhe der Tagessätze richtet sich nach dem Einkommen und schwankt zwischen 5 und 90 DM.

Strafbefehle werden vom Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft erlassen. Zahlt man das Geld, so ist der Fall erledigt. Will man nicht zahlen, fühlt man sich unschuldig, so muß man innerhalb einer Woche Widerspruch einlegen. Dann kommt es zu einer Gerichtsverhandlung, wo erneut ein Urteil gefällt wird. Werden Strafbefehle mit Strafvorbehalt ausgestellt – so wie jetzt in den meisten Fällen – so bedeutet das, daß man sich innerhalb einer bestimmten Frist (bei den Blockierern 2 Jahre) nichts zu Schulden kommen lassen darf. Die Strafe wäre also erst dann zu bezahlen, wenn man sich innerhalb dieser Frist ein 2. Mal strafbar machen sollte, was dann ein zusätzliches Verfahren mit eventuell nochmaliger Verurteilung zur Folge hätte. Auch gegen solche Strafbefehle kann man Einspruch einlegen. Das Urteil einer folgenden Verhandlung kann höher sein als das in den Strafbefehlen.

Anklagepunkt der Staatsanwaltschaft ist das gemeinschaftliche Vergehen der Nötigung. Den Blockierern wird konkret vorgeworfen, sie hätten die Bundeswehr daran gehindert, ins Atomwaffenlager hineinzufahren und sie damit genötigt, die Polizei zu rufen.

Bekanntlich lagern in Großengstingen sechs Lance-Raketen mit einer Reichweite von ca. 110 km und der zwölffachen Sprengkraft der Hiroschimabombe. Auch deshalb war Engstingen der Ort der Blockade. Eine Forderung der Aktion war der Abbau der Atomraketen in Großengstingen und schließlich die Abschaffung aller Massenvernichtungsmittel in ganz Europa. Die Blockade wurde als Beitrag einer Kampagne für ein atomwaffenfreies Europa verstanden. In diesem Zusammenhang wird noch einmal an den Aufruf zur Sommerblockade erinnert, in dem es heißt: "Wir werden nicht eher ruhen, bis die Atomraketen aus Großengstingen verschwunden sind. Wir werden nicht nachlassen, bis alle Atomraketen in West und Ost abgeschafft sind. Dabei vergessen wir nicht, daß letztendlich alle Waffen menschenfeindlich sind und schon jetzt durch Hunger und Rohstoffverschwendung töten." ..."Wir müssen jetzt handeln und das abschaffen, was unsere Menschlichkeit, die Liebesfähigkeit in unserer Gemeinschaft und schließlich alles Leben auf dieser Erde auf Dauer zerstört."

Von den Blockierern wird der Vorwurf der Nötigung nicht akzeptiert. Deswegen legen die meisten gegen den Strafbefehl Widerspruch ein. Das Blockieren der Straße zum Atomwaffenlager (in den Strafbefehlen verharmlosend als "Sondermunitionslager" bezeichnet) wird nicht als rechtswidrig betrachtet. Die Atomwaffen, die in Großengstingen stationiert sind, sind Teil der Kriegsvorbereitung, der Straftatbestand der Nötigung der Bundeswehr ist unwesentlich im Vergleich zur Notwendigkeit, sich gegen Kriegsvorbereitungen zur Wehr zu setzen.

Im Übrigen wird hinter dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft, die Geldbuße mit Strafvorbehalt zu verhängen, der Versuch gesehen, Leute vom Einspruch abzuhalten und damit die Anzahl der Prozesse so gering wie möglich zu halten. Durch die Bewährungsfrist soll erreicht werden, daß man kein politisches Engagement mehr zeigt. Fällt man nämlich nochmals auf, z.B. bei einer unangemeldeten Demonstration, so kann es sein, daß man die Geldstrafe bezahlen muß. Die ohne Strafvorbehalt verhängten Geldbußen werden als Einschüchterung bewertet. Es soll gezeigt werden, daß die Justiz durchaus gewillt ist, auch harte Strafen zu verhängen. Daß die Blokkierer auf dieses Vorhaben nicht eingehen, zeigt der geschlossene Einspruch gegen die Strafbefehle.



VOLKSZÄHLUNG 83

WER HAT WAS ZU VERRATEN ?

von FRIEDERIKE KAMANN

001984 HEUTE

Sie stößt glücklicherweise auf Widerstand - die Volkszählung 83.
Denn was uns da im April als "Zählung" untergejubelt werden soll, geht nun wirklich weit darüber hinaus!
In einem vierseitigen Fragebogen wird uns die Angabe persönlichster Daten und Lebensverhältnisse abverlangt:

- zur Wohnungsausstattung: ob mit oder ohne Küche, Kochnische, Toilette, Bad oder Dusche; wie beheizt; ob Telefon vorhanden; wie groß die Quadratmeterzahl ...
- zur Höhe der Miete
- nach dem vorwiegenden Aufenthaltsort
- nach den benutzten Verkehrsmitteln auf dem Weg zu Ausbildungsstätte oder Arbeitsplatz sowie der darauf verwendeten Zeit
- nach Schulabschluß und Berufsausbildung
- nach der Erwerbstätigkeit einschließlich Angabe der Arbeitsstätte Schule oder Hochschule

... usw. .

Und die Antworten auf diese Fragen bleiben nicht anonym:
sie müssen zu allen im Haushalt lebenden Personen gemacht werden, deren Name und Geburtsdatum ebenfalls erfragt werden.
Zusätzlich sollen in dem ersten Formblatt Anschrift und soweit vorhanden Telefonnummer angegeben werden.

WER FLIEGT RAUS ?

Setzt man nun alle diese Einzeldaten miteinander in Beziehung, und dafür werden die Angestellten der Statistischen Landesämter, welche die Fragebögen auswerten, bezahlt,so läßt sich für die Befragten ein ziemlich konkretes Bild ihrer persönlichen Lebensumstände gewinnen - bis hin zu einer groben Persönlichkeitsstruktur.
Fällt es nicht etwa auf, wenn jemand mit Hochschulabschluß z.B. als Gebäudereiniger arbeitet?
Oder finanziert ein Arbeitsloser eine große und teure Wohnung etwa per Schwarzarbeit?



Die Raster des Normalen, Rechtmäßigen und gesetzlich Vorgeschriebenen nach denen all diese Daten auf lokaler und regionaler Ebene horizontal und vertikal zugeordnet werden können, existieren längst - und so mancher fällt hindurch.
Vor allem die, die es sich nicht leisten können:
Denn vor der eigentlichen statistischen Auswertung sollen laut §9 Abs 1 des Volkszählungsgesetzes (VG) die persönlichen Daten (Name, Anschrift, Geburtsdatum ... kurz: alle identifizierenden Angaben) mit den Melderegistern der Gemeinden verglichen werden.
Wer bislang erfolgreich die Meldepflicht umgangen hat, wegen der vorgeschriebenen Rückversicherung beim Vermieter eh schon ein Kunststück, wird nun ordnungsgemäß registriert.
Ausländer werden noch einfacher abzuschieben sein - z.B. auch wenn sie bei der Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung oder dem Antrag auf Familienzusammenführung die erforderliche Quadratmeterzahl pro Person von 12 m^2 nicht nachweisen können.
Für das Aufspüren nicht oder falsch gemeldeter Ausländer erhalten die über 600.000 ehrenamtlichen Zähler in manchen Großstädten bis zu 5 DM Kopfgeld!

DER STAAT ALS FORDERNDER "DIENER"

Dabei ist die BRD mit ihrem strikten Melderecht im europäischen Vergleich auch ohnehin schon führend! In Großbritannien z.B. existiert ein solches überhaupt nicht - dort wird nur registriert, wer wählt!
Hier in der BRD sind wir alle mit der Meldepflicht großgeworden, als sei sie eine unhinterfragbare Selbstverständlichkeit menschlichen Zusammenlebens. Daß sich in ihr der Anspruch staatlicher Behörden auf 'ihre' Bürger ausdrückt, wird auch von Linken nur selten wahrgenommen. Denn ordnungsgemäße Anmeldung öffnet den Zugang zu sozialen Einrichtungen (Arbeitslosengeld, Wohngeld ...), die sich die etatistische sozialdemokratische Arbeiterbewegung lieber vom Staat garantieren ließ, als sie in Selbsthilfe zu organisieren.
Auf der anderen Seite bedeutet sie aber auch den staatlichen Anspruch auf die Steuern. Nicht umsonst werden die Steuerkarten von den Gemeindeverwaltungen ausgegeben!

Der Staat, der sich als "Diener an der Gesellschaft" ausgibt, erwartet eben seinerseits, daß sich die Gesellschaft ihm zuvor zum Dienst verpflichtet. Sie ernährt damit das Instrument ihrer eigenen Reglementierung und Unterdrückung. -

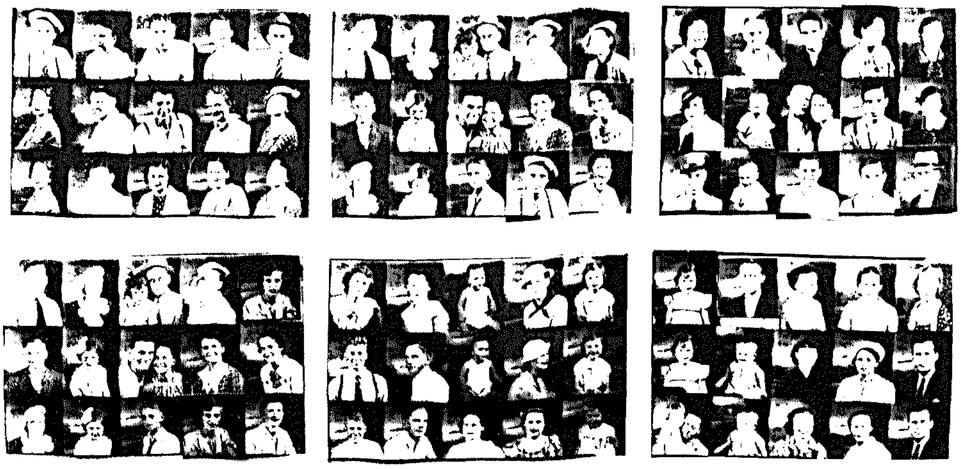
RECHTLICHE UNSTIMMIGKEITEN

Der Abgleich mit dem Melderegister, der im VG ermöglicht wird, befindet sich aber im Widerspruch zu Rechtsgrundsätzen, nach denen Daten, die für statistische Zwecke erhoben werden, nicht für Verwaltungsmaßnahmen verwandt werden dürfen.
Weiter fehlt im VG jegliche Strafandrohung. Dennoch wird denen, die die geforderten Angaben verweigern, nach §§ 10 und 14 des Bundes Statistik Gesetzes von 1980 (BStatG) mit Bußgeldern bis zu 10.000 DM gedroht. Abgesehen davon, daß sich die Bußgelder wohl tatsächlich zwischen 100 und 200 DM bewegen werden, ist die Anwendung des BStatG auf das VG inzwischen rechtlich mehr als umstritten.

Wenn sich die Ansicht zweier Bochumer Anwälte durchsetzt, ist die Verweigerung der Angaben überhaupt nicht strafbar.
Sie meinen nämlich, daß das VG gar kein Statistikgesetz im Sinne der §§ 3 und 6 BStatG ist, da es durch die zugelassene Weitergabe der Daten dessen Rahmen sprengt sowie nicht rein statistischen Zwecken dient.
Damit wäre aber auch eine Bußgeldandrohung nicht auf das VG übertragbar!

VERFASSUNGSMÄSSIGKEIT

Ohne sich der Illusion hinzugeben, daß die Verfassung irgendwelche weiterreichenden Konsequenzen auf die bundesdeutsche Rechtsprechung hätte, muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich das VG zusätzlich im Widerspruch zum Grundgesetz befindet.
Zum einen verstößt es gegen Art. 1 und 2 GG, da es "den Menschen in seiner ganzen Persönlichkeit registriert und katalogisiert, und ihn so zum bloßen Objekt degradiert. Dies stellt einen Verstoß gegen die Würde des Menschen dar." (Rechtsgutachten der Bochumer Anwälte)
Andererseits verstößt §14 BStatG (die Bußgeldandrohung) gegen Art. 103 Abs 2 GG, weil er nicht konkret genug formuliert ist.
Hier wird eine Strafe für ein Vergehen festgelegt, dessen genauere Definition erst Jahre später erfolgt - nämlich im VG. Dies erst führt ja die konkreten Auskunftsbereiche an. Solche Gesetzespraxis kennen wir auch aus der Zeit des Nationalsozialismus ...
Sicherlich, die Orientierung auf das Grundgesetz bietet wenig Aussicht auf Erfolg. Wird doch die nebulöse "Wirklichkeit der Verfassung" als "Verfassungswirklichkeit" durch unser geschätztes Verfassungsgericht definiert!
Aussicht auf juristischen Erfolg könnte dagegen die erste Argumentation haben, weil sie sich auf einen innerjuristischen Widerspruch bezieht. Zu Zeiten rein formaljuristisch orientierter Rechtsprechung werden nur solche Gründe akzeptiert -
unsere persönlichen Vorbehalte und Überzeugungen sind je nach politischer Konjunktur nicht "justiziabel".



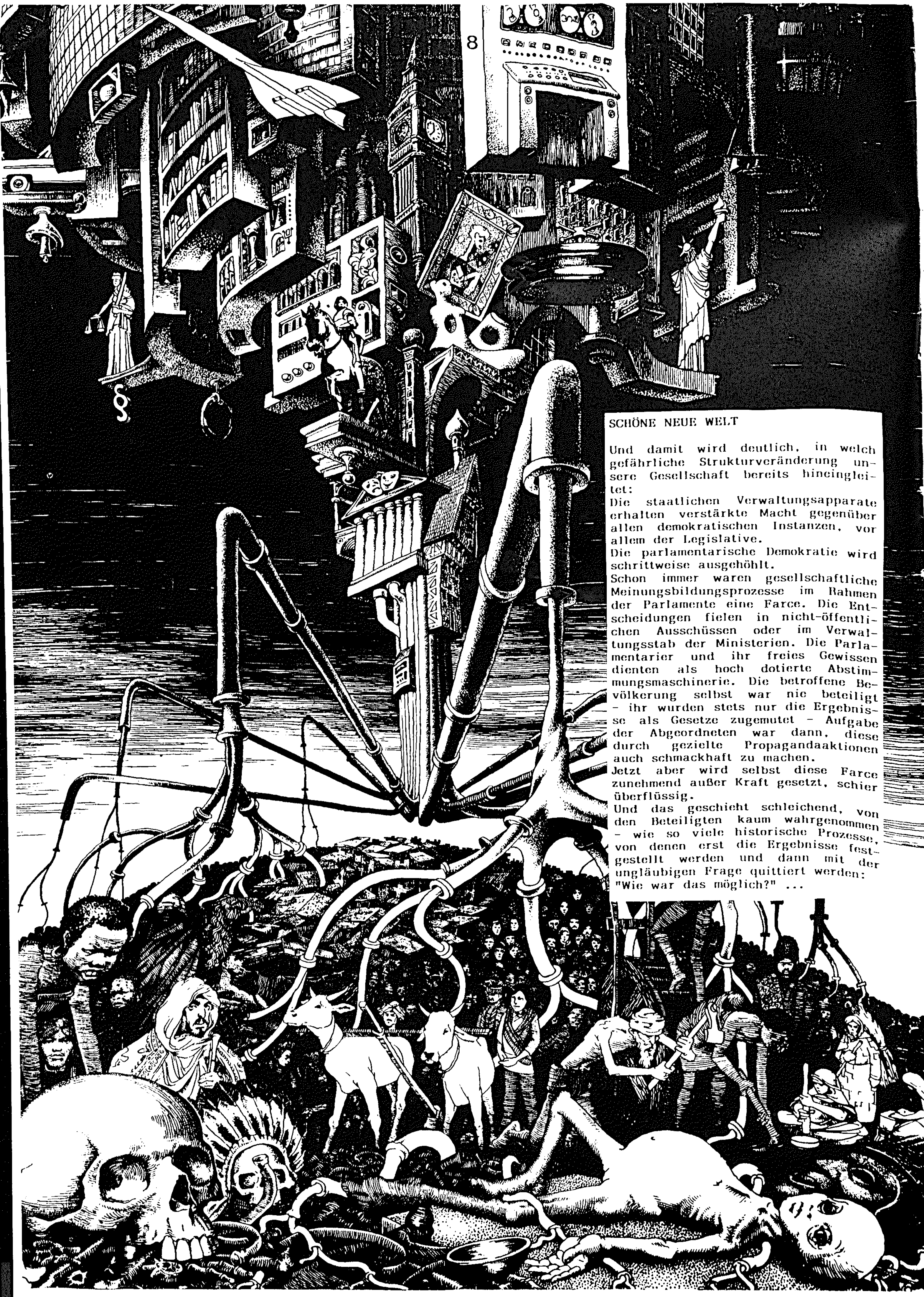
DATENSCHUTZ - MIßBRAUCH ALS ZWECK

Weitere Probleme entstehen mit der Durchführung der Volkszählung an der Frage des Datenschutzes. Waren Behörden wie das BKA bislang immer noch gezwungen, ihren Zugriff auf die bei anderen öffentlichen Institutionen angesammelten Daten (Banken, Arbeitsämter, Krankenkassen ...) rechtlich abzusichern, wird das in Zukunft nicht mehr möglich sein.
Liefern wir doch in der Volkszählung unsere bislang verstreuten Daten jetzt freiwillig gebündelt an die zentralen Rechenzentren ab!
Dort kann sich dann jeder bedienen - auch private Institutionen -, der sich auf Aufträge der zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden beziehen kann! (§9,2 VG)
Der zu befürchtende Mißbrauch wird also die bezweckte Regel sein. "Ziel der Übermittlung ist es, die mit hohem Aufwand (ca. 370 Mio DM ! d.V.) erhobenen Daten optimal zu nutzen",- so Ministerialrat Pohl vom Bundesinnenministerium im Kommentar zum Volkszählungsgesetz.
Der Datenschutz hat bei 19köpfigem Personal auf Bundesebene gegenüber 300.000 Bundesbeamten in Behörden, die mit Daten umgehen (SPIEGEL, 24.1.83), und den ohnehin dehnbaren Datenschutzbestimmungen sowieso nur Beruhigungs- und Alibifunktion.
Außerdem können die Datenschutzbeauftragten meistens nur dann in Aktion treten, wenn eine konkrete Klage gegen vermuteten Mißbrauch vorliegt - also nach vollendeter Tat!

VERWENDUNG DER DATEN

Volkszählungen, staatliche Sammlungen statistischen Materials über die Bevölkerung werden immer dann vollzogen, wenn der Staat vom Bürger etwas will.
Schon die Zählungen der Römer (auf die diejenigen jetzt so gerne verweisen, die das Ganze verharmlosen wollen) wurden einzig und allein zu dem Zweck durchgeführt, um die tributpflichtige Bevölkerung der eroberten Provinzen zahlenmäßig zu erfassen und dann das von den Steuerpächtern einzutreibende Steueraufkommen festzusetzen.
Nicht etwa, um staunend auf die "Schar alles Lebenden" zu blicken...
Heute sind Zählungen ausgerichtet an den Verwaltungs- und Herrschaftsinteressen des Staates sowie den Bedürfnissen nach Planbarkeit und Absicherung wirtschaftlicher Investitionen seitens der gesellschaftlich mächtigen Unternehmerverbände.
Und durch die Methoden der Statistik sowie die technische Entwicklung im Bereich der Datenverarbeitung und Speicherung lassen sich diese Interessen auch heute weitaus wirkungsvoller umsetzen.
So stehen die Fragebogenfragen nach dem Telefonanschluß deutlich im Zusammenhang mit der geplanten Verkabelung - ermöglichen sie doch der Bundespost, sich einen prezisen Überblick über die noch zu verkabelnden Haushalte zu verschaffen.
Konzerne können ihre Produktionsanlagen besser planen, wenn sie über genauere Strukturdaten im Beschäftigungsbereich verfügen.
Selbst künftige "Bedürfnisse" können geplant werden, wenn man statistisch berechnet, wo sie in welcher Form auftreten könnten.
Fällt den Verfechtern nicht die strukturelle Ähnlichkeit zu den verteufelten "Planwirtschaften" des Ostblocks auf?
Der Staat und seine Behörden können sich aus dem angehäuften Material wie immer die dicksten Brocken herausfischen:
auch Protest und Widerstand wird aufgrund durchschaubarer Bevölkerungszusammensetzungen planbar - und damit natürlich auch die vorbeugenden Gegenmaßnahmen.
Das bedeutet dann nicht nur vorbeugende Speicherung von Daten 'gefährlicher Randgruppen' sondern beinhaltet auch die Möglichkeit, durch strukturpolitische Maßnahmen deren soziale Beziehungen aufzuweichen und letztendlich aufzulösen; z.B. durch bestimmte Formen des Wohnungsbaus und der Regionalplanung usw. .
Gemeinsam können die kapitalistischen Unternehmen mit dem Staat die Wirtschaftskrise planen, die in den nächsten Jahren auf uns zu kommt.
Wo muß bei welcher Arbeitslosenquote welcher Einsatz erfolgen?
Mittels Computersimulationsprogrammen läßt sich die Reaktion der Bevölkerung 'ausrechnen'.





SCHÖNE NEUE WELT

Und damit wird deutlich, in welch gefährliche Strukturveränderung unsere Gesellschaft bereits hineingleitet:
Die staatlichen Verwaltungsapparate erhalten verstärkte Macht gegenüber allen demokratischen Instanzen, vor allem der Legislative.
Die parlamentarische Demokratie wird schrittweise ausgehöhlt.
Schon immer waren gesellschaftliche Meinungsbildungsprozesse im Rahmen der Parlamente eine Farce. Die Entscheidungen fielen in nicht-öffentlichen Ausschüssen oder im Verwaltungsstab der Ministerien. Die Parlamentarier und ihr freies Gewissen dienten als hoch dotierte Abstimmungsmaschinerie. Die betroffene Bevölkerung selbst war nie beteiligt - ihr wurden stets nur die Ergebnisse als Gesetze zugemutet - Aufgabe der Abgeordneten war dann, diese durch gezielte Propagandaaktionen auch schmackhaft zu machen.
Jetzt aber wird selbst diese Farce zunehmend außer Kraft gesetzt, schier überflüssig.
Und das geschieht schleichend, von den Beteiligten kaum wahrgenommen - wie so viele historische Prozesse, von denen erst die Ergebnisse festgestellt werden und dann mit der ungläubigen Frage quittiert werden: "Wie war das möglich?" ...

TECHNISCH INSTITUTIONELLER ZUSAMMENHANG

Die Gefahr der Volkszählung 83 beruht vor allem auf ihrem zeitlichen Zusammentreffen mit anderen Entwicklungen im technischen und öffentlichen Bereich:

Kabelfernsehen, computergerechte Personalsonalausweise, Personalinformationssysteme in den Betrieben, Kameraüberwachung, Polizeiausrüstung, Militarisierung, großtechnologische Projekte, Stationierung neuer Raketen ...

Alle diese Maßnahmen zielen auf einen zentral gesteuerten und kontrollierenden Staat, dessen Bürger sich seinem Arm nicht mehr entziehen können - Spielwiesen natürlich inbegriffen.

AUFRUF ZUM BOYKOTT

Natürlich läßt sich mit einem Boykott der Volkszählung allein diese Entwicklung nicht aufhalten. Aber sie ist ein wichtiger Schritt:

Bedeutet sie doch, daß wir dem Staat beispielhaft an einem wichtigen Punkt den Zugriff auf unsere Person verweigern. Und sie wäre, wenn sich massenhaft Menschen beteiligen, Anlaß zur Hoffnung darauf, daß die Sensibilisierung für das bereits vollzogene Eindringen des Staates in unser Bewußtsein wieder zunimmt!

Das Erbe des Faschismus, der uns der kritischen Staatsopposition in der Generation unserer Eltern brutal beraubte, kann von uns überwunden werden, wenn wir uns auf unsere ureigensten persönlichen Rechte und Bedürfnisse zurückbesinnen und sie offensiv behaupten.

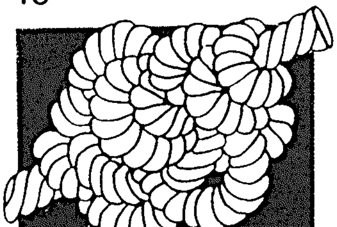
"Ich habe nichts zu verbergen; von mir kann jeder alles wissen.
Ich habe ein reines Gewissen!", äußerte sich im Südfunk ein 'anständiger Deutscher' in einer Diskussion über die Volkszählung.

Wir haben alles zu verbergen - nämlich uns selbst!

An einem VoBo interessierten Genossen geben wir gerne weitere Informationen. Wir selbst schlagen den totalen Boykott vor:

das heißt Verweigerung, die Fragebögen auszufüllen. Am besten ist, man sammelt Bereitschaftserklärungen oder die leeren Fragebögen, um so einen ungefähren Überblick zu erhalten. Die Adresse der Initiative in eurer Nähe entnehmt ihr am besten der Berliner 'tageszeitung'. Sie veröffentlicht an jedem Freitag Listen auf der 'wiese'.

Bundesweite Kontaktadresse ist:
Petra Weiss, c/o Autonomie
Thadenstr. 130 a
2000 Hamburg - 50
Tel: 040/430 00 70
(mo, mi, fr 17-19 h)





Kabel-fern-sehen

von FRANZ-JOSEF MARX

Seit einiger Zeit ist es häufiger zu hören: Die Bundesrepublik soll verkabelt werden. Was es damit auf sich hat, wer daran beteiligt ist und wer daran verdient, will ich in diesem Artikel versuchen, klarzustellen.

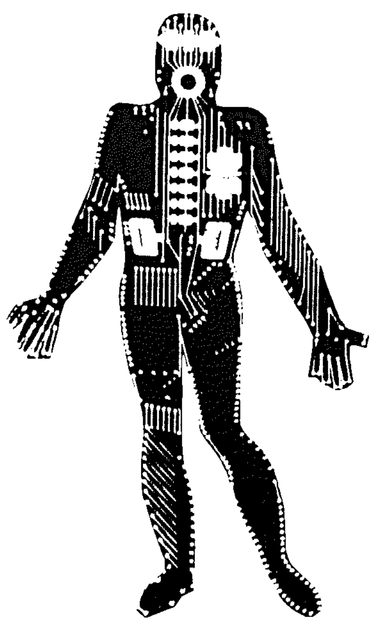
WIE FUNKTIONIERT "Kabelfernsehen"?

Kabelfernsehen, ein Bestandteil der sogenannten "Neuen Medien", ist an sich nichts Neues. Die Bedrohung, die es mittlerweile für den Bürger erhalten hat, liegt in seiner Verbindung mit einem allumfassenden Computersystem. Dadurch werden bei einer bundesweiten Verkabelung nicht nur zigtausende Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch die elektronische Überwachung eines jeden Einwohners, der ans Kabelnetz angeschlossen ist, ermöglicht. Technisch funktioniert das so, daß jeder Angeschlossene über den Rückkanal mit dem zentralen Rechner in Verbindung treten kann. Hierfür notwendig ist die gewaltige Übertragungskapazität des Breitbandkabels, welches den Plänen der Regierung zufolge verlegt werden soll und wofür der Bürger dann vom Staat zur Kasse gebeten wird - gefragt, ob er das denn überhaupt will, wird er natürlich nicht, um Widerspruch von vorneherein auszuschalten (außer in vier fragwürdigen Pilotprojekten).
Steht dann jeder Teilnehmer mit dem zentralen Rechner in Verbindung, so kann er von seinem eigenen Bildschirm aus sowohl Bestellungen aufgeben, oder Fahrpläne abrufen, Reiserouten ausarbeiten lassen, wie auch Kontoüberweisungen ausführen und ähnliche Dinge mehr. Dies hat nun wiederum Auswirkungen auf die

ARBEITSPLÄTZE

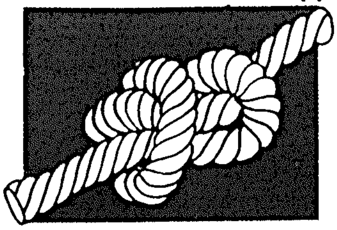
Betroffen sind vor allem Arbeitsplätze im Angestelltenbereich, der ja bisher von größeren Rationalisierungen verschont geblieben ist. Bei einer Breitbandverkabelung wird sich die Arbeitsmarktsituation aller Wahrscheinlichkeit nach dahingehend ändern, daß

- bei der Geräteindustrie zusätzliche Arbeitsplätze durch die Produktion von Kabelfernseh-Zusatzgeräten entstehen;
- bei der Produktion und Sendung neuer Programme mehr Leute gebraucht werden, die allerdings bereits bei Zeitungen und Verlagen "freigestellt" wurden.



Bestenfalls entstehen also bei einer Vollverkabelung der BRD einige tausend neue Arbeitsplätze. Demgegenüber stehen einige MILLIONEN von Arbeitsplätzen, die bei der Vollverkabelung unsicher werden, die entweder wegfallen oder gewechselt werden müssen. Leider war bisher noch nicht in Erfahrung zu bringen, wo die eventuell neuen Arbeitsplätze entstehen sollen, und von welcher Qualität sie sind - zumindest erhält man keine konkrete Antwort, wenn man es wagt, danach zu fragen.

Die immense Anzahl von wegfallenden Arbeitsplätzen ergibt sich dadurch, daß es möglich wird, Dienstleistungen elektronisch gesteuert zentral anzubieten und abzurufen. Man braucht nicht mehr zur Bank zu gehen, um sein Geld abzuholen oder um Überweisungen vornehmen zu können - man kann dies alles bequem zu Hause am heimischen Bildschirm erledigen.Ebenso wird es möglich sein, Waren im Einzelhandel per Computer zu bestellen; man braucht nicht mehr außer Haus zu gehen, sondern läßt es sich liefern. Das Prognos Institut schätzt die Arbeitsplatzverluste auf jährlich 80.000.
Eine Studie der Firma Siemens "Büro 1990" sieht sehr große Arbeitszeitein-



sparungen durch die neuen Informationstechniken und elektronische Datenverarbeitungssysteme (EDV) voraus. Diese Einsparungen sind allerdings nicht dazu gedacht, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen, sondern es sollen damit Arbeitsplätze vernichtet werden.
Im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind ohne bereits vorhandene EDV-Systeme noch 30 - 75 % der Arbeitsplätze wegrationalisierbar, ansonsten sind es 8 - 25 %. Bei Klein- und Mittel- sowie Großbetrieben wie auch bei freien Berufen liegt die mögliche Arbeitszeitersparnis bei ca. 25 - 38 %.
Gefährdet sind vor allem:

BANKEN

Sämtliche Zweigstellen einer Bank werden an den Zentralrechner der Bank angeschlossen, wo dann Kontoführung, Überweisungen, etc. ohne Personal ausgeführt werden können. Das Personal wird überflüssig und gehört nunmehr ebenfalls zu den Erwerbslosen. Weiterhin können in den Schalterstuben Automaten aufgestellt werden, falls man noch nicht ans Kabel angeschlossen ist. Diese können auch Geld auszahlen, oder Überweisungen vornehmen, kurz, sie können das Schalterpersonal ersetzen.

EINZELHANDELSGESELLSCHAFTEN

Hierbei handelt es sich vor allem um größere Ladenketten, wie z. B. REWE, COOP, Plus, etc., wo die Kassen mit Datenerfassungsgeräten ausgerüstet werden können, welche an den Zentralcomputer angeschlossen sind. Dieser kann nicht nur automa-Nachbestellungen vornehmen, sondern auch die Buchführung für das Gesamtsystem erledigen, Werbefeldzüge überwachen, Statistiken auswerten und Lagerbestände kontrollieren. Auch hier kann dann wieder entsprechend viel Personal freigesetzt werden: 310.000 Arbeitsplätze insgesamt, so die Meinung von PROGNOS, können im Bereich des Großhandels, der Handelsvermittlung sowie im Einzelhandel abgebaut werden.

KLEINERE NUTZER

Hierbei handelt es sich vor allem um Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieurbüros, welche durch Anschluß an den Zentralcomputer ihr Hilfspersonal reduzieren können.

REISEBÜROS

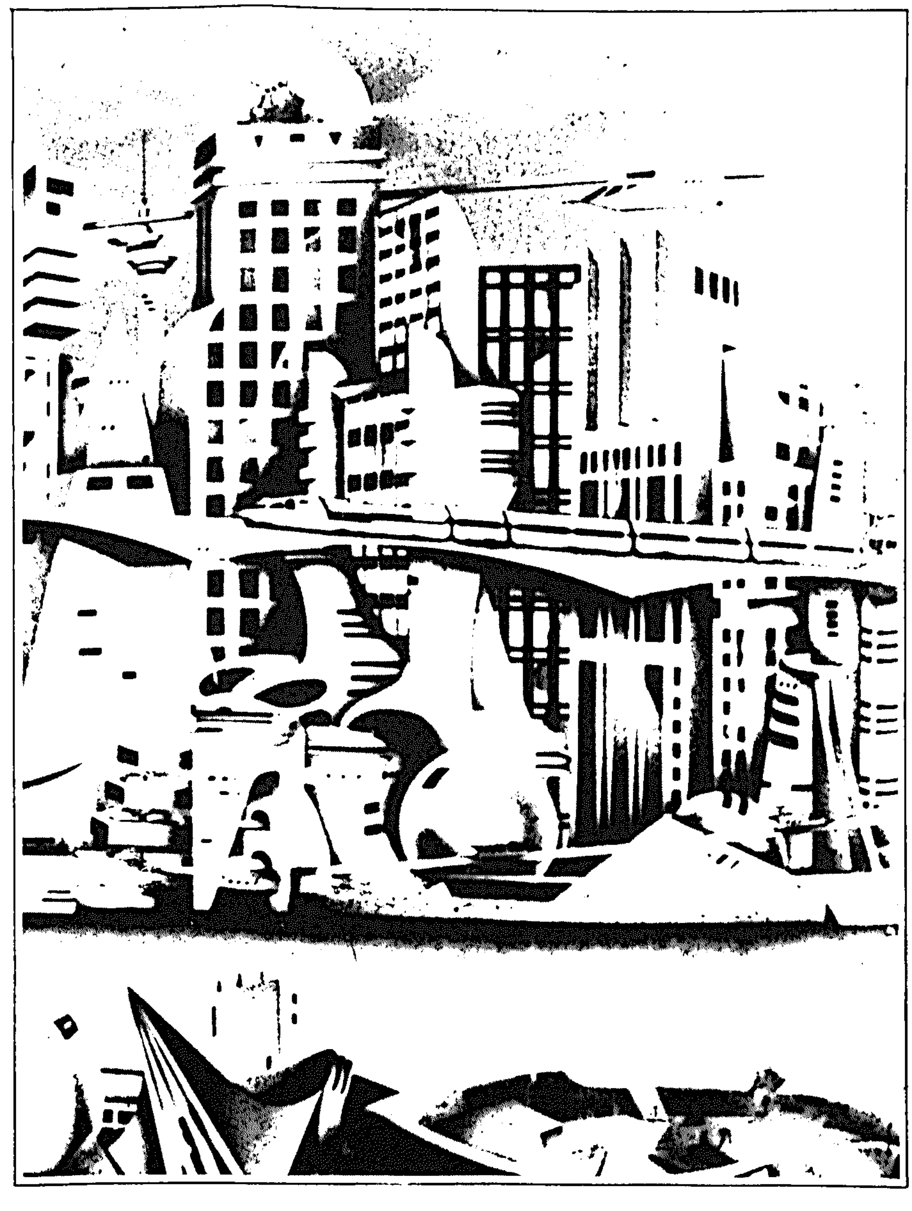
Durch gezielten Einsatz des Rückkanals können Reisebüros völlig überflüssig werden. Nach Ansicht von Friedhelm Farthmann, dem Arbeitsminister von NRW, wird es am Ende des Jahrzehnts keine Reisebüros in der Bundesrepublik mehr geben.(WAZ Nr. 289/1980)

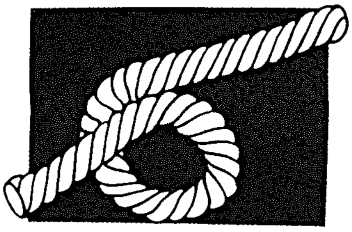
PROBLEME DES DATENSCHUTZES BEI DEN NEUEN MEDIEN

Immer mehr geraten Probleme des Datenschutzes in die öffentliche Diskussion, was dann auch dazu führte, daß der Gesetzgeber sich seiner annam. Wie üblich,kam auch hierbei nicht allzuviel Konkretes heraus,auch wenn das Land NRW den Datenschutz zum Grundrecht erhob:
"Jeder hat Anspruch auf Schutz seiner personenbezogenen Daten. Eingriffe sind nur in überwiegendem Interesse der Allgemeinheit auf Grund eines Gesetzes zulässig."

Dies hört sich zwar sehr schön an, soll es wahrscheinlich auch sein (die meisten unserer Grundrechte besitzen lediglich Alibicharakter), ist aber für die tägliche Praxis nutzlos - denn die gesamte Datenschutzgesetzgebung ist dermaßen lückenhaft, daß bereits heute nicht von einem wirksamen Datenschutz gesprochen werden kann. Technisch wäre es mit den "Neuen Medien" möglich, alles, was bei ihrem Gebrauch an Daten anfällt, zu speichern und an Interessierte weiterzugeben, ohne daß dies dem Betroffenen gesagt werden muß. Nach § 12 (2),1 des Datenschutzgesetzes gilt die Pflicht zur Veröffentlichung nicht für
"die Behörden für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, den militärischen Abschirmdienst sowie andere Behörden des Bundesministers für Verteidigung, soweit die Sicherheit des Bundes berührt wird,..."
Auch wenn der Betroffene durch Zufall erfahren sollte, daß seine Daten gespeichert wurden, erhält er auf seine Anfrage hin nicht unbedingt Auskunft:
"1. Wenn die Auskunft die rechtmäßige Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben gefährden würde,

2. die Auskunft die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden oder sonst dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde."
(§ 13 (3),1,2 BDSG)
Diese Formulierung dürfte bereits als Beispiel für Elastizität ausreichen. Doch es kommt noch besser. Im nicht öffentlichen Bereich kann die Auskunft darüber, welche Daten über jemanden gespeichert sind, bereits dann verweigert werden, wenn
"das Bekanntwerden personenbezogener Daten die Geschäftszwecke oder Ziele der speichernden Stelle erheblich gefährden würde und berechtigte Interessen des Betroffenen nicht entgegenstehen,..."
Damit zeigt sich, daß ein echter Datenschutz seitens der Politiker oder seitens der Wirtschaft weder gewollt noch praktiziert wird. War bei der





alten Regierung noch der Schimmer einer entfernten Ahnung davon, was Datenschutz wohl heißen könnte, vorhanden, so kann dies von der neuen Regierung mit "Old Schwurhand" (Innenminister Zimmermann) nicht behauptet werden. Ein Beispiel dafür ist die gefährdete Position des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Bull, dessen Amtszeit jetzt ausläuft und dem bereits seitens des Verfassungsschutzes der Einblick in die Daten verwehrt wird. Bedenkt man, welche Unmengen an Daten anfallen werden, wenn erst alles über den Computer läuft, so wird man sich vorstellen können, was es bedeutet, wenn die Daten von allen möglichen Interessenten (Preisfrage: wer kann das wohl sein?) abgerufen werden können.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: man stelle sich vor, man sei an das Bildschirmtextsystem (Btx) angeschlossen, lasse sein Bankkonto vom Computer führen, den Zählerstand für Strom und Gas fernablesen (d.h. daß kein Zählerableser erscheint, sondern daß der Zählerstand jederzeit vom Computer abgefragt werden kann), erledige seine Bestellungen ebenfalls gemütlich vom Fernsehsessel aus, beteilige sich am Pay-TV (Fernsehprogramme, die nur gegen Gebühren gesehen werden können) oder rufe die aktuellen Nachrichten auf den Bildschirm, anstatt sich den Krimi, das Quiz oder sonst irgendetwas dergleichen anzusehen - bitteschön: alle diese Daten könnten zusammen mit den Daten der Sozialversicherung, der Krankenkasse, des Einwohnermeldeamts und anderer Institutionen welche ebenfalls Datenbänke angelegt haben, auf einmal abgerufen und miteinander verglichen werden - eventuell könnte man sogar auf die Idee kommen, diese Daten an Interessierte zu verkaufen - entweder als einmaliger Vorgang oder auch im Abonnement - eine Horrorvision!

Ermöglicht wird dies durch die totale Verkabelung, den Traum sämtlicher Politiker, egal ob CSU/CDU/FDP oder SPD. Uneinig sind sie sich nur darin, ob jetzt mit Kupferkoaxial- oder mit Glasfaserkabeln verkabelt werden soll. Der jetzige Postminister Christian Schwarz-Schilling setzt auf Kupferkabel, die erst später durch Glasfaserkabel ersetzt werden, was aus seiner Sicht verständlich erscheint - deckt doch der SPIEGEL vor kurzem seine privaten Geschäftsinteressen hinsichtlich der Kupferkabel auf.

WAS SOLL DIE VERKABELUNG KOSTEN?

Der technische Direktor der Deutschen Welle in Köln, Günther Roessler, rechnete im Herbst letzten Jahres vor: Die Verlegung der Glasfaserkabel wird zwischen 180 und 200 Mrd. DM kosten - von der Post über die allgemeinen Postgebühren vorfinanziert! Welche Kosten entstehen für den Einzelnen?

Für jeden Rundfunkteilnehmer betragen die monatlichen Kosten ab 1.7.83

16,25 DM .

Für die Teilnehmer des Kabelpilotprojektes in Dortmund werden sich diese Gebühren verdoppeln ! Hinzu kommen die einmaligen Anschlußgebühren

von 400,- DM

sowie 5.- DM monatliche Grundgebühr. Nutzer von Bildschirmtext müssen ebenfalls eine monatliche Gebühr von 5.- DM bezahlen. Das heißt, die monatlichen Kosten werden

mindetens bei 40.- DM

liegen. Ein zusätzlicher Beschäftigungsimpuls für die Fernsehgeräte produzierende Industrie:

Fernseher, welche vor mehr als zwei Jahren gebaut wurden, sind für Kabelfernsehen unbrauchbar, landen auf dem Müll ...

RÜCKHOLBARKEIT

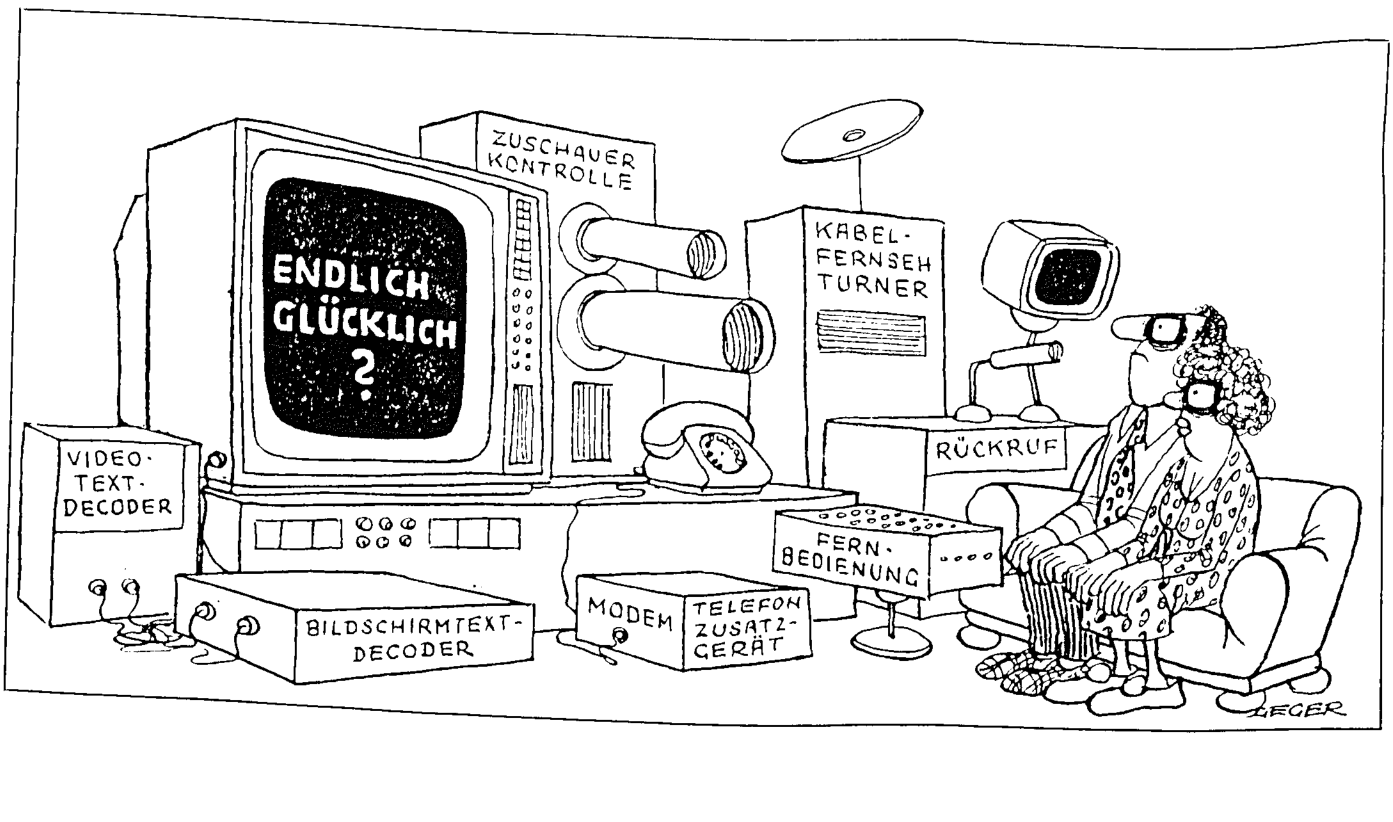
Seitens der Politiker wird immer wieder behauptet:

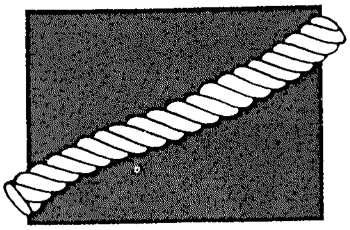
Kabelfernsehen ist zurückzunehmen. Für Dortmund gilt nach Aussagen von Dortmunder SPD-Landtagsabgeordneten allerdings nur eine "medienpolitische Rückholbarkeit". Das heißt: was in der Erde einmal an Kabeln verlegt worden ist, wird nicht wieder herausgebuddelt, sondern alles, was bisher möglich war, wird auch möglich bleiben - es wird lediglich darauf verzichtet, das Ganze noch weiter auszubauen.

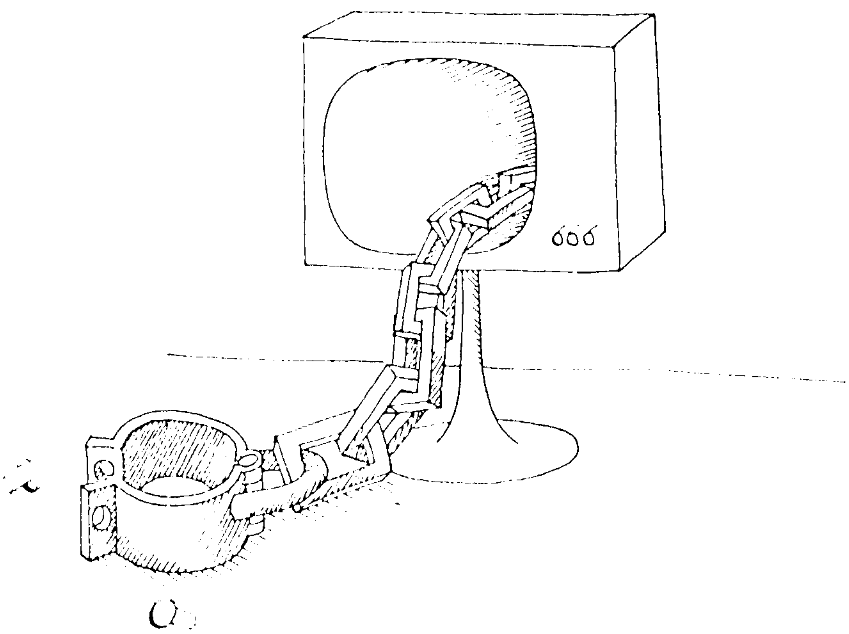
Weiterhin: als in Düsseldorf und Berlin Bildschirmtext-Pilotprojekte ge-



startet wurden, hieß es, diese Pilotprojekte seien auf drei Jahre beschränkt, und man werde erst nach Beendigung dieser Testversuche über eine mögliche bundesweite Einführung von Btx entscheiden. Genauso sollte eine Begleitforschung stattfinden - es scheint, als ob man hier einen rückholbaren Bestandteil entdeckt hätte. Jedenfalls beschloß die Regierung Schmidt/Genscher, Bildschirmtext nach Abschluß der Versuche in Berlin und Düsseldorf bundesweit einzuführen.







Es ist kaum zu erwarten, daß egal welche Regierung nach dem 6.3. eine Mehrheit haben wird Kabelfernsehn rückholbar sein wird; welche Firma wird denn schon investieren, wenn ihr nicht zugesichert wird, daß das Projekt lange genug laufen wird?
Völlig verständlich, daß der Rundfunkbeauftragte der Berliner evangelischen Kirche dieses für eine "Augenwischerei, die man eigentlich Betrug nennen müßte", hielt. Es liegt demzufolge nahe, von unten her Druck dagegen zu entfallten und sich auf keinen Fall anschließen zu lassen - auch dann, wenn dies Schwierigkeiten mit sich bringen sollte.

KABELFERNSEHEN UND MIETRECHT

Kabelfernsehen wird erst dann möglich, wenn Breitbandkabel in jeder einzelnen Wohnung verlegt werden. Der Vermieter kann dies als Maßnahme zur Wohnwertverbesserung (Modernisierung) ansehen, weshalb er die Kosten für die Verkabelung auf die Mieter umlegen kann.
Juristisch ist dies jedoch noch nicht geklärt, weshalb der Vermieter im Fall einer Klage einen Gerichtsbescheid abwarten muß - das kann bis zu 5 Jahren dauern.
Der Grund liegt darin, daß gemäß § 541 a BGB ein Mieter Maßnahmen zur Verbesserung der gemieteten Räume nur dann zu dulden braucht, sofern ihm dies zugemutet werden kann. Hierbei sollte besonders beachtet werden, daß die FOLGEN DER MASSNAHME bisher noch nicht abzusehen sind.

WORAUF IST ZU ACHTEN ?

1. Gibt es überhaupt eine schriftliche Ankündigung des Vermieters?
2. Sind Art und Umfang der baulichen Maßnahmen beschrieben?
3. Sind Kosten einschließlich der voraussichtlichen Mieterhöhung aufgeschlüsselt worden?

Zwischen schriftlicher Ankündigung der Verkabelung seitens des Vermieters und Baubeginn muß eine "angemessene Frist" vergehen, im allgemeinen zwei Monate.
Hat man an einer Verkabelung kein Interesse, so sollte man Kontakt mit anderen Mietern aufnehmen, und die HANDWERKER AUF KEINEN FALL IN DIE WOHNUNG LASSEN! AUF JEDEN FALL SOLLTE MAN SICH RECHTLICH BERATEN LASSEN!

SOZIALE AUSWIRKUNGEN DES KABELFERNSEHENS

Da das Kabelfernsehen, wie bereits geschildert, die menschlichen Kontakte auf ein Mindestmaß reduziert, sind die schlimmsten sozialen Auswirkungen zu erwarten. Wenn nämlich ein großer Teil der Arbeit über den heimischen Bildschirm als Computerterminal abgewickelt werden kann, werden Betriebsleitungen dies ohne Skrupel machen, sofern sie damit Kosten sparen können. Hierdurch entfallen dann die Gespräche im Betrieb - jeder Arbeitet allein vor sich hin; die gewerkschaftliche Organisierung der Angestellten,die jetzt nicht mehr alle zusammen in einem Büro sitzen, wird erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Telefoniert man erst einmal über Bildtelefon, so schwächt dies möglicherweise auch den Wunsch nach direktem menschlichen Kontakt ab - man sieht den anderen ja, wenn auch nur über Bildtelefon.
Ein Abnehmen der Kreativität - und als Folge die Zunahme der Anonymität innerhalb der Gesellschaft werden zu verzeichnen sein, genauso wie die Arbeitsplätze, sofern überhaupt noch vorhanden, noch stumpfsinniger werden.
Ein anderer Gesichtspunkt, der heute ernsthaft erwogen wird, ist die ärztliche Ferndiagnose. Sie macht es möglich, daß Patienten ganz "individuell" untersucht werden - nämlich zu Hause an ihrem Bildschirm!
Im Technokratendeutsch heißt dies dann: "Koordination und Effektivierung der Leistungen im Bereich der sozialen Sicherung."
Welch eine Aussicht!

ANSÄTZE ZUR GEGENWEHR - WAS KANN MAN TUN ?

Laßt euch auf gar keinen Fall anschließen!
Beteiligt euch durch eure Mitarbeit in der nächsten Bürgerinitiative an der Verhinderung dieses geplanten Wahnsinns! Wenn keine BI am Ort existiert, gründet eine! Bringt das Thema überall zur Sprache, egal wo es gibt praktisch keinen Bereich, mit dem Kabelfernsehen nichts zu tun haben wird, und sei es auch nur durch Mittelkürzungen im öffentlichen Bereich, wo Gelder dann für diesen Irrsinn ausgegeben werden. Weist darauf hin, daß die Grundlagen dieser Computertechnik im Militärbereich liegen Computer wurden zuerst entwickelt und eingesetzt, um die Flugbahn für Raketen besser steuern zu können. Mikroprozessoren sind nicht nur Arbeitsplatzkiller sondern auch für Raketensteuerungssysteme à la Cruise Missile zu gebrauchen!

* * *



* * *

Wer daran interessiert ist, weitere Informationen zu erhalten, kann sich die Broschüre "Schöne Neue Medienwelt?" für 3,50 DM in Briefmarken oder gegen Rechnung kommen lassen. Sie besteht aus 48 Seiten DIN A 5 und wird von uns, der BÜRGERINITIATIVE STOP KABELFERNSEHEN herausgegeben.
Für Dortmunder: die BI trifft sich jeden Montag, 19.30 Uhr im Turmzimmer der Hl.-Kreuz-Gemeinde, Kreuzstr./Ecke Liebigstr. .
Herzlich Willkommen!

Bericht zum 6. Kongreß der CNT

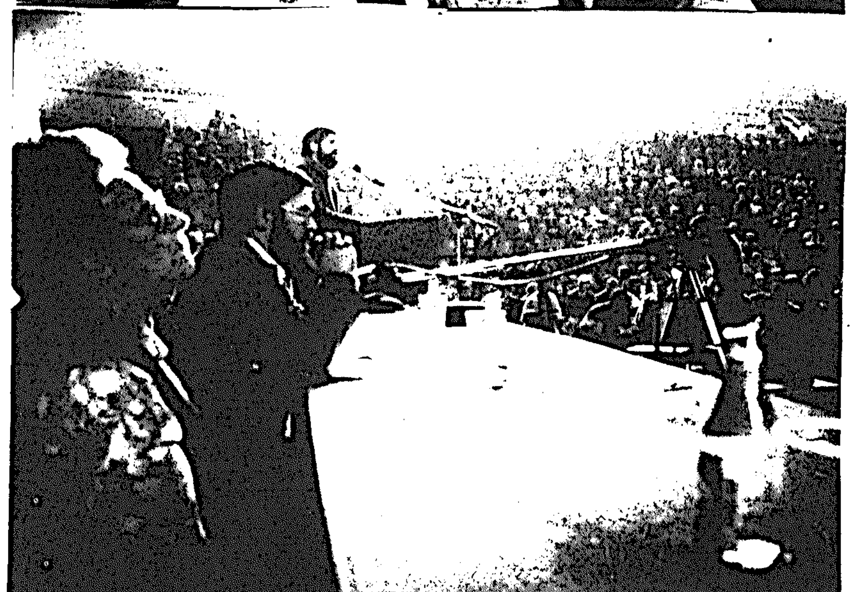
(zusammengestellt aus Le Monde Libertaire und Revista A; von Franz-Josef Marx/Wolfgang Haug)

Die CNT formierte sich im Dezember 1977 neu. Auf dem 1. Kongreß der "Nach-Franco"-Ära in Madrid wurden die Organisationsprinzipien der alten CNT weitgehend übernommen; in den Auseinandersetzungen darüber spalteten sich einige Gruppen ab und bildeten 1979 u.a. die Autonomen Arbeiter Gewerkschaften (SAT) mit rein syndikalistischem Programm. Die CNT beharrte auf ihrem anarchistischen Gedankengut.
1980 hatte sich die CNT ein zweitesmal gespalten; konfliktträchtig war vor allem die Frage, ob man sich an einer Art Betriebsratswahl beteiligen solle, obwohl den Gewerkschaften im gleichen Gesetz in entscheidenden Fragen die Hände gebunden waren; z.B. durften "Betriebsräte" nichts veröffentlichen was als "betriebsschädigend" ausgelegt werden konnte.
Die Spaltung vollzog sich in die CNT-Impugnadora oder CCT (oder "Valencia-Richtung"), die sich weiterhin anarchistischen Grundsätzen verbunden sieht, sich aber aus taktischen Gründen an den Betriebsratswahlen beteiligen wollte. International hatte diese Richtung keinerlei Interesse an "Papierorganisationen ideologischer Art" und wollte nur noch mit anderen gewerkschaftlich organisierten Anarchosyndikalisten oder revolutionären Syndikalisten in Kontakt treten. An die Beschlüsse des 5. Kongresses sah sich die Richtung der CNT-CCT nicht gebunden. Schließlich blieben unter dem alten Namen der CNT diejenigen, die sich auch den alten Prinzipien des Anarchosyndikalismus verbunden fühlen. Sie boykottieren die Betriebsratswahlen und setzen auf theoretisch verbotene Betriebsversammlungen. Diese Praxis konnte jedoch nur dort verwirklicht werden, wo die CNT auch tatsächlich über eine Mehrheit unter den Arbeitern verfügte. Da sich CCOO (kommunistisch), UGT (sozialdemokratisch), USO (unabhängig-christlich) ohne Widerspruch dem Gesetz beugten, blieb die Politik der CNT zumeist undurchführbar. International verfolgte die CNT die Weiterführung der alten IAA, d.h. sie ist an Kontakten zu anarchistischen und anarchosyndikalistischen Gruppen interessiert, auch wenn diese in vielen Ländern zahlenmäßig sehr schwach sind und keinen gesellschaftlichen Einfluß haben.

DER 6.KONGRESS IN BARCELONA (12.1. bis 16.1.83)

Der Boykott der Wahlen hat während der letzten drei Jahre zur weiteren Schwächung der CNT beigetragen







(der derzeitige Mitgliederstand liegt bei etwas mehr als 80 000), so daß sich viele Mitglieder dafür ausgesprochen haben in Zukunft an den Wahlen teilzunehmen; einige CNT-Kandidaten hatten sich sogar bereits vor dem Kongreßentscheid zur Wahl gestellt und waren auch gewählt worden. Ihre Argumentation stützte sich vor allem auf die veränderte Situation unter der neuen sozialistischen Regierung. Die beiden größten Gewerkschaften CCOO und UGT hatten die Gesetze der Regierung im Nachhinein jeweils angenommen und so eine Situation geschaffen, in der die Gewerkschaften ganz offiziell als Parodie der Regierung erscheinen. Die UGT hatte sich zudem vor allem auf den Wahlsieg der PSOE konzentriert, so daß die Betriebsratswahglen zumeist von den kommunistischen CCOO gewonnen werden konnten. Diese Entwicklung verlief parallel zum Zerfall der kommunistischen Partei Spaniens und so schlug der Führer der CCOO Marcelino Camacho, der UGT eine Vereinigung vor. Die UGT lehnt jedoch ab und spekuliert auf das Auseinanderbrechen der CCOO und den Eintritt vieler Gewerkschafter in die UGT. Die Pro-Betriebswahlgruppe der CNT erhofft sich nun, daß bei einer Beteiligung der CNT an den Betriebsratswahlen viele Mitglieder der beiden Hauptgewerkschaften zur CNT kommen, weil diese dann weder (wie bisher) im Abseits bliebe, noch die Regierungsgesetze einfach gut heißen würde. Selbst wenn die CCOO als Gewerkschaft weiterexistieren bleibt, erhofft sich dieser Teil der CNT durch den Verfall der PCE eine Loslösung der Gewerkschaft von der Partei und damit größere Handlungsspielräume für gewerkschaftliche Politik überhaupt. Unter der neuen Regierung sind zudem neue Arbeitsgesetze geplant, die vermutlich die kontrollierenden Zwischenorgane zwischen Arbeitern und Unternehmern ausschalten dürften, was den repräsentativen Gremien der Gewerkschaften in den Betrieben größeren Einfluß zukommen ließe.



Im Gegensatz dazu hat ein etwa ebenso großer Teil der Delegierten vertreten, daß jeder taktische Beschluß genau wie jede organisatorische Satzungsänderung an den Grundprinzipien der CNT orientiert sein müsse; speziell am Prinzip der DIREKTEN AKTION. Da Wahlen für die CNT intern abgeschafft seien, dürften sie auch kein Mittel auf der äußeren Ebene sein; würden sie als Mittel übernommen, würden sie anarchosyndikalistische Inhalte radikal verändern.

Die Mitgliederwerbung, für die sich beide Flügel aussprachen, soll nicht zur Illusion führen, daß die ganze Gesellschaft CNT-Mitglied werden könnte, aber den sozialen Kräften klar machen, daß in der CNT Vorbereitungen getroffen würden, eines Tages die Emanzipation der Gesellschaft zu erreichen. Da viele Arbeiter die Hauptgewerkschaften verlassen hätten und die CNT davon profitiert hätte, sahen Juan Gomez Casas (1.Generalsekretär) und José-Luis Garcia Ruez (Granada) einen Beweis dafür, daß die Strategie des 5.Kongresses, die Wahlen strikt abzulehnen, Erfolg gehabt hätte.

Trotz ausgiebiger Diskussion konnte keine Einigung erzielt werden und um eine erneute Spaltung zu vermeiden, wurde beschlossen in ca. 3 Monaten einen außerordentlichen Kongress zu diesem Thema einzuberufen. Vermutlich wird eine Entschließung Richtlinie werden, die eine Beteiligung an den Betriebsratswahlen davon abhängig macht, ob die neue sozialistische Regierung tatsächlich ein neues Gesetz verabschiedet, das den Gewerkschaften vollkommene Betätigungsfreiheit zubilligt.

SOZIALISTISCHE FRIEDENSPOLITIK

ZU DEN THESEN DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

von Siegbert Künzel

Gewalt ist ein zentrales Moment der Sicherung von Herrschaft. Der Abbau von innerer und äußerer Gewalt hängt somit eng zusammen mit der Suche nach Wegen zu einer Gesellschaft frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Diese in der Einleitung des Heftes formulierte These des Sozialistischen Büros (fortan SB) macht die Stellung des Themas Frieden als festen Bestandteil einer sozialistischen Politik deutlich. Die vorgestellten Analysen der Kriegsursachen und die darauf aufbauenden Wege zur Friedenssicherung sind als Diskussionsgrundlagen auch für andere Gruppierungen gedacht. Und ich meine, daß viele Einschätzungen und Wege und Ziele mit denen der Anarchisten ähnlich oder sogar identisch sind, weswegen dieses Heftchen für eine fruchtbare Diskussion innerhalb der anarchistischen Bewegung von Bedeutung ist. Wird hier doch versucht, nicht einfach platt für den Frieden zu sein, sondern aufgrund einer griffigen Analyse der ökonomischen, gesellschaftlichen, militärischen und politischen Strukturen innerhalb der beiden Blöcke zu einem qualifizierten Urteil über Kriegsursachen, Friedensbedrohung und Schritte hin zum Frieden zu kommen.

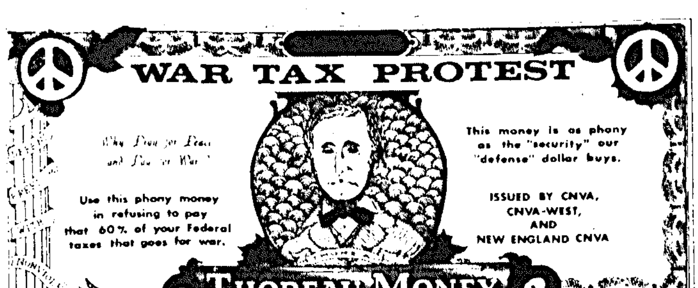
Das Heft ist in zwei große Kapitel unterteilt. Während das erste, in 4 Abschnitte unterteilte Kapitel der Analyse dient, wird im zweiten Kapitel versucht, Grundsätze (meiner Meinung nach nicht nur) sozialistischer Friedenssicherung aufzustellen und Kriterien und Aufgaben der Friedensbewegung vorzuschlagen. Den Abschluß bilden drei Dokumente, die die Diskussion um das vom SB vertretene Konzept der "Defensivverteidigung" als Übergang von atomarer Hochrüstung zur sozialen Verteidigung widerspiegeln sollen, und dieses Konzept auch näher beschreiben.

Im ersten Kapitel "Entwicklungstendenzen von Friedensbedrohung" wird zunächst auf die gesellschaftlichen Strukturen der beiden Blöcke und erst dann auf militärische Aspekte eingegangen, weil militärische Entwicklungen erst auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Prozesse, die sie tragen, ihre volle Gefährlichkeit entfalten können. Als Fazit der Analyse kann festgehalten werden, daß beide Systeme, realsozialistisches und kapitalistisches, umfassenden Umstrukturierungsprozessen ausgesetzt sind, die die Bipolarität in Frage stellen, die von ökonomischer Krise und verstärk-

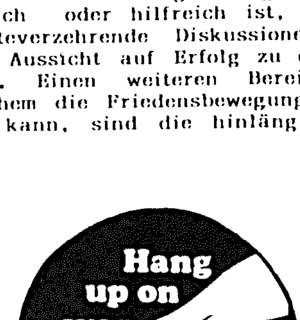


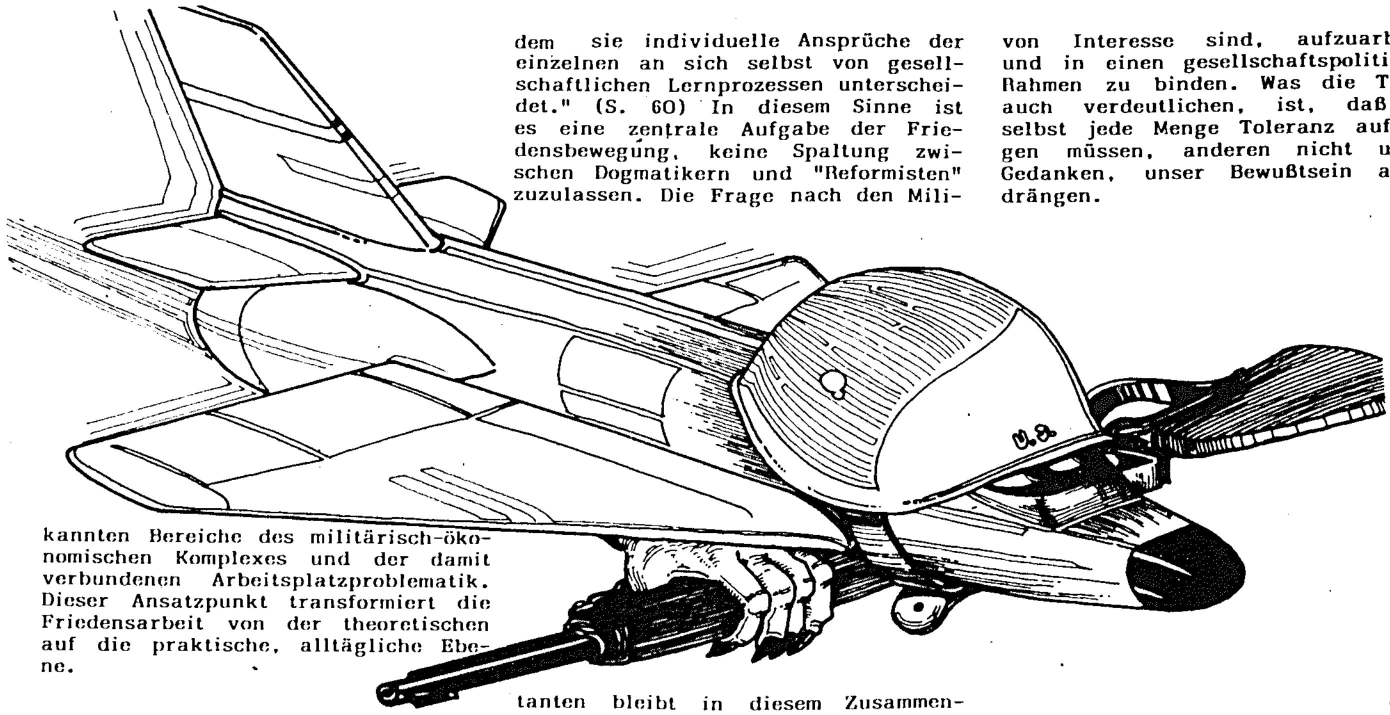
ter imperialistischer Konkurrenz gekennzeichnet sind. Diese Prozesse haben eine globale Destabilisierung zur Folge, die einerseits den Frieden gefährdet, andererseits aber auch Chancen für eine Aufweichung der Blöcke ermöglicht.
In der Analyse der militärischen Aspekte wird darauf hingewiesen, daß die Abschreckungsdoktrin für die Zukunft eher zum Unsicherheitsfaktor geworden ist, als zum Garant nichtmilitärischer Konfrontation. Zum anderen wird der Politik-Verlust der Militärpolitik bedauert, da, ähnlich dem Siegfried-Mythos, die Möglichkeit einer minimalen aber tödlichen Verwundbarkeit die Analyse der politischen Absichten des Gegners erstzt. Eine realitätsgerechte Verarbeitung der politischen Konflikte wird somit fast unmöglich.
Ein längeres Kapitel wird auch den militärstrategischen Differenzen zwischen den Nato-Partnern gewidmet.
"Aus der gegebenen geopolitischen und geostrategischen Situation heraus drückt sich das grundlegende Dilemma jeder Abschreckungsdoktrin für die NATO so aus, daß das eigene Überlebensinteresse die USA vor allem zu der Entwicklung glaubwürdiger Optionen für eine begrenzte Kriegsführung in Europa zwingt, was tendenziell die Führung eines Krieges ermöglicht und wahrscheinlich macht und damit die Abschreckung unterläuft, während das eigene Überlebensinteresse der europäischen NATO-Staaten diesen gebietet durch die Drohung mit der schnellen Eskalation eines militärischen Konfliktes in den globalen nuklearen Schlagabtausch Abschreckung zu garantieren, was tendenziell die Entwicklung glaubwürdiger Kriegsführungsoptionen ausschließt und dadurch die Abschreckung ihrer Glaubwürdigkeit beraubt,weil jede Abschreckungspolitik die Fähigkeit zur Führung eines Krieges impliziert, falls die Abschreckung doch versagt."(S.27)
Als Beispiel dieser Interessensgegensätze wird die Nato-Nachrüstung und die damit verbundene Counter-Force-Option genannt. Zusammenfassendes Fazit der gesellschaftlichen und militärischen Strukturanalyse ist, daß die politische Brisanz der gegenwärtigen Situation, die ja eine Kriegsgefahr für Europa einschließt, aus dem Zusammenspiel von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krisen bei gleichzeitiger Destabilisierung des Abschreckungssystems herrührt .
In diesem Sinne wäre es auch falsch, sich auf die staatliche Rüstungskontrolle zu verlassen, da es hierbei lediglich um die rhetorische Begleitmusik von Aufrüstung handelt. Denn nur durch sie kann im Rahmen der herrschenden Abschreckungsmuster die Destabilisierung der Doktrin aufgefangen werden.

Im 5. Kapitel wird dargestellt, daß Friedenssicherung nur ein Ziel der Emanzipationsbewegung der BRD sein kann. Frieden kann nicht getrennt werden von der Forderung nach innerer und äußrer Sicherheit,nach Freiheit, Demokratie und Lebensqualität. Auch erfordert Frieden eine ökonomische Veränderung (Produktion, Rohstoffe, Konsum), um im internationalen Rahmen Konfliktursachen zu verringern und auch der dritten Welt eine Chance zu einer positiven Entwicklung zu ermöglichen. Dem Aspekt des Internationalismus wird relativ viel Raum gewidmet, da nach sozialistischer Ansicht der Internationalismus dazu dienen kann, sich durch gegenseitige Solidarität zu helfen und die Bewegung zu stärken, aber auch die Blöcke aufzuweichen. Gerade der in der Analyse der realsozialistischen Länder herausgearbeitete Punkt, daß innere Konflikte vom Westen ausgenützt wurden und so zu Konflikten zwischen den Blöcken führten, weist ihm einen hohen Stellenwert zu.
Die letzten drei Kapitel halte ich persönlich für die interessantesten, da es hier um die Fragen einmal nach alternativen Konzepten der Friedenssicherung, zum anderen um die gesellschaftlichen Interessen, Ideologien und Bewußtseinsstrukturen, als Ansatzpunkte einer Abkehr vom Wettrüsten und zum dritten um die Aufgaben der Friedensbewegung in der BRD geht. Hervorgehoben wird, daß es äußerst notwendig ist, alternative realisierbare und konstruktive Vorschläge zur Friedenssicherung zu unterbreiten. Diese dienen einmal der Friedensbewegung dazu, Perspektiven zu entwickeln, die sie vor Resignation oder Verdrängung der Kriegsgefahr schützen. Zum anderen verhindert dies eine Integration in herrschende Sicherheitskonzepte und zum dritten wird dadurch ein Umdenkungsprozeß in der Bevölkerung ermöglicht. Und gerade die bewußtseinsbildende Arbeit ist ja die Hauptaufgabe der Friedensbewegung. Denn ohne eine langsame aber stetige Veränderung des Bewußtseins kann eine Änderung im Sicherheitskonzept nicht funktionieren, weil die realen Ängste, der Antikommunismus, autoritäre Sozialisationsstrukturen usw. Stützen des herrschenden Abschreckungssystems sind. So sollten die vorhandenen Bewußtseinsstrukturen und die vielfältig existierenden Interessen nicht von der Friedensbewegung ignoriert werden, weil dies einer Selbstbeschneidung der Wirkungsmöglichkeiten gleichkäme und einer demokratischen Erneuerung entgegenstehen würde.
Für die konstruktiven Friedenssicherungsvorschläge werden zwei Ziele formuliert, nämlich einmal speziell das Vernichtungsrisiko für Mitteleuropa zu senken und zum zweiten die Kriegsgefahr ganz allgemein drastisch zu reduzieren. Für diese beiden Ziele wird ein Kriterienkatalog aufgestellt, der zur Beurteilung solcher Alternativen herangezogen werden kann. Dieser Katalog wird erweitert um Kriterien, die der Einbindung der Friedensbewegung in gesellschaftliche Veränderungen gewidmet sind und die die Alternativen nicht bloß auf den militärischen Bereich beschränken.
Anschließend werden Wesen, Anforderungen und Probleme einseitiger Abrüstung behandelt. Sozusagen als logische Fortsetzung der Abrüstung, wird das Devensivkonzept des SB vorgestellt. Positiv anzumerken ist, daß das SB auch die Probleme, die mit diesem Konzept verbunden sind, offen zugibt und auch dem kritischen Betrachter Möglichkeiten aufzeigt, welche positiven Innovationen von diesem Konzept ausgehen können. Eine Weiterentwicklung, hin zur Sozialen Verteidigung sei anzustreben und schließe sich nicht gegenseitig aus. Der Sinn eines solchen Konzeptes liegt m. E. darin, daß der Bevölkerung Zeit gegeben wird, ihre Sicherheitsbedürfnisse und -ängste neu zu überdenken und so auch zu weitergehenden Schritten bereit zu sein.



Kritik an der Bewegung der "atomwaffenfreien Zonen" wird deutlich, weil hier, ebenso wie bei Selbstbeschränkung auf die bloße Verhinderung der NATO-Nachrüstung, weite Bereiche der Sicherheitspolitik nicht behandelt werden.
Utopisch erscheint mir aber die Annahme, die NATO sei von innen heraus zu verändern. Ihr Ziel, damit auch andere NATO-Bündnisgenossen zur Umkehr zu animieren, ist zwar lobenswert, aber ich glaube, daß dies nicht unbedingt zwingend erforderlich oder hilfreich ist, da hier kräfteverzehrende Diskussionen ohne viel Aussicht auf Erfolg zu erwarten sind. Einen weiteren Bereich, an welchem die Friedensbewegung ansetzen kann, sind die hinlänglich be-



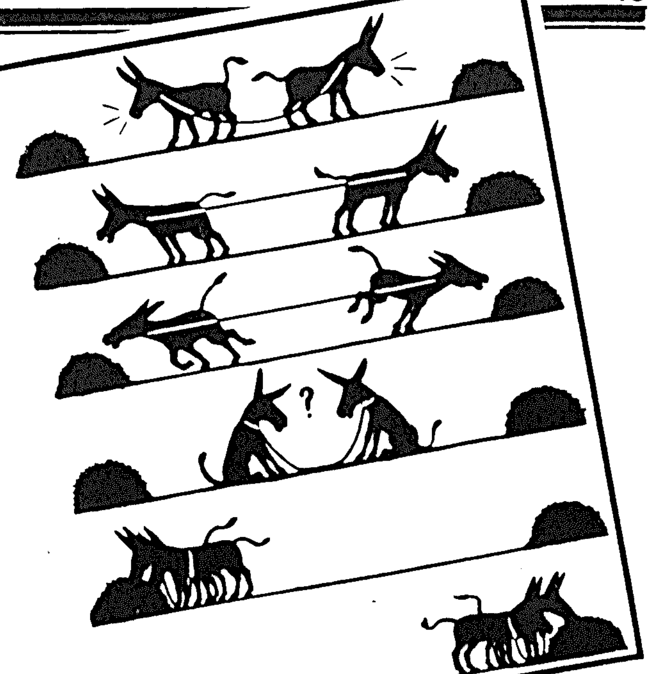


kannten Bereiche des militärisch-ökonomischen Komplexes und der damit verbundenen Arbeitsplatzproblematik. Dieser Ansatzpunkt transformiert die Friedensarbeit von der theoretischen auf die praktische, alltägliche Ebene.

Zum Abschluß will ich noch kurz auf die Friedensbewegung eingehen. Einleitend wird deutlich gemacht, daß die Friedensbewegung einen langen Atem braucht und massive Widerstände zu erwarten hat.Die Verquickung von individueller und gleichzeitig auch gesellschaftlicher Veränderung, eingebunden in das alltägliche Leben, sollte dazu führen, daß durch eine neue Wertorientierung ein langsamer Bewußtseinswandel in der Bevölkerung erreicht wird. Der Abbau von Feindbildern im Verbund mit dem Aufbau von Realbildern nimmt hier eine wichtige Stellung ein. Wichtig erscheint mir die Forderung nach der Organisierung von gewaltfreien Widerstandsformen (Ziel-Mittel-Einheit) und dem Aufbau eigener Kummunikationsstrukturen. Insgesammt bedarf es einer dezentraler Organisationsform, um Lernprozesse im vertrauten Umfeld beginnen zu lassen und sie so gegen Resignation und Verschleiß durch den zu erwartenden Widerstand zu schützen.
Gefahr droht der Friedensbewegung dadurch, daß interessengebundene Gruppierungen sie zu instrumentalisieren suchen, was einer Verbreiterung der Bewegung entgegensteht und innerhalb der Bewegung Konflikte bis hin zur Spaltung verursachen könnte.
Auch wird vor einer allzu voreiligen Vereinheitlichung auf der Grundlage des so beliebten minimalen Konsens (wie mal wieder beim Ostermarsch sehr offensichtlich zu beobachten war!) gewarnt, weil dies zum Abbruch des eigenen Lernprozesses und somit zur Demotivation führen muß.
Der Lernprozeß wird aber ebenso durch innere Feindbilder blockiert. "Isolierung und Spaltung kann auch von denen erwartet werden, die mit großem Eifer sich für den Frieden einsetzen, aber eine Reinheit der Haltung von sich und anderen verlangen oder zur Vorbedingung machen, die nicht in der Friedensbewegung und erst recht nicht in der Gesellschaft nachvollzogen werden kann. So faszienierend Ideologien der Reinheit sein können, die Friedensbewegung muß ihnen entgegentreten, indem sie individuelle Ansprüche der einzelnen an sich selbst von gesellschaftlichen Lernprozessen unterscheidet." (S. 60) In diesem Sinne ist es eine zentrale Aufgabe der Friedensbewegung, keine Spaltung zwischen Dogmatikern und "Reformisten" zuzulassen. Die Frage nach den Militanten bleibt in diesem Zusammenhang allerdings unbeantwortet - vielleicht gibt hier ja die grundsätzliche Befürwortung der Ziel-Mittel-Einheit eine Antwort.
Insgesamt scheint mir der Versuch gelungen, die wichtigsten Punkte, die für die Zukunft der Friedensbewegung von Interesse sind, aufzuarbeiten und in einen gesellschaftspolitischen Rahmen zu binden. Was die Thesen auch verdeutlichen, ist, daß wir selbst jede Menge Toleranz aufbringen müssen, anderen nicht unsere Gedanken, unser Bewußtsein aufzudrängen.

SOZIALISTISCHE FRIEDENSPOLITIK
Thesen des Sozialistischen Büros
Verlag 2000, Postfach 591
6050 Offenbach
Preis: 6,50 DM, 82 Seiten

Links-sozialisten in Europa



von Horst Blume

Der Aufschwung der Grünen und die mit ihnen im Zusammenhang stehende Debatte über den Stellenwert von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit wird in vielen Diskussionen der undogmatischen Linken in der BRD in der Regel nur auf den jetzigen Augenblick hin diskutiert. Die Beschäftigung mit diesem Thema ist in fast allen anderen europäischen Ländern schon in den 60er und 70er Jahren gelaufen. Es handelte sich hierbei um Organisationen außerhalb der offiziellen kommunistischen und sozialistischen Parteien, die sich unter dem Eindruck der Maiereignisse 1968 in Frankreich die Frage stellten, wie die spontane Erhebung breiter Bevölkerungskreise gegen bestehende Unrechtszustände mit einer verbindlicheren und über einen längeren Zeitraum bestehenden Organisation zur Sicherung erkämpfter Positionen unter einen Hut gebracht werden könnte.In Italien, Norwegen, Dänemark, Niederlande, Portugal und Frankreich entstanden eigenständige linkssozialistische Parteien, in denen trotzkistische, spontaneistische, maoistische, libertäre, linkssozialdemokratische und linkskommunistische Gruppen mal mehr, mal weniger Einfluß ausübten. In der BRD blieben diese Parteien nahezu unbekannt und es ist das Verdienst des Junius-Verlages eine intensivere Auseinandersetzung zu diesem Thema mit der Herausgabe des Buches "Linkssozialisten in Europa" möglich gemacht zu haben. Es ist sicherlich nicht zufällig,daß das Erscheinen dieses Buches in eine Zeit fällt, in der mit den Grünen das herrschende Parteiensystem aufgebrochen wird. Allerdings weisen die Linkssozialisten einige Unterschiede gegenüber den Grünen auf: Da sie größtenteils aus Abspaltungen der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien entstanden sind, verstehen sie sich als Teil der Arbeiterbewegung und sehen die Notwendigkeit, eine Verbindung zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen und den Arbeitern herzustellen. Die linkssozialistischen Parteien sind locker organisiert, lehnen Avantgardismus ab und versuchen neuere sozialistische Theorien mit emanzipatorischen Inhalt aufzugreifen. Parlamentarische wie erklärtermaßen außerparlamentarische Arbeit wird geleistet, wobei die zum Teil heftigen Diskussionen hierüber entscheiden, worauf das Schwergewicht gelegt wird. Libertäre Tendenzen gab oder gibt es bei den Linkssozialisten in größerem Ausmaß. Interessant ist, daß dort, wo vor dem 2. Weltkrieg starke anarchistische Bewegungen existiert



haben, sich dies in den linkssozialistischen Parteien nach dem Kriege niedergeschlagen hat, während die eigentliche anarchistische Bewegung fast von der Bildfläche verschwunden ist.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die PSU (Parti Socialiste Unifé) in Frankreich, deren Entwicklung ich näher darstellen möchte.

Die bis zum 1. Weltkrieg bestehende große anarchosyndikalistische CGT (jetzt ist sie allerdings kommunistisch) hat dafür gesorgt, daß das Mißtrauen gegen Hierachien und das Wissen um die Wirksamkeit der direkten Aktion als Kampfform auch in neuerer Zeit bei vielen Menschen immer noch eine wichtige Rolle spielt. Schon während der Algerienkrise arbeiteten verschiedene sozialistische Gruppen zusammen und gründeten 1960 die PSU. Für die einen sollte mit ihr die Einheit der linken Kräfte erreicht werden, während die anderen in ihr die Möglichkeit zur grundsätzlichen Erneuerung der Linken sahen. Bei den Wahlen erhielt die ca.16.000 Mitglieder zählende PSU 2,3 % der Stimmen. Der sehr heterogen zusammengesetzten Partei gelingt es 1968 stellenweise, eine Verbindung zwischen den streikenden Arbeitern und den demonstrierenden Studenten herzustellen. Die PSU geht gestärkt aus den Maiereignissen hervor; die Sozialdemokratie hat mit 5 % der Stimmen ihr schlechtestes Wahlergebnis. Auf Seite der extremen Linken haben sich starke, gut strukturierte Gruppen (Trotzkisten, Maoisten...) gebildet, die zum Teil in der Folgezeit auf sie einwirken. Die Mitglieder der PSU beteiligten sich an den verschiedenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und lehnten eine zentralistische,

fest organisierte Partei ab. Die Hinwendung zu dem recht bekannt gewordenen Selbstverwaltungskonzept kündigt sich an. 1973 bildet die PSU zusammen mit Linkskommunisten und Trotzkisten die "Verbindungskommitees für eine sozialistische Selbstverwaltung". Ebenfalls in diesem Jahr findet der wohl bedeutenste Arbeitskampf der Nachkriegszeit statt: Die von der Schließung bedrohte Uhrenfabrik Lip in Besancon wird von den Arbeitern besetzt, Produktion und Uhrenverkauf in eigener Regie übernommen. Die Sprecher der Arbeiter sind Mitglieder der PSU, die Partei kann sich als authentisches Sprachrohr der Belegschaft profilieren und stellt ihre Organisationsstruktur den Erfordernissen des Kampfes um Lip zur Verfügung. Die ursprünglich linkskatholische Gewerkschaft CFGT unterstützt - im Gegensatz zur kommunistischen CGT - vorbehaltlos den Kampf der Liparbeiter und macht sich die Selbstverwaltungsperspektive zu eigen. In dieser Phase wird die PSU von weiten Kreisen der Arbeiter stark beachtet. Als 1977 die neugegründete Sozialistische Partei mit Wahlerfolgen aufwartet, gerät sie mehr und mehr in die Isolation. Zunehmende Bürokratisierung und eine recht unkritische Haltung zum "Gemeinsamen (Wahl-) Programm" der Kommunisten und Sozialisten bewirkte ein Abwandern von zahlreichen PSU-Mitgliedern. Auch die Verbindung mit der Ökologiebewegung im Jahre 1978 ergab für die 3000 verbliebenen PSU-Mitglieder keine neuen Perspektiven, sodaß die Zukunft für die PSU heute ungewiß ist.

BEWERTUNG DER PSU

Ein Vorteil der von der PSU gewählten Organisationsform stellten die offenen Strukturen dar. Sie wurde von den sozialistischen Gruppen, mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten genutzt, um produktive Fragestellungen zu erarbeiten. Neben der Kooperation innerhalb der jeweiligen Arbeitsfelder stellte man Überlegungen an, wie die einzelnen scheinbar voneinander isolierten Interessen in eine Gesamtperspektive einmünden können. Wenn sich auch die PSU - besonders in ihrer späteren Geschichte - sich in einigen Fällen aufkommenden Bewegungen angepaßt hat, so konnte sie doch viel sensibler und flexibler auf veränderte Bedingungen eingehen als andere Gruppen es vermochten. Indem die PSU sich die Selbstverwaltungskonzeption zu eigen machte, konnten in ihrem Rahmen verschiedene organisatorische Vorstellungen in der theoretischen Auseinandersetzung sich miteinander messen, ohne daß dabei die sozialen Bewegungen zwischen die Mühlsteine der verschiedenen reformistischen oder parteikommunistischen Strategien kamen. In dem Lip-Konflikt war es sehr wichtig, daß es neben der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei noch eine 3. landesweit organisierte Kraft gab, die ihren Apparat in die Hände der spontan aufkommenden Unterstützungsbewegung legte und auch durch den illegalen Uhrenverkauf das Selbverwaltungsexperiment über Jahre hinweg möglich machte. Indem in fast jeder Stadt Frankreichs die Liparbeiter über organisierte Fürsprecher verfügten, konnte die weitgehend desinformierte Bevölkerung mit authentischen Aussagen der Betroffenen versorgt werden und war nicht nur auf die Presse angewiesen.
Während die maoistischen, trotzkistischen und kommunistischen Gruppen mit dem Interesse, ihre eigene Organisation zu stärken an den Auseinandersetzungen teilnahmen, setzte sich in der PSU "zunehmend die Position durch, daß die grundsätzliche Spaltung in der französischen Arbeiterbewegung nicht zwischen einer reformistischen Massenbewegung einerseits und einer revolutionären Strömung (in der Arbeiterlinken) andererseits verläuft. Entscheidend wird für sie vielmehr eine Scheidelinie zwischen einer Strömung, welche die Konzeption einer dezentralisierten Selbstverwaltung anstrebt, hier und den Vertretern eines politischen und gesellschaftlichen Zentralismus und eines zentralistischen Staates dort." (S.120)

Diese Haltung wurde 1977/78 aber nicht mehr konsequent durchgehalten, da die Mehrheit der PSU das "Gemeinsame Programm" in Erwartung eines Wahlsieges der Linken um eine radikale Komponente bereichern wollte. Die (wenn auch an Bedingungen geknüpfte) Unterstützung eines Regierungsprogramms ließ die bisher dominierenden Absichten der PSU-Mitglieder, selbstständiges und selbstbewußtes Handeln und Experimentieren zu fördern, in den Hintergrund drängen. Dazu kam noch, daß bestimmte Forderungen als zu weitgehend für ein Regierungsprogramm gestrichen wurden und so radikalere Gruppen, die einiges in Gang gesetzt haben, nicht mehr berücksichtigt wurden. Die PSU degenerierte in der Folgezeit immer mehr zum Korrektiv an der Politik der beiden Linksparteien. Und da sie dadurch nur noch das schlechte Gewissen einer anderen Bewegung war ohne etwas radikal neues zu wollen.



stellte sie keine eigenständige Kraft mehr dar und ihre Basis schmolz schnell dahin.

DIE HALTUNG DER ANARCHISTEN ZU DEN LINKSSOZIALISTEN

Die üblichen Beurteilungskriterien mit denen die Anarchisten bisher an andere Organisationen herangegangen sind ("Wer wird im Sozialismus die Macht haben? Wahlbeteiligung ja oder nein?") simulieren zwar eine politische Weitsichtigkeit vor, helfen aber in der Realität nicht weiter, weil von ihnen andere Organisationsansätze nicht im besonderen Zusammenhang der gesellschaftlichen Zustände, die sie hervorgebracht haben, gesehen werden, sondern unter dem Gesichtspunkt der Abweichung von der "reinen" Lehre. Die Abneigung, an gemeinsamen Erfahrungsprozessen teilzunehmen, sich in einen intensiven arbeitmäßigen Zusammenhang auch mit denjenigen zu begeben, mit denen sie nicht in allen Punkten einer Meinung sind, hat dazu geführt, daß die Anarchisten zur Aufbewahrorganisation für revolutionäres Erbe verkamen und eine Gruppe wie die PSU zum Kristalisationspunkt der Selbstverwaltungsbewegung wurde.
Eine rein abstrakt-theoretische Belehrung über die Unzulänglichkeiten parlamentarischer Vertretungssysteme bewirkte rein gar nichts. Wenn man als selbsternannter "Spezialist für freiheitliches organisieren" nicht in der Lage war, akzeptable Vorschläge zu praktischen und strukturellen Problemen in einen von verschiedenen Meinungen beherrschten Entscheidungsprozess einzubringen, wirkt man auf andere dazu noch unglaubwürdig. Auch Anarchisten sind nicht im Besitz von hochentwickelten Organisationsvorstellungen, für die man nur noch günstige Anwendungsbedingungen schaffen muß. Deswegen geht es darum, an den emanzipativen Bewegungen in dem organisatorischen Rahmen anzuknüpfen, in dem sie sich tatsächlich befinden, um dort dafür zu sorgen, daß einmal erarbeitete libertäre Positionen nicht einfach durch ein Abflauen der spontanen Bewegungen verloren gehen können.

.... UND IN DER BRD:

Meiner Meinung nach dürfen sich in der BRD die Anarchisten nicht mit überzogenem Übereifer von anderen undogmatischen Sozialisten abgrenzen, um den eigenen Anhängern einfachere politische Identifikationsmöglichkeiten zu verschaffen. Denn die daraus entstehende Lagermentalität mit ihrem verengten geistigen Horizont wird uns nicht in die Lage versetzen, produktive Fragestellungen zu entwickeln und weiterbringende Schlußfolgerungen aus ihnen zu ziehen: Wie kann ein freies Zusammenspiel möglichst vieler Menschen gegen die existierenden ungerechten Gesellschaftsstrukturen möglich gemacht werden? Wie können diese verschiedenen Kräfte dabei in einen geistigen und praktischen Lernprozeß eintreten, um die Zersplitterung und Konkurrenz der verschiedenen Interessensschwerpunkte aufzuheben?
Wenn der Wahlboykott heute mangels boykottierender Masse realistischerweise von vielen Anarchisten abgesagt wird, um an seine Stelle das Motto "Kämpfen statt wählen!" zu stellen, spiegelt ein solches Vorgehen im Grunde immer noch das gleiche Dilemma wieder, indem sich die Anarchisten seit dem 2. Weltkrieg befinden: Das kämpferische Pathos ihrer Worte kann ihre Ratlosigkeit gegenüber den Anforderungen, die die aktuelle Situation an sie stellt, nur mühevoll übertünchen. - Und im Übrigen würde ich als außerparlamentarisch arbeitendes Bürgerinitiativmitglied in diesen Vorhaltungen großartiger anarchistischer Binsenwahrheiten eher eine Zumutung, denn eine Hilfe sehen. Denn wer bisher "gekämpft" und etwas zustande gebracht hat, und wer hier der Papiertiger war, dürfte wohl klar sein.

Wenn wir Widersprüche und Ungereimtheiten in uns nahestehenden Bewegungen glauben entdeckt zu haben, müssen wir uns auch dorthin begeben, wo sie anzutreffen sind, um zu einer positiven Weiterentwicklung in unserem Sinne beizutragen!

LINKSSOZIALISTEN IN EUROPA
Junius-Verlag
Von Hutten-Straße 18
2000 Hamburg 50
Preis: 24,- DM, Seiten: 215



AUFRUF ZUR GRÜNDUNG EINER LANDES-AG ANARCHIE/BASISDEMOKRATIE IN NRW:

Basisdemokratische Politik bedeutet verstärkte Verwirklichung dezentraler, direkter Demokratie. Wir gehen davon aus, daß der Entscheidung der Basis prinzipiell Vorrang eingeräumt werden muß. ...Unser inneres organisatorisches Leben und unser Verhältnis zu den Menschen, die uns unterstützen und wählen, ist das genaue Gegenbild zu den in Bonn etablierten Parteien... Wir sind deshalb entschlossen, uns eine Parteiorganisation neuen Typs zu schaffen, deren Grundstrukturen in basisdemokratischer und dezentraler Art verfaßt sind..." (aus der Präambel unseres Bundesprogramms.)

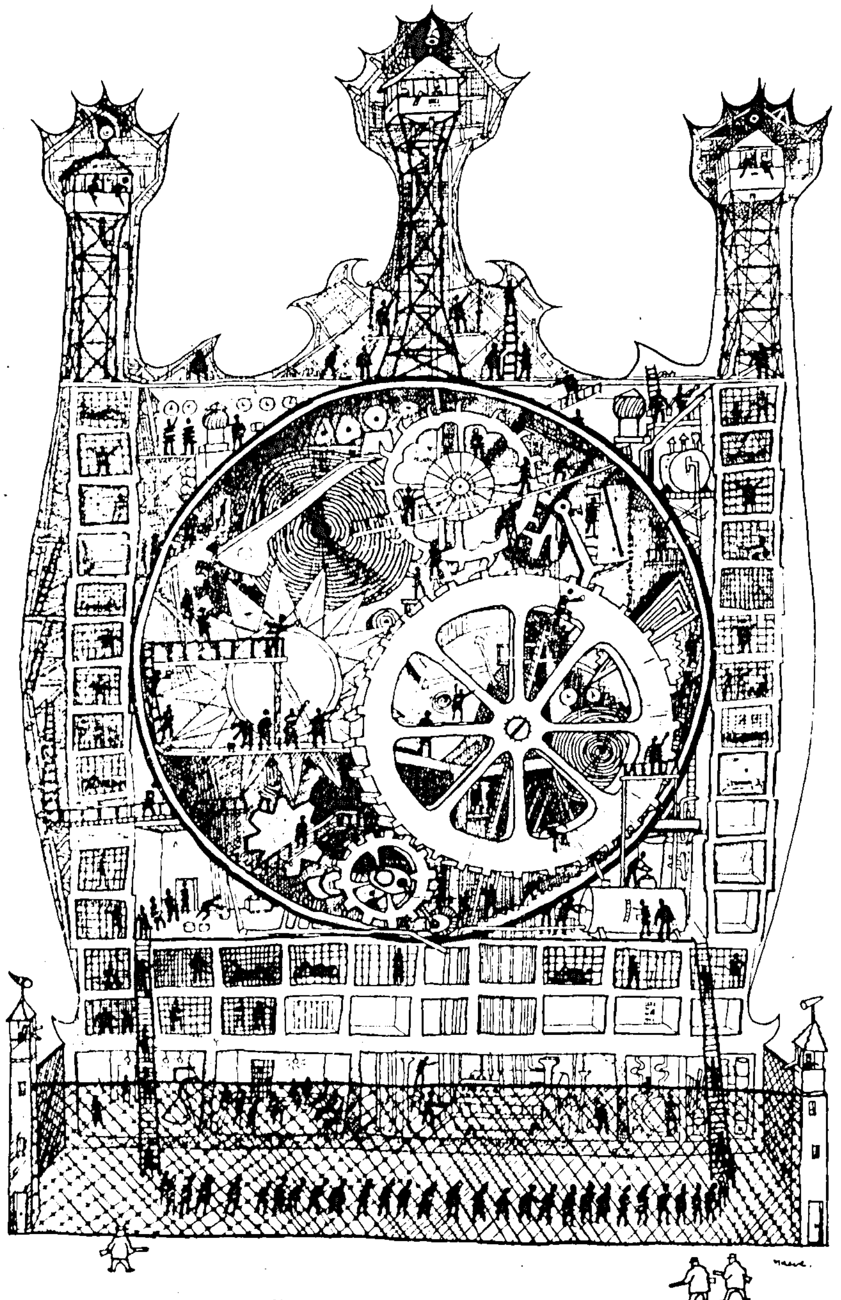
Vor allem bei Bundes- und Landesversammlungen, aber auch bei uns auf Kreisebene hat sich gezeigt, daß zwischen unserem basisdemokratischen Anspruch und der Grünen Wirklichkeit ein großer Gegensatz besteht. Äußerlich heben sich unsere Partei(!)-Tage kaum noch positiv von denen der Etablierten ab. Hinzu kommt das Abbröckeln unseres fundamental-oppositionellen Programmpunktes: "Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen, die den zerstörerischen Kurs fortsetzt." Diese wichtige Aussage wird unglaubwürdig durch das Handeln Grüner Realpolitiker; wie z. B. der Zustimmung der Grünen Landtagsgruppe Hessen zum Vorschaltgesetz, und damit auch zu weiterem U-Bahn- und Straßenbau.
Nachdem wir uns auf Bundesebene im Gründungsjahr 1980 schwerpunktmäßig mit Umweltpolitik beschäftigt haben, 1981 mit Friedens- und 1982 mit Wirtschaftspolitik, wäre es konsequent uns 1983 vor allem mit der Präzisierung und Umsetzung unserer vierten Grundsäule, nämlich der Basisdemokratie, zu beschäftigen.
Einige uns bekannte Ansätze dazu gibt es bisher in Köln, Münster, Hamm, Solingen, Frankfurt, Wangen und Dortmund. Da es jedoch zu diesem Thema bisher keine überörtliche Koordination gab, konnten sich Anträge von einzelnen Kreisverbänden zur Basisdemokratie auf Landes- und Bundesversammlungen der GRÜNEN kaum Gehör verschaffen. So wurde z. B. auf der Bundesversammlung in Sindelfingen der Antrag von KV Solingen und Münster abgelehnt, Grüne Bundestagsabgeordnete nicht wie beschlossen an Bundesversammlung und Bundeshauptausschuß anzubinden, sondern an basisnähere Gremien (unter Berücksichtigung der nicht-parteigebundenen Alternativbewegung).
Allerdings sollte es nicht Aufgabe einer Landes-AG Anarchie/Basisdemokratie sein, mit Macht und geschicktem Taktieren auf Grünen Parteitagen die innerparteiliche Basisdemokratie verwirklichen zu wollen. Denn auch wir, die wir uns als Anarchisten innerhalb der GRÜNEN verstehen, haben sicherlich noch nicht das Konzept für eine basisdemokratische Parteiarbeit anzubieten. Vielleicht ist die Realisierung von Basisdemokratie auf parlamentarischem Weg auch gar nicht möglich. Und wenn, dann nur durch überzeugendes eigenes Vorleben an der Basis.
Folgende Punkte fallen uns bisher ein, die wir demnächst in einer Landes-AG Anarchie/Basisdemokratie besprechen wollen:

* Erfahrungsaustausch der Anarchisten/Basisdemokraten innerhalb der Grünen.
* Wie läßt sich Basisdemokratie innerhalb der Grünen verwirklichen?
* Welche die Gesamtgesellschaft betreffenden anarchistischen Modelle gibt es?
* Überprüfen der anarchistischen Theorien auf ihre aktuelle Gültigkeit
* Welche Kritik anderer anarchistischer Gruppen gibt es?
* Erfahrungsaustausch mit anderen basisdemokratischen Gruppen, z. B. der Graswurzelbewegung.
* Themen behandeln, die bei den Grünen zu kurz kommen, z.B. Knast
* Anarchistisches Informationsmaterial für Kreis- und Ortsverbände zusammenstellen.
* Bildungsveranstaltungen zu Anarchie/Basisdemokratie organisieren
* Utopien erarbeiten und verbreiten, die in der Realpolitik meist vergessen werden.
* Wie können wir den Sachzwang-Argumenten der Etablierten begegnen, ohne dabei unsere Fundamentalopposition aufzugeben?
* Urabstimmung über bundesweiten Arbeitsschwerpunkt "Basisdemokratie" beantragen?

Wer mitarbeiten will, melde sich bei: Karl-Heinz Meyer, Ostenberg 101/238, 46 Dortmund 50, Tel.: 0231/751834

CHILE – neun Jahre Diktatur und neue Formen des Widerstandes

von Jorge Rojas Hernandez
und Wilfried Gaum



Es ist ruhiger geworden um Chile. Hin und wieder taucht der Name dieses Landes auf, wenn es um Beispiele für die Praxis der "Chicago-Boys" geht. Unlängst hat Costa Gavras mit seinem Film "Vermißt" anhand des Putsches in Chile 1973 auf die internationale Praxis des Terrors und der Folter gegen Andersdenkende hingewiesen.

Die ehedem so starke linke Chile-Solidarität aber ist hierzulande auf dem Hund. Es existieren noch verstreut Arbeitskreise, finden Seminare statt, werden auf Festen chilenische Teigtaschen, "Empenadas", verkauft. Aber die Reflexion über den ehedem von einigen Sektoren der Linken so gefeierten "chilenischen Weg zum Sozialismus" ist abrupt abgebrochen wirden, besonders nachdem sich neue Objekte linker Identifikationsbegierden anboten. Das hat leider dazu geführt, daß sehr interessante Entwicklungen innerhalb des Widerstandes gegen die Militärdiktatur auch von der libertären Linken nicht wahrgenommen werden.

Hier soll eine Materialsammlung über die wirtschatliche und soziale Situation des Volkes neun Jahre nach dem Putsch gerade die Widerstandsarbeit aufzeigen, die sich abseits der Emigrantenparteien und traditionalistischen Gewerkschaften entwickelt hat.

Bei dem ersten Artikel handelt es sich um eine stark gekürzte Analyse, die ein chilenischer Genosse für das Hannoversche Komitee für politische Gefangene und verfolgte Chilenen geschrieben hat. Wir haben durch die Kürzungen versucht, die wesentlichsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung herauszustellen.

Der zweite Beitrag ist ein Bericht über die Diskussionen eines Seminars, das sich auch mit dem Widerstand in Chile befaßt. Dieser Bericht ist aus libertärer Sicht verfaßt worden und soll auch auf die weniger spektakulären Aktionen verweisen.

Die danach folgenden Beiträge sind Dokumente bzw. Auszüge aus Artikeln, die als weiteres Material dienen können.

Bankrott des chilenischen Wunders

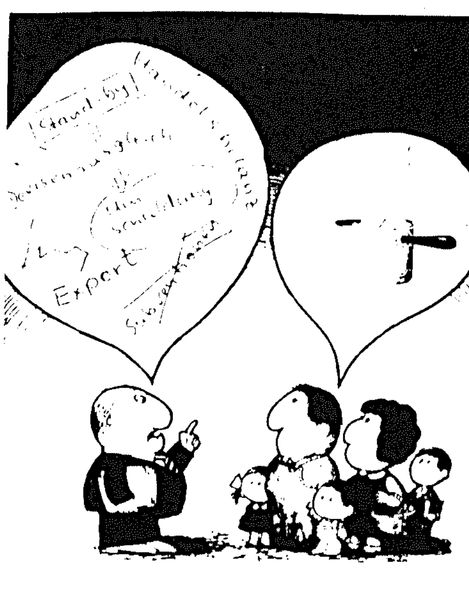
"Chilereisender Dr. Ottmat Emminger, ehedem Präsident der Bundesbank, registrierte: 'In Chile wird das Prinzip der Freien Marktwirtschaft heute mehr praktiziert als bei uns - und einiges, was man erreicht hat, grenzt ans Unglaubliche.' Gleiche Eindrücke dürfte Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Otto Schlecht gewonnen haben, der die Andenrepublik offiziell visitierte: Die Deutschen, die aus politischen Gründen lange abseits standen, bekunden nun wieder Interesse für das südamerikanische Wirtschaftswunder, nach Amerikanern und Japanern. In der Tat scheint Chiles Aufstieg unglaublich. Die Chilenen zimmerten sich eine Wirtschaft nahezu nach Schweizer Vorbild. Das Land ist mittlerweile Hort internationaler Kapitalanlage, es hat eine hohe Quote an Dienstleistungen und offeriert eine verfeinerte Produktionspalette."

aus: Capital, 1/82

So wie ein Märchen aus Tausendundeinenacht begann der Bericht in "Capital", Sprachrohr der deutschen Unternehmer ...

Januar 1982, Farbfotos, freudestrahlende Gesichter der Henker des chilenischen Volkes, so schilderte man der deutschen Öffentlichkeit all "jene Wunder" des Modells und bedauerte gleichzeitig die Nichtanwendung der Friedmannschen Rezepte in der bundesrepublikanischen Wirtschaft. Wahrscheinlich will man das vor allem mit dem Verweis auf das "chilenische Wunder" erreichen.

Genau zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels gerät das "Wunder in eine vertiefte und verschärfte Rezession. Dazu einige konkrete Angaben: 1981 meldeten 500 Firmen Konkurs an, bis Ende September des Jahres waren es noch weitere 587. Hinzu kommt eine Auslandsverschuldung, die gegenwärtig 19 Mrd. US Dollar beträgt. Auch die Privatwirtschaft ist hoch verschuldet. Beispielsweise war der Agrarsektor bis Ende April d.J. mit 2,8 Mrd. US Dollar verschuldet (650 Mio. US Dollar mußten davon sofort an die Banken zurückgezahlt werden); der Handel war mit 3,329 Mrd. US Dollar verschuldet, die Industrie mit 2,938 Mrd. US Dollar. Hohe Zinsen, Produktionsrückgang, Wechselkurspolitik, Rückgang der internen Nachfrage zwingen diese Sektoren zu Umschuldungsverhandlungen bzw. zu Fusionen oder schlichtweg zum Konkurs. Einige landwirtschaftliche Sektoren sind soweit getroffen, daß sie drohen, den Banken ihre Schulden nicht zurückzuzahlen. Trotz dieser "Bemühungen" zur Überwindung der Krise haben bestimmte Maßnahmen keine positive Wirkung erzielt; als Beispiel sei hier die Lage im Textilsektor angeführt: im Januar 1981 schlossen sich Yarur, PANAL und Caupolican zusammen, "um die Arbeitsplätze zu erhalten". Sie



beschäftigten insgesamt etwa 6000 Arbeiter. Nach der Fusion behielten sie knapp 2500, schließlich mußten auch sie Konkurs anmelden. Carlos Galleguillos, Präsident des Einzelhandelverbandes, erklärte, daß "in den Großstädten etwa 2800 Geschäfte kurz vor der Schließung stehen" (Zeitschrift HOY, Santiago, 26.5.-1.6.82). Laut offiziellen Berichten erlitt die Industrieproduktion im Jahr 1982 einen Rückgang von 17%. Gleichzeitig weist die Staatskasse ein Defizit von 1,2 Mrd. US Dollar auf, die Zahlungsbilanz im Jahr 1981 ein Defizit in Höhe von 3,5 Mrd. US Dollar.

ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT UND SENKUNG DER LÖHNE

Wie immer sind es die Arbeiter, die die zerschlagenen Teller der Bourgeoisie bezahlen. Laut Bericht der Wirtschaftwissenschaftlichen Universität von Santiago erreichte die Arbeitslosigkeit in Santiago Ende 1982 eine Quote von 26,0%. Derselben Quelle ist zu entnehmen, daß ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, da die Arbeitslosigkeit im Vergleich dazu im Mai 1981 noch 11,3% betrug.

Der Bericht hebt das unglaublich schnelle Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen im Bausektor hervor: 49,9%. Zu dieser Zahl müssen noch die 5% addiert werden, die im Minimalbeschäftigungsprogramm PEM eingestellt sind (sie verdienen monatlich ungefähr 33 US Dollar). Der offiziellen Quote müssen noch weiter Formen versteckter arbeitslosigkeit hinzugefügt werden. Daher kommt man im heutigen Chile ohne weiteres auf eine Arbeitslosenrate zwischen 30 und 35%.

Dieses gigantische Anwachsen der Beschäftigungslosigkeit ist eine direkte Konsequenz der Krise, die das diktatorische Wirtschaftsmodell heute durchläuft. Das alles sind sehr deutliche Anzeichen eines Bankrotts - des Zusammenbruchs dieses Wunders.

Die Lage der chilenischen Arbeiter ist geradezu dramatisch, undenkbar und unvorstellbar für viele. Eine chilenische Zeitschrift (HOY, Santiago, 9.-15.6.1982) berichtet, daß es zum alltäglichen Straßenbild Santiagos gehört, ganze Familien - Frauen, Kinder, Alte - zu sehen, die um Almosen bitten oder singen, um essen zu können. Auch erzählt man den Fall von 21 Metallarbeitern, die von der Firma ARCO entlassen worden waren, die jeden Morgen mit ihrer Familie das Haus verlassen, um irgendetwas zu suchen, mit dem man den Kochtopf füllen kann. Sie erklären: "Wenn uns irgendein Käfer über den Weg läuft, fangen wir ihn, und alles wird innerhalb unserer Gemeinschaft geteilt." Das Elend ist das deutlichste Resultat des "Wirtschaftwunders". Trotzdem wächst die Solidarität in einigen der betroffenen sozialen Sektoren.

Unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Rezession üben viele Unternehmer Druck auf die Arbeiter aus. Mit Konkursdrohungen haben sie Tausende von Arbeitern gezwungen, niedrigere Löhne zu akzeptieren. Im Grunde genommen haben sie die Löhne jedoch mit Unterstützung der Diktatur einfach gekürzt. Zynisch sprechen sie von der "Inflexibilität der Lohnkosten" als einem der wichtigsten Krisenfaktoren:

> "Es gibt Arbeiter, die die Lohnkürzungen nicht akzeptiert haben, und sie sind heute noch arbeitslos. Daher haben wir eine höhere Arbeitslosigkeit als notwendig, dank dieser Verbohrtheit oder dieses Erfahrungsmangels und der Unfähigkeit zur Umstellung. ... Diese Leute werden durch bittere Erfahrungen lernen, wenn sie die

Kürzungen nicht akzeptieren. ... In dem Maße in dem diese Personen nicht kapieren, daß sie ihre Sicherheit im Betrieb nur durch geringeren Lohn erkaufen können, setzen sie sich der Arbeitslosigkeit aus."
(Miguel Kast, Präsident der Zentralbank, in: HOY, Santiago, 26.5.-1.6.1982)

Der Markt ist der große Diktator, der über das Schicksal des Einzelnen entscheidet. Darüberhinaus planen die Unternehmer - mit ihren Generälen an der Spitze - selbst das Minimalgehalt abzuschaffen:

" Ich würde es (das Minimalgehalt, Anm.) graduell abschaffen; denn die Personen, die am meisten durch das Mindestgehalt geschädigt werden, sind die Jugendlichen, die Älteren und die Hilfsarbeiter. Man sieht jetzt, daß es Leute gibt, die bereit sind, für 1300 Pesos monatlich im PEM (Minimales Beschäftigungsprogramm, Anm.) zu arbeiten. Wenn einer ein Mindestgehalt von 5000 Pesos verlangt, ist es von daher möglich, daß viele Personen nicht bereit sind, diese Summe zu zahlen; denn gleichzeitig gibt es Arbeiter, die bereit sind, für niedrigere Löhne zu arbeiten (unter dem Mindestlohn)."

(Genaral Luis Danus, Wirtschaftsminister, in: HOY, Santiago, 26.5.-1.6.1982)

Sicherlich fallen die Gehälter der Militärs, der Minister, leitender Persönlichkeiten, Berater, Folterer, Sicherheitskräfte etc. nicht unter die Kriterien des Generals, der einer der prominenten Schüler der Chicago-Boys ist. Außerdem kann man seinen Erklärungen entnehmen, daß es die beste Lösung wäre, die Chilenen im PEM gleichzuschalten. PEM wäre somit nicht länger eine Art"Ausnahme", sondern würde die Regel darstellen.

ANSTEIGEN DER UNTERDRÜCKUNG

Die Unterdrückung hat vehement zugenommen. Die grausame Ermordung von Tucapel Jimenez, Präsident der ANEF (Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst) im Frühjahr 1982, ist ein Zeichen dieser Verschärfung. Wirtschaftskrise und Unzufriedenheit der Bevölkerung zwangen die Diktatur, die Unterdrückung zu verstärken. Der Ausnahmezustand wurde neuerlich verlängert. - Neun Jahre Belagerungszustand ohne Freiheiten! Unter dem Vorwand des Kampfes gegen das "Verbrechen" werden in den Elendsvierteln Razzien durchgeführt. Die regimenahe Zeitung El Mercurio schreibt am 10. Juni 1982, daß allein in den letzten fünf Tagen des Mai 2.255 Personen festgenommen und 21.775 Wagen durchsucht worden seien. Die Tageszeitung Santiagos La Tercera berichtet, daß im Morgengrauen des 5. Juni 3.000 Personen "kontrolliert", 500 Fahrzeuge "durchsucht" und 250 Personen festgenommen worden seien. Am 30. Dezember 1982 wurden in der Poblacion "Nuevo Amanecer" (Siedlung "Neuer Aufgang") 1.500 Personen verhaftet sowie in derselben Zeit der Vorsitzende und Generalsekretär der "Nationalen Gewerkschaftskoordination" ausgewiesen. Dies alles geschah nur in Santiago. Meistens handelt es sich um Razzien in Elendsvierteln wie Los Nogales, La Feria, La Bandera, Pudahuel, Jose Maria Caro etc. Die Drohungen gegen Gewerkschaftsführer werden fortgesetzt. Gewerkschaftsführer (z.B. Torres, der neue Vorsitzende der Kupferarbeiter; Rios von der UDT, der neue Vorsitzende der ANEF etc.) werden im Morgengrauen in Polizeifahrzeugen in die Untersuchungsgefängnisse transportiert, wo der Polizeichef sie anklagt, weil ihre Treffen und Aktivitäten "politischen" Charakters seien. Unbeschadet dessen setzen die Funktionäre jedoch ihre Aktivitäten fort, und die öffentlichen Demonstrationen zeigen, daß die Unterdrückung das Volk nicht zum Schweigen bringt. Die Morddrohungen gegenüber allen gewerkschaftlichen Führern, willkürliche und massive Festnahmen sowie Versammlungsverbote für gewerkschaftliche Organisationen in den letzten Monaten zeigen deutlich, daß die Regierung durch eine Verstärkung der Unterdrückung eine explosive Situation zu vermeiden sucht.

Es ist nicht sicher, daß diese neuen "Rettungsversuche" die heruntergekommene chilenische Wirtschaft wiederbeleben können. Die oben genannten Faktoren bewirken eine Verengung des innländischen Marktes. Doch wie immer wird die Politik "der automatischen Anpassung" darauf zielen, einen Ausgleich zwischen dem mathematischen Kalkül des Monetarismus und der Schärfe des Bajonetts herzustellen, also die staatlichen Sozialausgaben noch weiter zu vermindern, obwohl sie ohnehin schon sehr knapp bemessen sind. Aufgrund dieser Maßnahmen sank der Reallohn 1982 um 20 % gegenüber 1981.

Die Privatisierung wird weiter vorangetrieben, wobei man das Land (viele kleine Inseln, Wälder etc.) versteigert. Die neueste Erfindung betrifft die Kinder: von 42 Kinderheimen, die unter staatlicher Verwaltung standen, wurden 33 privatisiert. Den neuen Privatverwaltern zahlt der Staat zwischen 7.000 und 10.000 Pesos pro Monat und Kind (das entspricht 8 PEM-Löhnen).Die Verwaltung geschieht unter kommerziellen Gesichtspunkten und mit militärischer Disziplin (Kinder werden geschlagen, leben einge-



sperrt; wegen irgendwelcher Kleinigkeiten wird ihnen das Essen entzogen etc.)
Parallel dazu werden auch andere Betriebe privatisiert: die chilenische Elektrizitätsgesellschaft, die chilenische Telefongesellschaft und die Interozeanische Schiffahrtsgesellschaft.
Die Einfuhren sind gesunken. Wahrscheinlich werden sie als Folge der Abwertung des Peso noch weiter sinken. Die Exporteure werden mit teuren Dollars Gewinne machen. Durch die neuen Maßnahmen gingen die Einfuhren zurück, sodaß die Diktatur ihr Handelsbilanzdefizit verbessern konnte. 1982 gab es einen Überschuß von etwa 100 Mio. US Dollar, obwohl die Handelsbilanz im Durchschnitt weiterhin negativ bleibt.
Die Wirtschaft wird sich nicht so einfach wiederbeleben lassen. Ihre strukturellen Probleme werden nicht verschwinden●

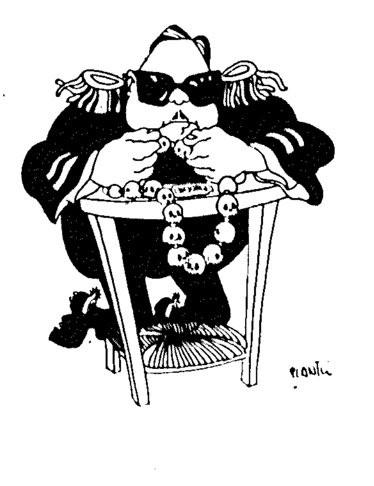
Neuere Entwicklungen des Widerstandes

Bis zum Putsch am 11. September 1973 besaß Chile eine starke und gut organisierte Arbeiterbewegung und Linke. Das Spektrum reichte von der Kommunistischen, Sozialistischen Partei bis hin zu Organisationen wie der "Movimiento Izquierda Revolutionario" (MIR), das den bewaffneten Kampf propagierte. Die chilenischen Gewerkschaften waren über lange Jahre gewachsen und hatten 1973 940.810 Mitglieder, organisierten etwa ein Drittel der Beschäftigten. Die Militärdiktatur räumte mit dieser relativen Stärke der Arbeiterorganisationen auf, blutiger Terror und die uns bekannte Verfolgung aller linken Aktivitäten zerschlug die Struktur der traditionellen Organisationen.
Trotz des Wachstums der Arbeitsfähigen und Arbeitslosen betrug so die Gesamtmitgliederzahl in den Gewerkschaften 1977 nur noch 916.569. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die ehemals einheitlich organisierte Gewerkschaftsbewegung CUT zerschlagen und zerfallen ist und Organisationen verschiedener Orientierung und Stärke miteinander konkurrieren. Dies ist aber nicht allein der Grund für die Schwächung des traditionalistischen Konzepts: die Zahl der tatsächlich Beschäftigten ist mittlerweile um 10 Prozent zurückgegangen und die Bindung insbesondere der jüngeren Arbeiter an die alten Formen der Klassenauseinandersetzungen ist stark gelockert: Unidad popular, CUT u. ä. sind für diese nur noch Geschichte. Man kann also den Schwund der Macht der Gewerkschaften nicht alleine auf die Repression des Regimes zurückführen. Besonders augenfällig wird die Entwicklung im Bereich der ehedem gut organisierten Landarbeiter:

Gewerkschaftliche Organisation der Landarbeitergewerkschaften

Name der Gewerkschaft	Zahl der Mitglieder 1972	1980
Libertad	43.798	16.150
Ranquil	132.294	20.000
Triunfo Campesino	62.073	24.162
Unidad Obrera Campesina	39.675	18.000
Federacion Sargento Candelaria	2.989	2,000
Gesamt	280.289	80.132
Differenz	200.157	

Ende 1973 zählte die CUT 130 Einzelgewerkschaften in ihren Reihen, wovon 97 ein aktives gewerkschaftliches Leben - was immer das heißen mag- aufzuweisen hatten. 35.000 Vertrauensleute und Funktionäre waren aktiv. Heute gibt es nur noch 51 Einzelgewerkschaften, die sich zudem noch in verschiedenen Dachorganisationen zusammengeschlossen haben: Coordinadora National Sindikal, Union Democratico de Trabaladores, UNTRACH usw. usf. Dabei ist die Verbindung der Dachorganisationen mit den Basisorganisationen sehr unsicher, die Strukturen gewerkschaftlicher Entscheidungen nicht klar. Dazu kommt die Zersplitterung der Arbeiter, der Verlust von 35.000 organisierten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die sich nicht mehr betätigen durften, verschwanden, ermordet oder durch regimetreue Funktionäre ersetzt wurden. Mit dem Putsch war auch die historische Kontinuität gewerkschaftlichen Selbstbewußtseins, daß auch stark syndikalistisch gefärbt war unterbrochen, es fehlte die Kraft, die die CUT sozial und politisch im Leben des Landes gespielt hatte.
Dazu kam eine nüchterne Kritik der Fehler, die von der traditionalistischen Linken und auch den Gewerkschaften gemacht worden waren. Der Zentralismus, die ideologische Bindung an Parteien und Parlamentarismus, das Vertrauen auf die Führungen, all das geriet mehr und mehr in das Fadenkreuz einer scharfen Kritik. Sicher, die Kommunistische Partei und in ihrem Kielwasser auch der ehemals linksradikale MIR setzten neben den Fraktionen der zersplitterten Sozialistischen Partei Salvator Allendes ihre traditionelle Politik fort: publikumswirksame Bündnisse schmieden, politizistisches taktieren, jeden Monat neue Aufrufe, neue Parolen, die Organisation des bewaffneten Kampfs mit zweifelhaften Ergebnissen. Aber diese Politik trifft zunehmend auf Ablehnung. Das chilenische Modell tritt ökonomisch und politisch in eine neue Phase, sodaß auch neue Organisationsformen des Volkes notwendig werden.
Der Staat zahlt nicht mehr Sozialleistungen, wie bescheiden auch immer, die Probleme der Arbeitslosen, des Lebens in den Stadtteilen, der Gesundheitsversorgung, der Erziehung und der sozialen Sicherung interessieren Pinochet und seine Generals- und Bürokratenkaste nicht mehr. Der Staat läßt breite Sektoren der Gesellschaft freiwillig im Stich, weil sie im kapitalistischen Sinne unproduktiv sind, keinen Mehrwert und also



auch keinen Profit abwerfen. Ohne Staat, ohne parlamentarische Vertretungskörperschaft, ohne Parteien und starke Gewerkschaften sind ganze soziale Schichten gezwungen, ihr Überleben selbst zu organisieren und dabei neue Formen des Zusammenlebens zu begründen. Dabei wird aus Not Stück für Stück das Territorium des Staates besetzt durch regionale und örtliche Organisationsstrukturen, die selbstständig funktionieren, weil sie funktionieren müssen: Arbeitslosengruppen, Obdachlosengruppen, Gruppen für Strom- und Wasserzahlungsboykott, Kulturorganisationen, Ju-



gendclubs,christliche Basisgemeinden, Organisationen der indianischen Urbevölkerung Mapuches, Lebensmittelkooperativen, Einkaufgenossenschaften, Kindergartenkollektive, Streikküchen, Gesundheitsläden, gewerkschaftliche Selbsthilfe, Frauengruppen, Menschenrechtsgruppen, Gruppen für Gewerkschaftsfreiheit, Gesellschaft der Familienangehörigen der Inhaftierten,usw. usf.

Die gewerkschaftliche Organisation findet mittlerweile an der Basis statt. Durch ein Gesetz, in dem die Diktatur 1979 die überregionalen Gewerkschaften treffen wollte, sind betriebliche Tarifverhandlungen vorgesehen. Dadurch ist die Organisationsform der Betriebsgewerkschaften gestärkt worden, eine Form, in der sich militante Arbeiterkämpfe schlechter kontrollieren lassen als durch stark zentralistische Gewerkschaftsbünde.

Diese Betriebsgewerkschaften sprechen sich untereinander bei Wahrung ihrer Selbstständigkeit ab und föderieren zu Territorialorganisationen, wie z. B. in Vicuna Mackenna, einem Industrieviertel von Santiago de Chile ein Zusammenschluß "Solidaridad" in Anlehnung an die polnische "Solidarnosc" stattfand. Die Arbeiter scheinen trotz der unterschiedlichen Ideologien, mit denen sich die Diktaturen verkleiden, den Wesenskern dieser auch symbolisch in der Namensgebung ihrer Organisation ausdrücken zu wollen: gegen die Diktatur hilft nur die Solidarität. Diese Gewerkschaftsgruppen verbinden sich mit den oben erwähnten Stadtteilorganisationen, man gibt gemeinsam Flugblätter heraus und deckt so alle wichtigen Bereiche des Lebens durch eigene Organisationen ab. Die erwähnte Gewerkschaft "Solidarität" arbeitet nach klassisch syndikalistischen Prinzipien: An erster Stelle steht die Autonomie des gewerkschaftlichen Handelns; und die Zielperspektive - die Einheit der Arbeiter.Während eines Streiks in einem Betrieb namens PANAL wurde die Betriebsgewerkschaft nicht nur von den umliegenden Schwesterorganisationen unterstützt, sondern auch von Kupferarbeitern aus Chuquicamata, die einen Teil ihres Lohnes spendeten, durch eine Textilarbeiterföderation, Jugendgruppen, Gruppen aus Slums, kirchliche Einrichtungen. Die Arbeiter von Maipu, einer anderen Industriezone Chiles, schlossen sich am 7. August 1980 zusammen, Betriebsgewerkschaften aus 11 Großbetrieben nahmen teil und man erklärte, daß man für die Einheit und die Zusammenarbeit aller gewerkschaftlicher Organisationen arbeiten wolle, das diese stark würden und das die Basis in ihnen aktiv teilnehmen könne, um die Rechte der Arbeiter von Maipu zu verteidigen. Im Februar 1982 bildete sich eine Comission de Renovacion Sindical (Kommission für gewerkschaftliche Erneuerung - CRS), die es sich zum Ziel gesetzt hat, eine soziale Kraft und eine Alternative zur Macht der Tyrannei aufzubauen, deren Autonomie von den politischen Parteien respektiert wird, in freier Entwicklung und ohne Konkurrenz zu anderen gewerkschaftlichen Körpern.

Das alles sind neue Töne für die chilenische Arbeiterbewegung. Man muß dazu wissen, daß der CUT trotz seiner syndikalistischen Wurzeln in den 5oer und 6oer Jahren die Führungen nach dem Parteienproporz wählte. Die traditionellen Beziehungen zwischen Parteien und Gewerkschaften, die für die klassische Sozialdemokratie immer Transmissionsriemen für den "wissenschaftlichen Sozialismus" waren, werden infrage gestellt. Der wichtigste Grundwert der neuen Generationen chilenischer Widerständler ist die Demokratie von der Basis. Der ehemalige Vorsitzende der "Frente Unitario de Trabajadores"(FUT), die mittlerweile den chilenischen Christdemokraten (entspricht der hiesigen rechten Sozialdemokratie) nahe steht, Carlos Frez, hat dies für einen Gewerkschaftsführer bemerkenswert klar erkannt: er sprach in einem Interview vom 6. Januar 1982 davon, daß gegen die Macht der Militärs nur die selbständige Kraft der Arbeiter als Bremse wirken könne. Alle Sektoren des Widerstandes, Arbeiter, Frauen, Jugendliche, Slumbewohner (pobladores), die Kooperativen, sollten sich zu einer einzigen Macht verbinden, um der Diktatur entgegenzutreten. Die politischen Parteien besäßen keine wirkliche Macht, sie hätten kein von der herrschenden Macht wirklich unterscheidbares alternatives Projekt und seien der Vergangenheit verhaftet, hätten keine Antwort auf die Fragen der Gegenwart und erst recht nicht für die Zukunft. Man müsse die Gewerkschaften auf örtlicher Ebene stark machen und in den Kommunen Einfluß gewinnen durch die selbstorganisierten Föderationen der Bewohner, der Jugend.

Diese Bewegung steckt noch in den Anfängen, aber sie scheint Beachtliches zu leisten. Wo Militär, Bürokratie und Kapital die Versorgung und Organisierung des gesellschaftlichen Lebens aufgeben, weil es keinen im Sinne kapitalistischer Rationalität messbaren Nutzen gibt, gebiert die Not die gegenseitige Hilfe. Und mit der Erfahrung, daß die Parteien und Gewerkschaften des alten Typus bei der Organisierung der Erziehung, der Beschaffung lebensnotwendiger Milch für die Kinder, von Medikamenten und Freizeitaktivitäten entbehrlich sind, wächst auch ein neues Bewußtsein. Zunächst in Wendung gegen das auch in Chile stark ausgeprägte paternalistische Bewußtsein linker und studentischer Kader hat sich ein im Kern antiautoritäres Potential entwickelt, das erheblich zur Überwin-



dung der Militärdiktatur beitragen könnte. Auch wenn den chilenischen Widerstandskämpfern der Erfahrungsschatz libertärer Theorie und Praxis nicht zur Verfügung steht, so kann man doch sagen, daß sich hier - in der Dritten Welt - endlich ein emanzipatorisches Potential entwickelt, das mit den traditionellen Konzeptionen der Sozialdemokratie und des Leninismus bricht. Dieses Potential durch materielle Hilfe zu stärken sollte für den, wenn auch kleinen Kreis der deutschen Libertären eine Ehrensache sein.

* * *

COMISION DE RENOVACION SINDICAL
- CRS -

Kommission für gewerkschaftliche Erneuerung in Chile

Natur und Perspektiven:

- Die CRS ist eine Organisation, die die Erneuerung der Arbeiterbewegung mit der Perspektive sucht, daß jeder Arbeiter sich in eine reale Hauptperson verwandle und an der Errichtung einer autonomen Bewegung teilhabe. Sie erneuert und ist nicht dogmatisch.
- Die CRS will den gewerkschaftlichen Basisorganisationen Hilfe anbieten, ohne ihren kommunalen, provinzialen, nationalen oder regionalen Organisationen, denen sie angehören könnte, zu schaden; denn gerade dort werden die Bedingungen geschaffen, um eine große gewerkschaftliche Erneuerungsbewegung entstehen zu lassen, organisch, als höhere Basis des Kampfes und auf dem Weg, die autonome, organisierte, soziale Macht der Arbeiter zu bilden.
- Die Autonomie muß der CRS gestatten, ihre eigenen ideologischen Gedanken, Strategien und Taktiken zu schaffen, ohne eine andere Begrenzung als die, die sich aus ihren internen Basisstrukturen determinieren und in dem Dienst der Arbeiterklasse stehen.
- Nicht dogmatisch in dem Sinne, daß die CRS jeden Versuch der Hegemonie und der Herrschaft durch die industrialisierten Länder zurückweist. In diesem Fall handelt man aus der Perspektive der Dritten Welt.
- Erneuert bedeutet, fähig zu sein, die aktuelle Situation der Arbeiterklasse besser zu interpretieren und Anstrengungen zu unternehmen, die sie aus ihrer tiefen Krise herausführen.
- Wir lehnen politische und gewerkschaftliche Dogmen innerhalb der Arbeiterklasse ab und proklamieren die Notwendigkeit, daß sich die Arbeitsvorhaben der aktuellen Realität anpassen.
- Als letztes ist die Zusammenarbeit mit den anderen politischen, gewerkschaftlichen Organisationen sowie den Massenorganisationen vorgesehen, die die Perspektive haben, eine autonome, organisierte, soziale Macht der Arbeiter zu bilden. Hinweisend auf die Errichtung einer neuen Gesellschaft, Produkt der Kreativität, des Kampfes und der Entschlossenheit der Arbeiter.

CHILE, 1982

* * *

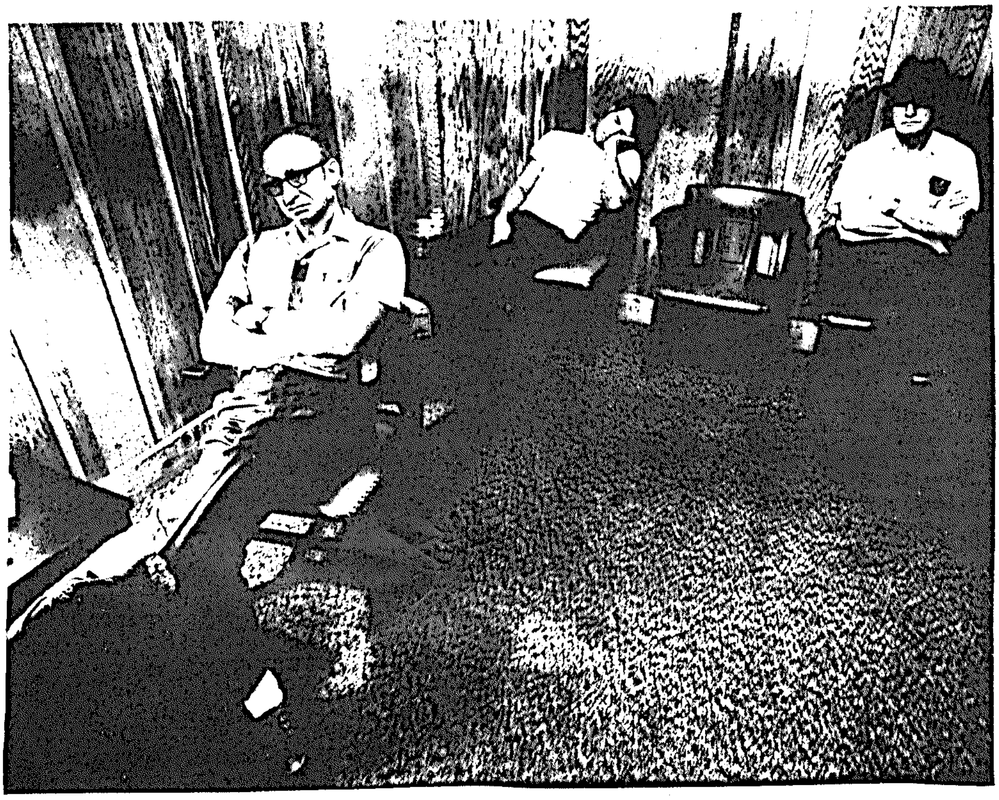
"Die Erfahrungen von Pudahuel Norte haben einen ziemlich großen Einfluß gehabt. Zur Zeit gibt es fünf oder sechs Basisgemeinden, in denen 'gemeinsames Einkaufen' organisiert wird. Dabei kommen viele Familien eines Viertels zusammen, die entweder Mitglieder der Basisgemeinden sind oder auch nicht - aber die Basisgemeinde stellt den Versammlungsraum. Sie sparen jeden Monat ein bißchen Geld, bis sie soviel zurückgelegt haben, daß sie einige Dinge kaufen können, z. B. einen Sack Zucker, 20 Liter Öl, einen Karton Erbsen, einen Karton Reis usw. Sie bilden sozusagen eine Einkaufskooperative. Jedes Mitglied bezahlt einen monatlichen Betrag, um die Organisation zu erhalten. Sie kaufen die Waren zum Einkaufspreis, denn wenn man heute ein Kilo Zucker auf dem Markt kauft, kostet es 36 Pesos, aber wenn man einen Sack voll kauft, bekommt man das Kilo für 30 Pesos. Da nun die Kooperative weder Auslagen noch Ladenmiete noch sonstige Dinge hat, kann jedes Mitglied zwei Kilo Zucker für 60 Pesos nach Hause tragen - im Handel müßten sie dafür 72 Pesos bezahlen. Auf die gleiche Art und Weise bekommen sie Nudeln, Öl, Reis. So sparen die Familien monatlich 3000 Pesos. Es gibt Einkaufskooperativen, die heute schon zehn Säcke Zucker, zehn Kartons voll Reis, ja sogar Gegenstände für die Schule kaufen. Sie kaufen Stoffe, um Schürzen zu nähen, und die Frauen treffen sich, um diese Arbeit gemeinsam zu machen.
Das 'gemeinsame Einkaufen' trägt dazu bei, Kosten zu sparen, aber es führt auch dazu, daß die Leute erkennen, daß der Zusammenschluß von mehreren Familien helfen kann - und sie teilen miteinander. Die Solidarität, die im chilenischen Volk niemals ganz erloschen ist, beginnt sich wieder zu entwickeln. Das ist eine schöne Erfahrung, die auch andere Bereiche ergreift."
aus: Esperanza Godoy, ... die Vorstellung mehr wert zu sein; zur kulturellen Konterrevolution und alltäglichen Not. In: Evers, Meschkat u.a. Lateinamerika - Analysen u. Berichte 6, Berlin, 1982



SOZIALSTAATSDEMONTAGE

von Stefan Blankertz

Gibt es eine anarchistische Perspektive in der Krise?



1.Analyse der gegenwärtigen Lage

Die CDU-Regierung führt konsequent fort, was die SPD-Regierung zaghaft schon begonnen hatte: Demontage des Sozialstaates, d. h. höhere Beiträge und Steuern bei geringeren Leistungen, weniger Arbeitslosengeld, mehr Willkür des Arbeitsamtes, weniger Renten, weniger medizinische Versorgung; gleichzeitig aber Investitionshilfen für die Reichen, sowie Beseitigung von Schranken bei Preissteigerungen (z. B. im Falle der Mieten). Eine solche Politik heißt "regessiv"-Umverteilung von unten nach oben. Zur regessiven Sozial- und Wirtschaftspolitik zwingt angeblich die ökonomische Krise, konkret: die leeren Staatskassen. Dabei wird weder von der CDU noch von der SPD bei den Sparmöglichkeiten eine Kürzung der Rüstungsausgaben auch nur in Betracht gezogen. Es sind jedoch gerade die Rüstungsausgaben, die weit davon entfernt sind, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern, vielmehr ein wesentliches Element der Krise darstellen. Zwar produzieren in der Rüstungsindustrie Kapital und Arbeit etwas, aber das ist (ausgenommen im Krieg) nicht konsumierbar. Daraus folgt, daß jede in der Rüstungsindustrie verausgabte Mark, jede in der Rüstungsindustrie gearbeitete Stunde unmittelbar weniger Konsum mit sich bringt. Und da die Reichen und Mächtigen in unserer Gesellschaft nicht so reich und mächtig wären, wenn sie zu Verzichtsleistungen bereit wären, wird der Konsum bei den "kleinen Leuten" gespart: Das ist die Bedeutung der Sozialstaatsdemontage.

2. Die SPD und die etatistische Linke

Angesichts des massiven Abbaus von Sozialleistungen hat sich eine breite Protestbewegung gebildet. Seit die SPD nicht mehr regiert, versucht sie, in dieser Protestbewegung Fuß zu fassen. Die etatistische (staatsorientierte) Linke kritisiert diesen Versuch mit dem durchaus zutreffenden Argument, die SPD werde, wenn sie wieder regiert, keineswegs eine "progressive" Sozial- und Wirtschaftspolitik, d. h. eine Umverteilung von oben nach unten betreiben. Wir müssen uns aber darüber hinaus fragen, ob denn die sozialdemokratischen und staatssozialistischen Maßnahmen überhaupt erreichen,was sie versprechen.

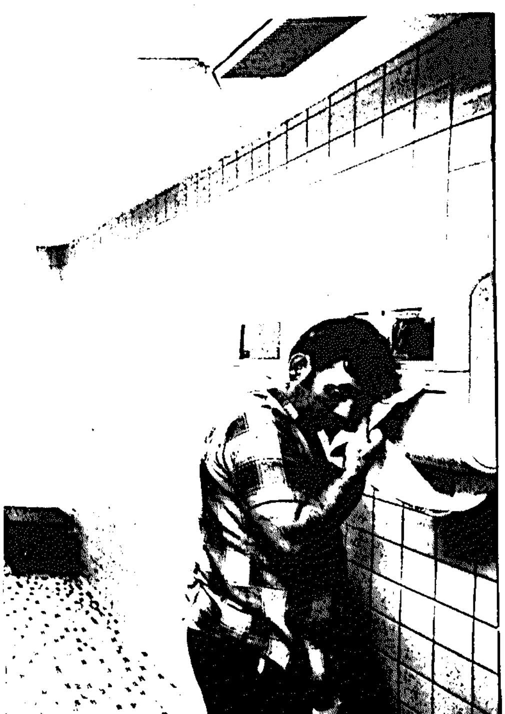
3. Regessiver Charakter der Finanzierung von Sozialleistungen

Zunächst ist zu fragen: Wer finanziert gegenwärtig die Sozialleistungen? Tragen die Reichen wirklich zur Verbesserung der Lage der Armen bei? Ganz klar liegt der Fall bei Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Es handelt sich, wie der Name zwar sagt, was aber häufig vergessen (bzw. nur in Sonntagsreden erwähnt) wird, um Versicherungen; also tragen die Begünstigten selbst die Last. Wenn diese Versicherungen in Schwierigkeiten kommen, ist das eindeutig der staatlichen Mißwirtschaft zuzuschreiben (etwa benutzt die Regierung Gelder aus den Versicherungen zur Begleichung anderer Staatsausgaben), und der Leistungsabbau ist Betrug. Regressiv an den Sozialversicherungen ist, daß Staatsbürokraten an ihnen verdienen, während die Beitragszahler die Verluste tragen müssen. Die freilich sehr geringen echten Umverteilungsleistungen (Sozialhilfe, Wohngeld, BAFÖG usw.) können auf dreierlei Art finanziert werden, so daß sie nach Ansicht etatistischer Linker progressiv wirken: STEUERPROGRESSION. Das bedeutet, daß nicht jeder Bürger den gleichen Prozentsatz seines Gehaltes an den Staat gibt, sondern Kleinverdiener wenige (oder gar keine) Steuern zahlen, während gut Verdienende einen hohen Prozentsatz zahlen müssen. Indem die Progression verstärkt wird, sollen - wie Willy Brandt sagte - "starke Schultern mehr" zur Lösung der Krise beitragen als schwache Schultern. Im letzten SCHWARZEN FADEN habe ich gezeigt, daß die Steuerprogression bestenfalls eine Illusion ist, jedoch in der Praxis die Tendenz hat, regressiv zu werden. Zur Erinnerung die Zusammenfassung des Hauptarguments: Die Industrie kann ihre Steuern auf die Preise aufschlagen, ebenso wie es die besser Verdienenden leichter haben, ihre Steuerzahlungen durch Einkommensverbesserungen auszugleichen, was ebenfalls auf die Preise schlägt. Letztlich bezahlt jeder proportional zu seinem Konsum Steuern. Da die weniger Verdienenden einen größeren Teil ihres Einkommens verkonsumieren (während besser Verdienende auch sparen und investieren), zahlen sie prozentual trotz Steuerprogression sogar mehr Steuern. Für die Finanzierung der wenigen echten Umverteilungsleistungen, d.h. Leistungen, welche die Empfänger nicht mit den eigenen Steuerzahlungen finanzieren, bedeutet das, daß sie von den Mitbürgern getragen wird, die so eben über die Runden kommen, nicht von den Reichen. Die Masse der Bevölkerung, die genug verdient,um keine (bzw. nur geringe) staatliche Vergünstigungen zu bekommen, aber dabei keineswegs reich ist, die Arbeiter und Angestellten u. dergl., bezahlen mehr Steuern, als sie Leistungen vom Staat erhalten. Die viel Verdienenden dagegen erhalten viel mehr vom Staat, als sie Steuern abführen. Die ganz Armen erhalten manchmal und mit etwas Glück, sowie unter Inkaufnahme von entwürdigenden bürokratischen Prozeduren ein wenig mehr, als sie durch

Besteuerung verlieren; denn selbst wenn sie gar keine Steuern zahlen, müssen sie über die Preise die Steuern der Industrie mittragen.

INFLATION. Sozialdemokratische Ökonomen meinen, wenn der Staat das Geldangebot so ausweitet, daß die Konsumenten (angeblich die schlechter Gestellten, obwohl in der Realität das selten erreicht wird) mehr Geld zum Ausgeben bekommen, dann würde die Nachfrage gesteigert und so der Krise ein Ende gesetzt. Ohne hier auf die komplexe Diskussion um die Inflation einzutreten, sei das historische Faktum festgehalten, daß in noch keiner Inflation die Arbeitslosigkeit dauerhaft bekämpft und die Armen reicher geworden sind. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Was auch immer die Theorie sagt, die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß Inflation regressive Auswirkungen hat.

RÜSTUNGSKÜRZUNGEN. Daß ausgerechnet die DKP mit der Parole "BAFÖG statt Pershing" auf die Möglichkeit der Kürzung von Rüstungsausgaben zur Finanzierung von Sozialleistungen aufmerksam macht, gibt dieser Forderung leider den Anschein von Heuchelei. Unabhängig von der DKP-Heuchelei ist die Forderung nach Rüstungskürzung aber, wie im ersten Abschnitt angedeutet, nicht nur für den Frieden, sondern auch für die Wirtschaft gut. Dennoch bleibt, weil ja auch in der Rüstungsindustrie steckende Gelder aus Steuer- und Inflationseinnahmen besteht, das zugrundeliegende Faktum, daß die Sozialleistungen regressiv finanziert werden. Es ist natürlich besser, wenn statt Panzer Krankenhäuser gebaut werden; aber es wäre auch besser, wenn der Staat statt zu rüsten das Geld verfeuern würde - alles ist besser als Rüsten. Eine Umverteilung von unten nach oben jedoch ist auch mit einer Kürzung der Rüstungsausgaben nicht allein zu bewerkstelligen.



4.Regressiver Charakter der Verwaltung von Sozialleistungen

Einen entscheidenden Faktor lassen die sozialdemokratischen Verfechter des Sozialstaates fast völlig außen vor, nämlich die Kosten der Verteilung. Durch den regressiven Charakter der Steuererhebung haben nicht nur die von den Sozialleistungen Begünstigten meist die Zuwendungen vollständig selbst bezahlt, sondern auch noch einen großen Verwaltungsapparat. Verwaltungsangestellte verdienen mehr als die Empfänger von Sozialleistungen; also hat die Verwaltung von Sozialleistungen einen zusätzliche regressiven Effekt. Die Kosten der Verteilung steigen mit zunehmender Komplexität der Regeln für die Verteilung. Da der Sozialabbau hauptsächlich über eine Verkomplizierung der Verteilungsregeln (wer wann warum auf was Anspruch hat) läuft, wird einerseits der regressive Effekt verstärkt, während andererseits die realen Einsparungen minimal bleiben. Darüber hinaus sinkt mit steigender Komplexität der Verteilungsregeln die Anzahl der wirklich Bedürftigen, die an die Zahlungen herankommen (Stichwort: Sprachbarrieren), und steigt die Anzahl derjenigen, die durch Tricks und "Beziehungen" unberechtigt an Gelder gelangen. Auch das wirkt regressiv.

5.Regressiver Charakter der Verteilung von Sozialleistungen

Daß die Sozialleistungen selbst in ihrer heutigen Form stark regressiven Charakter haben, kann nicht mit einer allgemeinen Überlegung bewiesen werden, sondern nur an konkreten Beispielen; im Folgenden ist das öffentliche Bildungswesen als Beispiel genommen.

Das kostenlose öffentliche Bildungssystem soll - glaubt man den Reden der Etatisten - Bildung Armen wie Reichen gleichermaßen zugänglich und Bildungschancen vom Elterneinkommen unabhängig machen. Dieses Argument kann nur solange einleuchten, wie folgende Faktoren unberücksichtigt bleiben:

(a) Alle Bürger bezahlen mit ihren Steuern das Bildungswesen; wegen des regressiven Charakters der Steuererhebung bezahlen die weniger Verdienenden prozentual mehr als die Großverdiener. Aber nicht alle Bürger beanspruchen das Bildungswesen im gleichen Maße.Überspitzt ausgedrückt: Die Masse der schlecht Verdienenden, die auch in absoluten Zahlen den größten Anteil am Steueraufkommen hat, "schenkt" etwa dem Zahnarztstudenten eine Ausbildung, an deren Ende er mehr verdient, als die meisten seiner "Finanziers" es sich träumen lassen können. Dies ist die im ökonomischen Sinne regressive Auswirkung des öffentlichen Bildungswesens.

(b) Nur Spitzenverdiener können es sich angesichts der hohen Steuerlasten überlegen, ob sie ihre Kinder zu einer anderen als einer öffentlichen Schule oder Universität schicken. Das Geld, das Normalverdiener für die Bildung ihrer Kinder aufwenden könnten, ist mit der Steuererhebung vom Staat monopolisiert. Dies ist im sozialen Sinne regressiv: Reiche haben eine größere Wahlmöglichkeit, während die Armen nehmen müssen, was ihnen der Staat vorsetzt. Darüberhinaus kostet nicht nur der Ausbildungsplatz etwas, sondern auch der Lebensunterhalt in der Zeit der Ausbildung muß gewährleistet sein. Ist das in einer Familie nicht der Fall, kann sie das - auch mit ihren Steuergeldern finanzierte - öffentliche Bildungsangebot über die Schulpflicht hinaus nicht wahrnehmen. Um diesem Manko abzuhelfen, wurde das BAFÖG eingeführt. Das BAFÖG selbst hat a-

ber sowohl ökonomisch als auch sozial gesehen regressiven Charakter: ökonomisch, weil dadurch Individuen privilegiert werden (sie bekommen eine Zeitlang einen Zuschuß zum Lebensunterhalt, um später überdurchschnittlich verdienen zu können); außerdem weil die Zuweisungsregeln so komplex sind, daß gewitzte Leute sich unberechtigt Gelder verschaffen können, während viele an sich Berechtigte durch das Verfahren abgeschreckt werden. Sozial, weil das BAFÖG Anpassung honoriert. Hinter dem BAFÖG steht die Vorstellung, daß zwar die Masse der Armen zurecht arm ist und wenig verdient, allerdings einige wenige Individuen außerordentlich "begabt" seien. Diese sollen dann gefördert werden.



6.Zusammenfassung der Kritik und Möglichkeit von Alternativen

Im Vorangegangenen konnte ich zeigen, warum trotz jahrzehntelanger Umverteilung sich an der sozialen Hierachie "in diesem unserem Lande" nichts Wesentliches geändert hat. Allerdings kann nicht bestritten werden, daß die Sozialleistungen individuelle Not bisweilen gelindert haben und weiter lindern. Diese Individuen sind vom gegenwärtigen Sozialabbau stark betroffen. Berechtigter Weise führen sie einen Abwehrkampf und lehnen die Versprechungen über die Gleichheit nach der Revolution ebenso ab wie Katastrophenvisionen Rudolf Bahros, der über die Massenarbeitslosigkeit den Industrialismus überwinden will (hier liegt wohl ein Mißverständnis vor, d.S.). Andererseits kann der Abwehrkampf, der sich aus pragmatischen Gründen an der Sozialdemokratie orientiert, nur die Neuauflage des regressiven Sozialstaates erreichen; weil den regressiven Charakter des Sozialstaates immer mehr Menschen erkennen und spüren, führt der sozialdemokratisch geführte Abwehrkampf gegen den Sozialabbau zur Entsolidarisierung der Bevölkerung. Schon heute ist es so, daß ein Teil des Wahlvolkes auf die Halbwahrheiten der SPD hereinfällt und ein anderer Teil auf die Halbwahrheiten (??,d.S.) der CDU. Die ganze Wahrheit würde beinhalten die Erkenntnis, daß die hohen Rüstungsausgaben krisenauslösend sind, daß der Sozialstaat einen regressiven Charakter hat und daß die sozialen Verhältnisse grundlegend geändert werden müssen.

Eine freiheitliche Perspektive in und trotz der Krise muß einerseits ebenso einfach möglich sein, wie es der sozialdemokratische Sozialstaat ist, und darf andererseits den Weg in eine bessere (staatenlosere) Zukunft nicht verbauen. Um den Kampf gegen den Sozialabbau aus der sozialdemokratischen Umklammerung zu befreien, muß der Anarchismus das Abenteuer des Reformismus eingehen, aber im Sinne Malatestas zwischen solchen Reformen unterscheiden, die in Wahrheit den Herrschenden dienen und die wirkliche Verbesserungen für die breite Bevölkerung bedeuten.

7.Eine Alternative: Jugendgehalt oder Erziehungsgutscheine statt öffentlichem Bildungssystem

Eine Vorstellung von der Möglichkeit einer Reform, die keine anarchistische Revolution voraussetzt, vielmehr im Rahmen des heutigen Staates zu verwirklichen wäre und doch in die anarchistische (antistaatliche) Richtung weist, will ich geben, indem ich das Beispiel des öffentlichen Bildungssystems aufgreife.

Anstelle des öffentlichen Bildungssystems könnten Familien mit geringem Einkommen direkte Beihilfen bekommen. Am besten wäre es, wenn die Kinder und Jugendlichen ein bestimmtes Gehalt für eine gewisse Zeit bekämen und selbst völlig frei über die Verwendung entscheiden könnten. Auf dem Weg zu dieser freiheitlichen Lösung gäbe es folgende reformerischen Zwischenstationen:

- Anstelle des heutigen komplizierten Verteilungssystems tritt ein einfaches System, indem die Bezugsberechtigung aus einer Kombination von Bruttolohn und Kinderzahl definiert wird. Überdies werden die vielen verschiedenen Berechtigungen auf mehr oder weniger geringe Beträge zusammengelegt zu einem einzigen Betrag. Damit werden die Verteilungskosten reduziert, den Betroffenen kann mehr ausgezahlt werden. Außerdem würden alle Berechtigungen, die heute unverständlicherweise unabhängig vom Einkommen bestehen (etwa Kindergeld) wegfallen.
- Anstelle des kostenlosen öffentlichen Schul- und Universitätsbetriebes wird der reale Preis berechnet, jedoch erhalten Familien in Abhängigkeit von Bruttolohn und Kinderzahl Erziehungsgutscheine. Damit wird die Subventionierung der Ausbildung der Reichen abgeschafft.
- Anstelle des einheitlichen staatlichen Bildungssystems werden für alternative Schulen und Universitäten die Voraussetzungen geschaffen, insbesondere dadurch, daß Erziehungsgutscheine auch in anderen als den öffentlichen Einrichtungen einlösbar sind.



Zunehmend müßte die staatliche Aufsicht über die alternativen Einrichtungen verringert werden und zunehmend müßten die Kinder selbst entscheiden dürfen, welche Einrichtung sie besuchen wollen; bis hin zu der Freiheit, statt Schulbesuch andere bildende Tätigkeiten mit den Gutscheinen zu finanzieren (etwa Reisen).
- Am Ende dieser Reformen stünde dann das Jugendgehalt, das der Staat zwar noch auszahlt, womit er aber keinerlei Aufsicht über die Verwendung oder das Bildungssystem mehr verbinden könnte. (Darüber hinaus ginge nur noch die Revolution, die den Staat ganz abschafft.)

Zur Finanzierung: Keiner der vorgeschlagenen Reformschritte verlangt mehr Staatsausgaben, als auch gegenwärtig für Bildung und die Unterstützung bei der elterlichen Erziehung ausgegeben wird. Im Gegenteil sind diese Reformen letztlich sogar billiger als das heutige Verfahren. Vor allen Dingen aber sind sie sowohl effektiver in der Herstellung sozialer Gerechtigkeit als auch geeigneter, der Verbürokratisierung entgegenzuwirken.

8.Umverteilung von unten nach oben am Beispiel der englischen öffentlichen Gesundheitsfürsorge

Genau umgekehrt als, im letzten Abschnitt vorgeschlagen, ist im englischen Gesundheitswesen verfahren worden. Eine Zeitlang bezahlte der englische Staat den Armen die Arztrechnungen, so wie es analog in bezug auf Erziehung im letzten Abschnitt dargestellt wurde. Dann wurde der "National Health Service"(NHS) eingerichtet. Durch ihn wird kostenlose Behandlung für jeden zur Verfügung gestellt. Das sieht nach einer egalitären Maßnahme aus. In der Folge dieser Maßnahme stieg die Todesrate von über 55-jährigen aus den untersten Einkommensgruppen, während die Todesrate von den über 55-jährigen der höchsten Einkommensgruppen sank. Offensichtlich nahm die medizinische Versorgung bei den Armen ab, während sie bei Reichen zunahm. Der wichtigste unter den Faktoren, die dieses Paradox hervorbringen, ist: Besser gestellte Familien, die nach der Nationalisierung ebensoviel Geld für medizinische Behandlungen ausgeben wie vorher, können einerseits die kostenlosen Dienste des NHS als Basis benutzen und ihr ganzes dafür vorgesehenes Geld für private Spezialbehandlungen aufwenden. Arme Familien hingegen bekommen keine solchen Spezialbehandlungen mehr bezahlt (es gibt ja den NHS), sondern müssen mit dem Massenbetrieb vorlieb nehmen, den der NHS zur Verfügung stellt. Selbstverständlich ist der NHS im ganzen teurer als das vorherige Unterstützungssystem, obwohl in den ersten zehn Jahren nach der Einrichtung des NHS keine neuen Krankenhäuser gebaut wurden. Derart "schenkten" über das regressive Steuersystem die Armen in England den Reichen einen Teil ihrer medizinischen Versorgung, während gleichzeitig die Qualität ihrer eigenen medizinischen Versorgung abnahm. Zugenommen hat der Vorteil der Reichen und - die Macht der staatlichen Bürokratie.

bonner perspektiven

von der
Gruppe "Libertär Autonomer
Vulkan-Ausbruch (Lava)"

Alles nichts neues, nur besser verpackt, oder an die Grünen, aber nicht an deren Funktionäre

- 1873: Die sozialdemokratische Arbeiterpartei betrachtet die Reichstagswahlen nur als Agitationsmittel und Prüfstein für die Verbreitung ihrer Prinzipien; jeder Kompromiß mit anderen Parteien wird abgelehnt. (Eisenacher Kongreß)

- 1917: Die Revolution hat uns damalige Parteileute wie die törichten Jungfrauen des Evangeliums schlafend überrascht. (Mstislawski)

- 1982: Wir verstehen uns als ein Bestandteil der außerparlamentarischen Emanzipationsbewegungen, deren Widerstand und Ziele wir auch ins Parlament tragen wollen ...(Programm der GAL Hamburg)

1995: Es war mir unmöglich zu einer internen Sonderfraktionssitzung unseres ökologischen Wirtschaftsreferats zu gelangen, da durch einen nicht voraussehbaren Generalstreik sämtliche Wege blockiert waren. (Jo Leinen)

Einhundertzehn Jahre später - zwischenzeitlich aber immer wieder mal in Erscheinung getreten geht es umher im Bundesdeutschen Lande; das Gespenst des Neoparlamentrismus.Jetzt kommt es daher im grünen, alternativen oder bunten Gewande und verkündet die Mähr von der gesellschaftlichen Veränderung durch aktives Engagement in den Parlamenten. Schon einmal ging ein Gespenst um, damals in Europa. Dieses wollte der Kapitalistenklasse das Fürchten lehren. Und heute ist es beim perfekten Ausbau eines Polizei- und Überwachungsstaates à la Orwell zu besichtigen.
Nach einer Phase der unterschiedlichsten Formen außerparlamentarischen Widerstandes (von Wyhl bis Startbahn West) taucht das Gespenst, das Parlament als Tribüne und Orientierung politscher Aktions- und Durchsetzungsmöglichkeiten aus dem Nebel deutscher Nichtvergangenheitsbewältigung wieder auf.

Was ist das eigentlich für eine Institution, das sie für "uns" altanaive scheinbar immer wichtiger zu werden beginnt? Eine Institution die mit der Herrschaft der Bourgeosie notwendig wurde, um in der bürgerlichen Gesellschaft die nicht homogenen Interessen der Kapitalfraktion auszufechten. "Um sie auszufechten, entstanden die Parteien, die ihre Repräsentanten und Akteure in die Parlamente entsandten. So wurde das Parlament zum Forum für alle Kämpfe um die wirtschaftliche und politische Macht,...." (Otto Rühle)
Wie kommt es, daß wir Interesse daran verspüren, uns in eine Institution wählen zu lassen, die Mensch vor nicht allzulanger Zeit sehr treffend mit Ausbeuterparlament umschrieben hat?
Was läßt viele zu der Überzeugung kommen, aktiv an diesem bürgerlich -parlamentarischen Rummel teilhaben zu müssen, und damit subjektiv und objektiv das bürgerlich-parlamentarische System anzuerkennen. Streben wir etwa auch, um es mit "Birne" auszudrücken nach "Herrschaft auf Zeit"?



Minderjährige: Hier sind Eure Stimmzettel!
Plakate aus dem Mai '68

Wenn Mensch sich die letzten 10-15 Jahre anschaut, so waren diese immer mehr gekennzeichnet davon, daß sich über die unmittelbare Betroffenheit und Erfahrung Gruppen auf regionaler Ebene zusammengefunden haben, um gemeinsam ihren Protest und Widerstand zu artikulieren. Große Teile dieser Bürgerinitiativen etc. leisteten jahrelang aktiven Widerstand der sich nach Ausschöpfung der unterschiedlichsten Widerstandsebenen (Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbegehren, Demos, Gerichtsurteile...) punktuell in basisdemokratischen Strukturen auch zu radikalisieren begann. Sämtlicher Widerstand, ob Straße oder Petition, führte kurzfristig nicht zu einer Verhinderung der zerstörerischen Großtechnologieprojekte.
Wenn wir glauben das sich an dieser Stelle einer von vielen Schnittpunkten befindet: der Frust, die Resignation vieler und eine Perspektivlosigkeit angesichts kaum bzw. nur wenig sichtbarer Erfolge drängen nach neuen oder anderen Formen von Widerstand. - So, und jetzt kommt sie, natürlich wiedereinmal eine Erklärung die wiedereinmal alles zu erklären versucht...
Diese andere Form, wurde und wird unserer Auffassung nach schon seit einigen Jahren, manchmal auf Schleichwegen, ein anderes mal ganz offen, durch eine geschickte Umarmungsstrategie der Sozialdemokratie und anderer reformistischer Strömungen der Realpolitiker in Richtung parlamentarischer, also systemkonformer Konfliktaustragung gelenkt! So stehen jetzt schon an den Spitzen der unterschiedlichen Initiativen die Trittbrettfahrer der Sozialdemokraten, zumindest aber deren Steigbügelhalter. Mensch werfe nur einmal ein paar genauere Blicke auf den BBU-Vorstand (z.B. Jo Leinen) oder in diverse Grüne Präsidien.
Interessant ist außerdem, das früher der bürgerliche Parlamentarismus noch Jahre brauchte um neuen, ihrem Anspruch nach revolutionäre Parteien, Spielregel aufzuzwingen und sie anzupassen. Heute dauert dieser Prozeß der Verinnerlichung parlamentarischer Sachzwänge nur wenige Monate, manchmal auch nur ein paar Wochen und eine Anpassung an die sogenannte "Koaliationsfähigkeit", und den "Konsens der Demokraten" findet schon im Vorfeld statt.



Nun ja, alle geschichtlichen Ereignisse ereignen sich sozusagen zweimal, "das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce." (Marx, stimmt aber trotzdem)
Es kann ja wohl nicht anders als eine Farce bezeichnet werden, wenn Petra Kelly in ihrem offenen Brief an Willy Brandt schreibt, daß "offene und ehrliche Gespräche nicht geführt werden können, wenn Sie (Willy) weiterhin meinen, daß man unserer Absage an die Gewalt nicht glauben kann." (FR 16.11.82)
Eine bessere Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ist ja schon fast nicht mehr möglich!
Läßt sich nicht hier schon fragen, ob Mensch die neue Partei der Grünen mit den gleichen Worten, mit denen Otto Rühle 1920 die Sozialdemokratie zurechtwies, einordnen kann?

> "Sie kehrt ins Parlament zurück. Sie beugt sich unter die demokratische Verfassung. Sie macht Frieden mit der herrschenden Macht. Sie stellt sich auf den Boden der realen Machtverhältnisse. Sie nimmt teil am Werke der nationalen und kapitalistischen Restauration. Sie kritisiert, anstatt zu negieren. Sie opponiert, anstatt zu revolutionieren. Sie verhandelt, anstatt zu handeln. Sie schwätzt, anstatt zu kämpfen."

Bleibt aber immer noch die Frage, warum solche sozialdemokratischen "Brüderküsse" auf derart offene Lippen fallen.

DAS SYSTEM MACHT KEINE FEHLER, ES IST DER FEHLER!

In unseren Diskussionen sind wir von der Einschätzung ausgegangen, daß das, was sich in den letzten Jahren an allen möglichen und unmöglichen Ecken als außerparlamentarischer Widerstand entwickelt hat, grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß das System Fehler gemacht hat, die es zu bekämpfen gilt. Betroffenheit/Widerstand hat sich in dieser Logik am Beispiel unmenschlicher Projekte einer punktuell kranken Gesellschaft entwickelt. Der Blick für die "systembedingten Notwendigkeiten" solcher Technologien etc. war u.E. auf breiter Ebene nicht vorhanden. Das Bewußtsein darüber, daß das System keine Fehler macht sondern selbst der Fehler ist, konnte sich nicht mehrheitlich durchsetzen. Der Arzt konnte aus selbigem Grund dann auch nur eine Fehldiagnose stellen. Die Verhinderung der AKWs etc. gelang nicht, und durch die fehlende anti-kapitalistische Grundeinstellung großer Teile der Bürgerinitiativbewegung konnte sich in vielen Köpfen eine durch SPD u.a. geschickt transportierte "Neue Heilmethode" der parlamentarisch ausgerichtete "Widerstand" langsam durchsetzen. Geschichtlich absolut nichts neues, und die Sozialdemokratie weiß ja diesmal auch, wovon sie redet, denn sie hat sich dieser Gehirnwäsche vor längerer Zeit schon selbst unterzogen.
Wir gehen davon aus, daß sich in diesem Prozeß der Integration, schärfer ausgedrückt, des sich Integrieren lassens, eine Menge "kaputter Bedürfnisse" eine wesentliche Rolle spielen - als da wären:

* der schon angeschnittene Frust außerparlamentarischer Aktion
* die Verlockung angesichts ökonomischer und politisch-persönlicher Perspektivlosigkeit nach Sicherheit und persönlicher Anerkennung (Statussymbol)
* der Glaube, keine Angst vor direkter staatlicher Repression haben zu müssen, da Parlamentsarbeit ja legal ist
* latenter bis offener Geltungstrieb nach Macht
* die zwar geschichtlich widerlegbare Hoffnung, taktisch im Rahmen seines Engagements im Parlament doch vielleicht wesentliches verändern zu können
* die Gewohnheit, Interessen von sich weg zu delegieren, anstatt sie selbst in die Hand zu nehmen
* die gedankliche Verbindung/Legitimation sich selber gegenüber; Macht und/oder gesellschaftliche Anerkennung damit zu kompensieren, indem Mensch sich ja vormacht, für humanistische Ziele einzutreten.
* sowie einer durch die deutsche geschichtliche Kontinuität vermittelten Taktik, die sich unter dem Schlagwort der "Eroberung der politischen Macht" zusammenfassen läßt.

Nicht vergessen sollten wir die eigenen Schwierigkeiten und Zerwürfnisse in unseren Reihen. Anarchos, Autonome und Antiimps- das geht noch auf der Straße zusammen. Ansonsten werden die Gruppen eher immer kleiner, bekämpfen sich gegenseitig und treten auf der Stelle bei der Formulierung von Gemeinsamkeiten. Bisher



ist es jedenfalls nicht gelungen, über engere Scenekreise hinaus Handlungsperspektiven zu formulieren, die für breitere Teile akzeptabel wären. Vielleicht sind auch unsere Scene-Zusammenhänge derart abgedichtet,daß sich die Leute lieber irgendwo anders orientieren? ODER!!!

Nachdem wir jetzt wiedereinmal, natürlich mit solidarischer Genugtuung seitenweise alles kritisiert haben, können wir uns beruhigt im Sessel zurücklehnen. In der Negation alles Bestehenden sind wir ja öfter führend. Eine Kritik der bestehenden Versuche ist auch einfacher.
Wenn wir davon ausgehen, daß die Parteienbildung aus den Bürgerinitiativen heraus gleichbedeutend ist mit der Abkehr von direkten selbstbestimmten Aktionen, in diesem Falle zur Verhinderung von großtechnologischem Wahnsinn und zweitens die Parteienbildung das Arrangement mit der vorgegebenen bürgerlich-politischen Ebene unter dem Verlust der Machtmittel der einzelnen Parteimitglieder darstellt, so muß es uns darum gehen, deutlich zu machen, wie und auf welche Weise Mensch ohne die Selbstaufgabe gesellschafts-politisch handlungs-,widertsands-und lebensfähig ist.
Ob das nach dem Satz noch möglich ist???
Eine Partei kann keine Lebenszusammenhänge entwickeln oder die Vielfalt dezentraler Strukturen, Gemeinschaften und Arbeitsbereiche zusammenfassen, im Gegenteil, sie ist durch ihre Struktur ein hervorragendes Instrument, um Leben zu reglementieren. Soziale Veränderung, der Aufbau anderer Lebensstrukturen läßt sich nicht per Gesetz erlassen, sondern der verbürgerlichte Alltag muß von jedem selbst,soweit es sein Bedürfnis ist, enteignet werden.

"DIE FAST UNLÖSBARE AUFGABE BESTEHT DARIN, SICH WEDER VON DER MACHT DER ANDEREN NOCH VON DER EIGENEN OHNMACHT DUMM MACHEN ZU LASSEN." (Adorno)

Dies erfordert, und das sollten wir Wirtschaftswunderkinder auch mal auf die Reihe kriegen,die ganze Person. Egal in oder auf welcher Stufe unserer Gesellschaft sie lebt und vielleicht auch Widerstand leistet.
Denn wir leben in dieser Welt nicht zum Vergnügen, weil diese Welt uns um alle Vergnügungen bringt und es kann folglich nur darum gehen, alles das zu beseitigen, was uns daran hindert, ganz zu leben.
Das richtige Leben in einer fälschenden Gesellschaft ist genauso unerträglich wie ein fälschendes Leben in einer richtigen Gesellschaft. Beides, das Leben und die Welt, müssen verlassen und neu erfunden werden. Dazwischen bleibt keine Wahl. Bisher konnten wir unsere Kräfte nur unterschiedlich erproben, es kommt aber darauf an, sie zu gebrauchen, will man sie nicht weiterhin nur verschieden interpretieren, wie bisher.

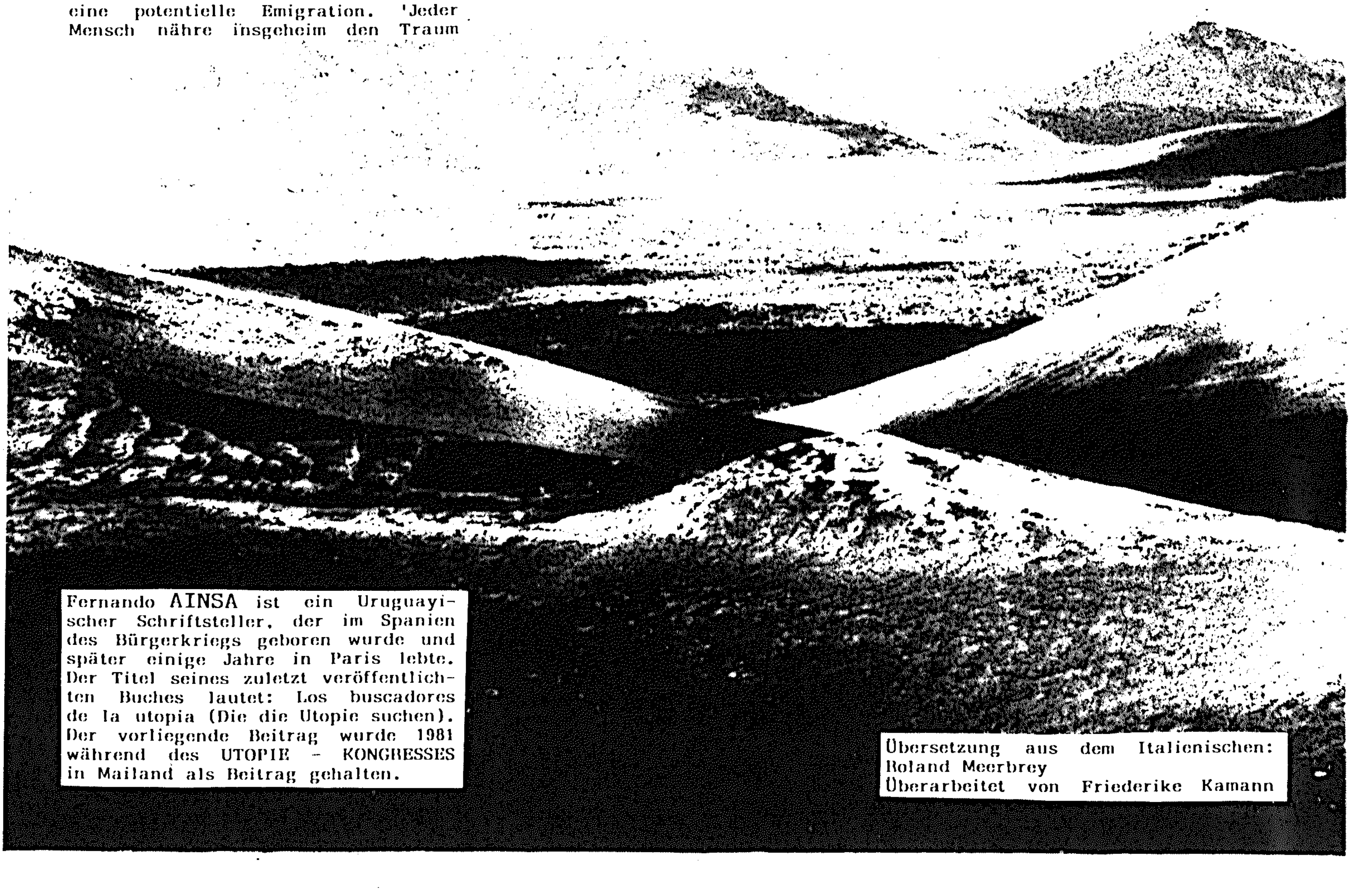
Bye-Bye,kleines Glück!
Fahr zur Hölle, Gleichlauf!
Erledigt die synthetische Zeit!
Bombardiert die Vororte des Schlafs!
Sprengt die City des Traumes!

UTOPIE GELOBTES LAND, EMIGRATION und EXIL

ZU DEN PROBLEMEN VON AUSWANDERERN

von FERNANDO AINSA

Hinter jeder Utopie verbirgt sich immer auch die Vorstellung von einem Territorium; allerdings ist dieses Territorium nicht "hier" - es ist ein Gebiet weit entfernt, auf Abstand von der unmittelbaren Realität, räumlich wie auch zeitlich.
Zeitlich, wenn die Utopie die Vergangenheit wie etwa das Goldene Zeitalter zurückfordert, oder in Hoffnung und Treue auf die Zukunft setzt.
Räumlich, wenn sich die Utopie auf ein Land oder eine ferne Insel bezieht, eine Räumlichkeit, die mehr oder weniger unbekannt oder imaginär ist. Die große geographische Entfernung, die die Eigenschaft inselartiger Isolation beinhaltet, ist die beste Garantie für die mögliche Existenz der Utopie. Die Werke von Moro und Campanella spiegeln dieses Herkommen und diese Auffassung wieder.
Während jedoch die zeitliche Utopie mehr oder weniger zur idealisierten Geschichte wird, sieht die räumliche Utopie von jeder kausalen Geschichtlichkeit ab. Durch die Entfernung und das Exotische, welche sich daraus ergeben, läßt sich die zwingende Beurteilung jeglichen Vorgangs vermeiden; oder die Utopie dient dazu, gegenüber den unabwendbaren Gesetzen die Veränderung zu provozieren.
Dieser nur scheinbar 'historische' Charakter der räumlichen Utopie, unabhängig von aller Prozeßhaftigkeit und Kausalität, erklärt den großen Reiz, den das vorgestellte Bild eines weit entfernten "gelobten Landes" auf die menschliche Seele ausübt.
Die Emigration ist immer eine Art von Flucht gewesen aus der historischen Bestimmung in die mögliche räumliche Utopie, ohne sich der Anstrengung unterwerfen zu müssen, die Umgebung in der man lebt, einer umwälzenden Veränderung zu unterziehen. Jede menschliche Existenz ist eine potentielle Emigration. 'Jeder Mensch nähre insgeheim den Traum oder die Utopie des 'gelobten Landes' - schrieb Salim Abou (1) - die Utopie von einem Ort, an dem sich ohne Hindernisse einfach aussteigen lasse, um zu "sein" oder auch nur um zu meinen, einfach zu "sein"; von einem Ort, an dem die eigene persönliche und kulturelle Entwicklung ohne Zwang stattfinden könne.'
Das Verlangen und die Sehnsucht, eine riesengroße Distanz zwischen den Ort des täglich vertrauten Wohnsitzes und den entfernten utopischen Raum zu setzen, ist verknüpft mit der menschlichen Situation der Beklemmung, welche keine andere Möglichkeit zur Flucht aus dem eigenen geschichtlichen Kreislauf sieht.
Dieser Kreislauf oder Umstand kann entstehen aus der unterdrückenden Atmosphäre des Dorfes, aus der strengen Tradition der Familie, durch Armut oder Tyrranei im Lande; durch das Schema der untergeordneten Klassen oder durch intollerante Religionen. Im Grunde handelt es sich immer um eine Flucht, mit einer kraftvollen Gebärde und entschlossen, über die Grenzen der eigenen kleinen Existenz hinauszugehen, deren Linien vorgezeichnent sind; oder sie kristallisiert sich als Ausstieg aus der sozialen Schicht zu der man gehört, - um den Weg in das unbekannte Land zu betreten, in dem eine Form dessen konstruiert werden soll, was das verweltlichte Paradies auf Erden wäre.
In einer solchen Situation idealisiert der Emigrant das erwählte Land immer - selbst wenn er es nicht kennt. Er hat in Verbindung mit jenem Ort immer die Zufriedenheit und das Glück gesehen, was er hier nicht antrifft. 'Kein Prophet ist in der Heimat anerkannt', besagt eine Volksweisheit, und gerade dies erklärt auch den Wunsch zu emigrieren. Oft hängt er zusammen mit der Bereitschaft zu Abenteuer, Risiko, der Illusion eines besseren Lebens. So kann das "gelobte Land" für einen Bauern, der einer reaktionären Ausbeutung unterworfen ist, die Großstadt sein; oder es kann ein entferntes Land sein, von welchem durch andere Menschen erzählt wird (und zwar ebenso subjektiv, wie die Ereignisse von den jeweiligen Individuen auch subjektiv aufgenommen werden). Oder es ist ein absolut unbekanntes Land, in dem "alles möglich ist", das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in das der Emigrant sich seine Wünsche und Hoffnungen nach Maßgabe der Realität einschmieden kann.



Fernando AINSA ist ein Uruguayischer Schriftsteller, der im Spanien des Bürgerkriegs geboren wurde und später einige Jahre in Paris lebte. Der Titel seines zuletzt veröffentlichten Buches lautet: Los buscadores de la utopia (Die die Utopie suchen). Der vorliegende Beitrag wurde 1981 während des UTOPIE - KONGRESSES in Mailand als Beitrag gehalten.

Übersetzung aus dem Italienischen: Roland Meerbrey
Überarbeitet von Friederike Kamann

Durch den Entschluß zu emigrieren entsteht im Grunde unverzüglich im einzelnen Menschen ein Riss, gemischt mit unverhältnismäßig hohen Hoffnungen auf die Wende in dem neuen Territorium. In der Regel kommt der Emigrant aus der Misere, aus Unterdrückung und Kargheit (Armut) und geht in ein "Land der Zukunft", ein "Schlaraffenland", ein "Paradies", so wie es die Emigranten nach Kanada, den Vereinigten Staaten, nach Argentinien oder nach Brasilien bezeugten.

Diese Idealisierung des "gelobten Landes" kann den Charakter einer Religion annehmen, wie die Emigration des hebräischen Volkes unter Führung von Moses in der Bibel zeigt, oder den Charakter einer Offenbarung , wie die Legende, die am Anfang dieses Jahrhunderts in den armen Gemeinden des östlichen Polens kursierte. Dort wurde gesagt, daß die Jungfrau Maria für die polnischen Bauern den Nebel, der die Erde von Paranà bedeckte, aufgelöst hat und damit dieses entfernte Stück Erde für sie in ein Paradies verwandelt habe und ihnen bestimmte. (2)

EMIGRATION UND EXIL

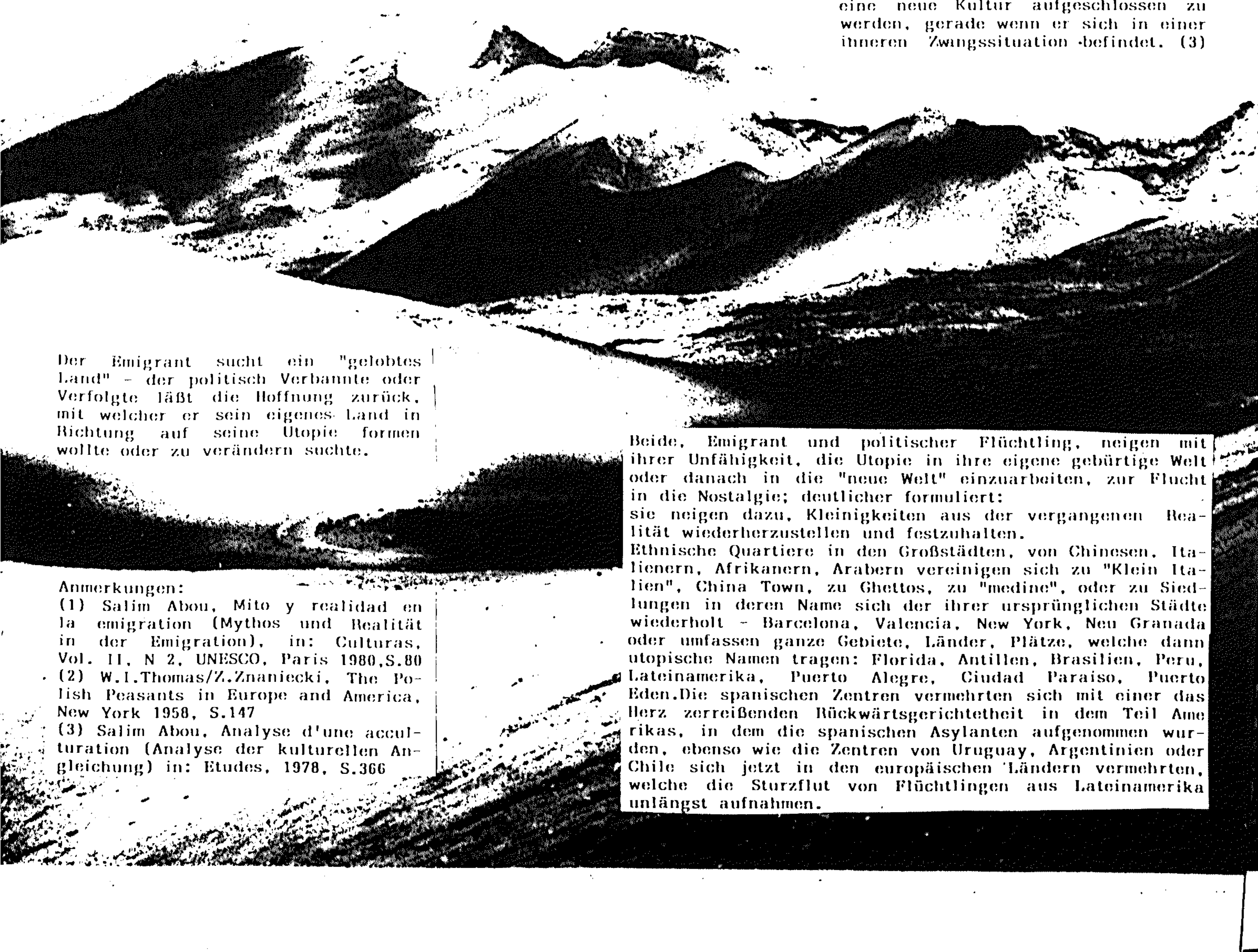
Der Emigrant setzt mehr oder weniger freiwillig auf dieses "gelobte Land". Im Unterschied zu dieser Einstellung, auf das Ungewisse und das Abenteuer zu setzen, - hat der politisch Verbannte keinerlei Alternative als sich ein anderes Land auszuwählen, um sich der Verfolgung zu entziehen, oder der Gefangenschaft oder gar dem Tode, welcher ihn in seinem Land erwarten könnte.

Die Einen sind motiviert durch den Glauben in die Zukunft, die anderen in das was sie hatten und was war. Der Emigrant sucht die Utopie im Raum, der Verbannte suchte sie in der Zeit und wurde dabei niedergeschlagen. Darum haben der Emigrant und der Verbannte eine unterschiedliche Einstellung bei ihrer Ankunft in dem "gelobten Land".
Jedoch und trotzdem - die anfänglich unterschiedlichen Einstellungen, die offene Hoffnung für den Emigranten, die bittere Niederlage für den Verbannten, beide neigen dazu, sich Stück für Stück miteinander zu vermischen.

DIE ENTTÄUSCHUNG

In dem gelobten Land angekommen findet der Emigrant ständig Hindernisse, genauso wie der Verbannte:
Sie bekommen beide die Ablehnung der Gesellschaft zu spüren, welche sich schon lange vor ihrer Ankunft dort gebildet hatte und von der sie immer ausgeschlossen bleiben, bis sie nach einigen Generationen durchlässig wird.
Die Enttäuschung darüber ist mehr oder weniger abgestuft, - muß der Emigrant doch seine bisher erlebte Wirklichkeit mit seiner "Neuen Welt" und seinen Träumen und Hoffnungen vergleichen. Diese Enttäuschung nähert sich der des Verbannten an. Die Welt, in der beide gelandet sind, - für wieviele Möglichkeiten sie auch offen schien -, ist immer schon von anderen bevölkert, die sich schon lange vor ihrer Ankunft dort niedergelassen hatten. Eine andere Sprache, andere Gesetze, andere Kleidung, eine andere Kultur, ein anderes Klima, andere Dimensionen - die Eigenschaften anderer Zeichen ist unvermeidlich die erste Enttäuschung.

Die Spannung zwischen den verschiedenen Kulturen ist für alle Auswanderer bezeichnend, verdeutlicht etwa im 18.-19. Jahrhundert im jungfräulichen Amerika anhand der Kämpfe gegen die farbigen Eingeborenen oder anhand der Auseinandersetzungen zwischen den Puertoricanern und Iren um den Lebensraum in der West Side von New York, oder auch am Beispiel der algerischen Arbeiter in Paris "banlieu".
In diesem ersten Ringen verwirren sich Emigrant und politischer Flüchtling. Beide versuchen, sich in der neuen Realität einzuordnen; aber keiner gibt sich die Mühe, sich von der eigenen kulturellen Identität zu lösen.
Ihre Welt - so sagte bereits Salim Abou - teilt sich in zwei Gebiete: hat der Emigrant einmal seine ursprünglichen emotionalen Beziehungen des familiären Kreises und seiner ethnischen Gruppe verlassen, so wird nun die Gemeinschaft als eine Nebensächlichkeit angenommen, und enthält für ihn nur noch Bedeutung in Bezug auf geschäftliche Angelegenheiten. Ausgehend von dieser Trennung begnügt er sich bei dem Einlassen auf das neue Land mit Modellen zu Fragen des politischen und öffentlichen Systems und bewahrt daneben unversehrt die Art und Weise seines ererbten Denkens und Fühlens aus der ursprünglichen Kultur.
Das was er in der familiären und ethnischen Umwelt sucht, ist eine effektive feste Stütze, welche es ihm erlaubt, ohne viel Beklemmung den ablaufenden Konflikt in Angriff zu nehmen. Im Gegensatz dazu ist es aber dringend erforderlich, diese Herausforderung anzunehmen, um für eine neue Kultur aufgeschlossen zu werden, gerade wenn er sich in einer inneren Zwangssituation befindet. (3)



Der Emigrant sucht ein "gelobtes Land" - der politisch Verbannte oder Verfolgte läßt die Hoffnung zurück, mit welcher er sein eigenes Land in Richtung auf seine Utopie formen wollte oder zu verändern suchte.

Beide, Emigrant und politischer Flüchtling, neigen mit ihrer Unfähigkeit, die Utopie in ihre eigene gebürtige Welt oder danach in die "neue Welt" einzuarbeiten, zur Flucht in die Nostalgie; deutlicher formuliert:
sie neigen dazu, Kleinigkeiten aus der vergangenen Realität wiederherzustellen und festzuhalten.
Ethnische Quartiere in den Großstädten, von Chinesen, Italienern, Afrikanern, Arabern vereinigen sich zu "Klein Italien", China Town, zu Ghettos, zu "medine", oder zu Siedlungen in deren Name sich der ihrer ursprünglichen Städte wiederholt - Barcelona, Valencia, New York, Neu Granada oder umfassen ganze Gebiete, Länder, Plätze, welche dann utopische Namen tragen: Florida, Antillen, Brasilien, Peru, Lateinamerika, Puerto Alegre, Ciudad Paraiso, Puerto Eden.Die spanischen Zentren vermehrten sich mit einer das Herz zerreißenden Rückwärtsgerichtetheit in dem Teil Amerikas, in dem die spanischen Asylanten aufgenommen wurden, ebenso wie die Zentren von Uruguay, Argentinien oder Chile sich jetzt in den europäischen Ländern vermehrten, welche die Sturzflut von Flüchtlingen aus Lateinamerika unlängst aufnahmen.

Anmerkungen:
(1) Salim Abou, Mito y realidad en la emigration (Mythos und Realität in der Emigration), in: Culturas, Vol. II, N 2, UNESCO, Paris 1980,S.80
(2) W.I.Thomas/Z.Znaniecki, The Polish Peasants in Europe and America, New York 1958, S.147
(3) Salim Abou, Analyse d'une acculturation (Analyse der kulturellen Angleichung) in: Etudes, 1978, S.366

Alle versuchen, auf diese oder jene Art in der neuen Gesellschaft etwas aus ihrem Heimatland zu erhalten, um nicht, wenn sie schon anders und unterschiedlich sind, ständig das Gefühl der Feindseligkeit und völligen Fremdheit spüren zu müssen.
So ist es in beiden Fällen: wenn die Utopie "dort" nicht möglich war (Flüchtling) oder "hier und jetzt" nicht möglich ist (Emigrant). Da bleibt nicht anderes übrig, als der Versuch der Integration. Aber - 'die Integration geht ihren Weg nur über die Neutralisierung der Enttäuschungen.'

ASYL

Die Neutralisierung der Enttäuschung ist für den Asylanten sehr viel schwieriger, weil der Emigrant stärker motiviert ist, sich an die Wahlheimat anzupassen. Er ordnet sich stärker zu und ist stärker bereit, sich durch die Sitten und Gebräuche der Wahlheimat verführen zu lassen. Für den Asylanten dagegen ist der Verzicht auf sein ursprüngliches Projekt der Utopie, wegen dessen Niederlage er in das Exil gedrängt wurde, in aller Regel sehr hart. Der Asylant flüchtet sich in ein kulturelles und politisches Ghetto, in welchem er die ihn umgebende Gemeinschaft ablehnt. Er flüchtet sich damit in eine unbewegliche Geschichte in der Zeit (in die Zeit der Niederlage des utopischen Projekts und des Zerreißens seiner ursprünglichen Umwelt) und er verzichtet auf neue Projekte in dem Land, das ihn aufnahm, weil er ständig die Hoffnung besitzt, daß alles an was er glaubt in seinem Ursprungsland doch noch möglich wird und seinen Vorstellungen entspricht. Diese Hoffnung, daß alles wieder so wird, wie es einst sein solte, ist dieselbe, wie sie für den ausgewiesenen Serben oder Bulgaren existiert, der die alte abgelegte Monarchie zurückwünscht. So auch für den spanischen Flüchtling, der 40 Jahre lang auf den "bevorstehenden" Sturz von Franco gewartet hat. Oder für den Chilenen, der immer dann mit Inbrunst von dem Zusammenbruch des Pinochet-Regimes träumt, wenn er eine kurze Zeitungsmeldung in fremder Sprache liest.
Die Enttäuschungen zu neutralisieren, zu integrieren, ist nur möglich zu Lasten von vielen Zugeständnissen, die dadurch das letzte Stückchen Bezugnahme auf die Utopie verlieren. Trotzalledem, wie sehr sie sich auch integrieren und einlassen, der Emigrant und der Asylant können sich dennoch nie voll und ganz akzeptiert und von der "neuen Welt" anerkannt fühlen. Hinter allen Ereignissen steht immer der Zustand des "Fremden", offen und verdeckt wahrzunehmen an einer Geste, durch den unvermeidlichen Akzent, durch das Wissen über die Unmöglichkeit, in bestimmten Kreisen akzeptiert zu sein, selbst wenn die gleiche Interessenlage vorhanden wäre.

DIE ZWEITE GENERATION

Der einzige Weg, diesen Zustand zu ändern, wäre über die Kinder des Emigranten oder Asylanten möglich, denen sie diese neue Heimat geben. Die Kinder wissen nichts von dem verlorenen Land, sie glauben auch nicht daran, in einem Land der Utopie geboren zu sein. Diese zweite Generation wird "natürlich" in die neue Gesellschaft eingegliedert.
Aber auch dieser Vorgang läßt sich nicht ohne Schwierigkeiten verwirklichen. Die Kinder der ausländischen Eltern - Emigranten oder Asylanten - müssen, um voll und ganz Kinder der Gemeinschaft zu sein, in welcher sie geboren wurden, zu dem richtigen Zeitpunkt mit dem familiären Milieu brechen, d.h. mit der Tradition, die diese charakterisiert. Durch diese Revolte entsteht ein neuer Riss.
Die Zerstörung der Vergangenheit der Eltern, die absolute Vernichtung der Utopie ihres 'Vater'-Landes ist der Preis für eine Integration der Kinder. Daß die Suche nach der zeitlichen oder geschichtlichen Utopie der einen, oder die Bewegung der Völkerwanderungen der anderen negiert wird, ist eine Tatsache, vor der man nicht die Augen verschliessen kann. Die Utopie ist folglich weit entfernt von den Lebenszusammenhängen der Kinder in der neuen Gesellschaft. Die Völkerwanderungen der Eltern in den geographischen Räumen muß sich fortsetzen in den geistigen Raum der Kinder. (4)



AUF DEM WEG IN EINE OFFENE KULTUR

Im allgemeinen ist es aber so, daß die genannten es als einen Bruch und nicht als eine Form von Metamorphose betrachten; dennoch, der Verlust der ursprünglichen kulturellen Identität bringt eine Bereicherung der neuen Gemeinschaft hervor. Die Alternative einer pluralistischen Kultur und der Unterschiedlichkeiten kann sich nur positiv und vor allem schwungvoll auswirken.
Die Emigration und das Exil dürfen nicht ausschließlich im Licht der Utopie des ursprünglich verlorenen Landes oder des gelobten Landes gesehen werden, sondern in einem Licht der viel bescheideneren Resultate, welche aber weitaus mehr offenbaren und fühlbar machen: Der Vermischung der Kulturen.
Die Kulturvermischung formt die "geschlossene Gesellschaft" zu einer offenen sozialen Gemeinschaft um; im Gegensatz zur reinen Überlagerung der Zivilisationsformen bedeutet sie eine gegenseitige innere Durchdringung von Erscheinungsformen des Fortschritts wie auch von Mißständen. Ist im ersten Fall (der reinen Überlagerung) ein Mißstand einmal vorhenden, so bedeutet das nichts anderes als eine Beseitigung des dynamischen Elements von Kultur und Gemeinschaft.
Wenn auch ein solches Endergebnis weit von dem ursprünglichen Vorsatz entfernt ist, so darf diese Situation niemals ein Motiv sein, mit dem man neue mögliche Utopien aufgibt.
Nur dank der permanenten Präsenz von Utopie kann das dynamische und notwendige Spiel der Dialektik zwischen Mythos und Realität fortgesetzt werden.
Wieviele Kinder von in Amerika im Exil lebenden Spaniern sind heute aus Lateinamerika verbannt und leben in Europa im Exil?
Wieviele Kinder von diesen Kindern sind freiwillig oder gezwungenermassen auf der Suche nach neuen Szenerien der Zukunft im Bereich der Utopie?
Emigration und Exil haben die menschliche Geschichte gestaltet; Emigration und Exil werden auch weiterhin die Geschichte der Utopie gestalten.

Anmerkungen:
(4) Jedoch ist es erforderlich, zu erwähnen, daß wenn die Nabelschnur der Vereinigung mit den Eltern einmal gerissen ist, die Kinder der neuen Welt ihre "ursprüngliche" Welt zu idealisieren beginnen. Diese Idealisierung kann bis zur Übernahme einer Form von Utopie gehen, welche die genannten Räume vertauscht.

DISKUSSION: 'Nationale' contra 'Personale' IDENTITÄT



DIE NATIONALE FRAGE IST OFFEN

Im Namen des Volkes den Staat infragestellen?

von Henning Eichberg

Das Verhältnis von Theorie und Praxis war immer ein Problem. Und bleibt es auch.
Theorie: Wir sind antiautoritär. Wir richten uns nur nach dem eigenen Kopf und unterwerfen uns nicht der Logik anderer. So weit, so gut.
Praxis: Da lebt vor Jahren ein Mann namens Friedrich Ludwig. - Was ist über ihn zu berichten? Im bürgerlichen Leben war er ziemlich gescheitert, weil unangepaßt, nicht nur im Examen. Mit den Herrschenden, den Fürsten und ihren Staaten, lag er überquer und hatte es mehr mit dem Volk. Das Volk sollte sich auf sein Eigenes besinnen (das "Volkstum"), und das war sicher nicht das, was die Höfe mit ihrer französich geprägten Kultur ihm vorhielten. Volk und Herrschende, Fremdes und Eigenes - was es im einzelnen mit dem einen wie dem anderen auf sich hatte, darüber besaß Friedrich Ludwig keine sehr klaren Vorstellungen. Aber wer hat das schon? Und wer soll beurteilen, was "klar" ist? Wer soll gar heute beurteilen, was damals "klar" war?

Intellektuelle Exekution posthum?

Immerhin entwickelte Friedrich Ludwig Praxis. Er rief Jugendliche zu wilden Spielen auf die Hasenheide vor der Stadt. Sie sängen freche Lieder, und er hielt aufmüpfige Reden. Zeitweilig paßte das einigen Leuten ins Konzept, weil es gegen die französische Besatzungsmacht ging. Nur so lange. Aber als der Krieg vorbei war, war für die Studenten seines Umreises die Sache noch keineswegs vorbei. Darum wurden seine Übungen auf der Heide verboten, er kam ins Gefängnis, der Kontakt mit der jungen Generation wurde ihm über Jahrzehnte hin unterbunden. Das war das Ende vom Spiel. (Was später kam, waren andere Verhältnisse.)
Nun war auch im SCHWARZEN FADEN etwas über jenen Friedrich Ludwig Jahn zu lesen. Ohne Einschränkung Negatives. Woher kommt das?
Einige Leute, die zu Jahns Zeit weniger Praxiswirkung hatten, aber dafür bemerkenswerte, auch theoretisch anspruchsvollere Literatur produzierten, hatten einige Einwände gegen ihn. Dazu hatten sie ein gutes

Recht. (Die Personenbeschreibung gegen den "ungewaschenen Flegel" hatten sie allerdings mit der monarchischen Reaktion gemeinsam.) Darunter war Heinrich Heine. Seine Einwände gegen Friedrich Ludwig Jahn waren zum Teil begründet, aber es zeugte nicht gerade für nichtautoritäres Denken, würde man ihn einfach abschreiben. Rudolf Rocker hat dann Heines Beurteilung übernommen. Auch er hatte dafür Gründe, aber wieder ganz andere als Heinrich Heines.Dürfen wir nun heute Rudolf Rocker folgen? Im SCHWARZEN FADEN meint man: ja, und zwar - nicht gerade antiautoritär gedacht -, weil Thomas Mann, Albert Einstein und Bertrand Russel Rockers Werk "hochgelobt" hätten. Nun sind diese alle nicht gerade als Kenner der Verhältnisse des Friedrich Ludwig Jahn berühmt. Dennoch schreibt Horst Blume im Schwarzen Faden bei Rudolf Rocker ab, was dieser von Heinrich Heine hat, und verkürzt damit abermals. Im Ergebnis wird daraus eine erneute Exkommunikation des Friedrich Ludwig Jahn, interlektuelle Exekution im nachhinein. Ein Mann mit falschem Bewußtsein - punktum.

Denken mit dem eigenen Kopf

Wie gesagt: theoretisch folgen wir dem eigenen Kopf. Aber praktisch wird verfahren nach dem autoritären Muster: Zitat einer Autorität - abgesichert durch Autoritätsverweis -, die von einer weiteren Autorität etwas übernommen hat.Denken mit fremden Köpfen, und fertig ist der historische Verriß.
Offenbar ist es nicht so leicht mit dem Anarchismus, sobald er vorgelebt werden soll. Es ist leicht, den nationalrevolutionären Zeitschriften und Gruppen Verbalradikalismus, unkritische Übernahmen (aus fernen Befreiungsbewegungen) und mangelnden Praxisbezug anzukreiden. Das ist übrigens auch meine eigene Kritik. Aber es wäre doch überzeugender, wenn darüber die eigenen Unzulänglichkeiten nicht vergessen würden.
Übrigens kann man gerade das als einen Beweis für Stringez der antiautoritären Kritik ansehen: Wenn das sogar Anarchisten passiert ...! Umso mehr Grund, auf der Hut zu sein.
Nur noch dies zur oben zitierten Sache bzw. Person: Die Urteile über Friedrich Ludwig Jahn - einschließlich solcher Aussagen Heinrich Heines - finden sich in Einzelheiten diskutiert in meinem Aufsatz"Rekonstruktion eines Chaoten. Die Veränderung des Jahnbilds und die Veränderung der Gesellschaft" in Band 4 (1978) der Zeitschrift "Stadion", S. 262-291. Über Jahn als Antipädagogen schrieb auch Wilhelm Hopf:"Turnte Turnvater Jahn? Spielerziehung als Antipädagogik" in "Päd.extra" Nr.11/1978.
Soviel nur nebenbei. Aber manchmal - da kann man Eure Kritik des Kaderjargons nur unterstreichen - ist die Nebensache eigentlich die Hauptsache.

Vom hoffentlichen Ende der taktischen Diskussion

Dennoch zur Hauptsache. Insofern es um das Verhalten zwischen Anarchie und Nation geht, wären die Diskussionen zwischen Nationalrevolutionären und Anarchisten um 1930 ein spannendes Thema zur historischen Rekonstruktion verschütteter Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten. Soweit ich die Diskussion jener Jahre jenseits von "links" und "rechts" kenne, handelte es sich stets darum, die andere Seite taktisch zu umarmen. Wie Euer Zitat von Ehrich Mühsam zeigt ("Wir wollen dabei nicht ihre Ideen vertreten, sondern unsere..."), waren auch reflektierende Anarchisten vom Lagerdenken ("ihre" - "unsere") und von taktischer Vereinnahmung nicht so weit entfernt. Die damaligen Nationalrevolutionäre waren es sicher nicht.
Weder die Anarchisten jener Jahre noch jene Nationalrevolutionäre bestimmen jedoch heute noch die Diskussion. Es wäre gespenstisch, wenn ihre Art des Gesprächs wieder aufleben würde. Das gilt gerade auch für die Friedensbewegung, wo heute am ehrsten vergleichbare taktisch-strategische Erörterungen über die nationale Frage auftauchen.
Was stattdessen? Worum geht es eigentlich heute bei der Frage zwischen Nation und Anarchie, zwischen nationaler Identität und antiautoritärer Praxis?

Vom Widerspruch: Volk oder Staat

Der SCHWARZE FADEN zitiert Arno Klönnes These, es gebe einen nachweisbaren, engen und notwendigen Zusammenhang von Nation und Aufbau des bürgerlichen Staates seit dem frühen 19. Jahrhundert. Aber genau das steht in Frage.
Die Gegenthese ist: Kern der nationalen Frage im Zeitalter der demokratischen Revolutionen war die Gegeneinandersetzung von Volk und Staat. Der innere Aufbau des bürgerlichen Staates vollzog sich im Zeichen des Patriotismus, eines "vaterländischen" Integrationsbewußtseins, das aus dem Absolutismus übernommen und bürgerlich-demokratisch aufgefüllt wurde. Patriotismus war staatsbezogen, aber hinsichtlich des Volkes indifferent. In den 1970er Jahren konnte daran eine "patriotische" Sozialdemokratie anknüpfen mit Parolen wie "Weiter arbeiten am Modell Deutschland" (gemeint war die BRD) oder "Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land". Der Nationalismus ergab sich im Kontrast dazu aus einer Konflikterfahrung, und zwar in der Regel aus einer Opposition gegen den bestehenden Staat oder bestehende Staaten. Im Namen des Volks wurde im Vormärz der Staat infragegestellt.

Für Anarchisten wie Michail Bakunin war es daher gegeben, die Brücke zu schlagen zwischen der antistaatlichen Revolution des Sozialismus und der nationalen Revolution der unterdrückten Völker. Seine Schrift aus dem Revolutionsjahr, "Aufruf an die Slawen" (Köthen 1848), enthielt einen "flammenden" Aufruf zugunsten der nationalen Befreiung:"... aufgelöst das preußische Reich.... aufgelöst Österreich, dieses aus verschiedenartigsten Nationalitäten durch List, Gewalt und Verbrechen zusammengeknetete Ungetüm - aufgelöst das türkische Reich..., aufgelöst endlich ... das russische Reich, auf daß die drei in ihm geknechteten Nationen - Großrussen, Kleinrussen, Polen, sich selbst zurückgeben, ihren übrigen slawischen Brüdern die freie Hand reichen."
Da ist mehr offen, als mancher vielleicht gedacht hat

Bakunins Aufruf mag - im Licht seiner späteren Tätigkeit, die die nationale Frage nicht allzu hoch bewertete - vielleicht nicht ganz glaubwürdig klingen (vielleicht ähnlich wie Otto Strassers Annäherung 1931 an Rudolf Rocker?). Aber er war doch mehr als eine anarchistische Anbiederung an die nationale Revolution der Völker. Es lag eine Logik darin: Volk gegen Staat. Und er erwies sich als realistischer als die gegen ihn

gerichtete Polemik von Friedrich Engels, der im Namen eines strikt anationalen Marxismus das nationale Pathos Michail Bakunins für reines Fantasieren hielt. Die spätere Entwicklung gab Bakunin recht, nicht Engels. (Einzelheiten zu dieser Kontroverse bei Roman Rosdolsky: Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der "geschichtslosen" Völker. Berlin 1979, S. 145-69.)

Das ist nicht nur von historischem Interesse. Der Widerspruch zwischen Volk und Staat kann auf einer ganz neuen Ebene zukünftig Bedeutung erhalten: in einem sich anbahnenden Totalitarismus des 21. Jahrhunderts. Herrschaftsstrukturen, multinationale wirtschaftliche Macht und technologische Apparaturen wachsen in fast unglaublichem Maße zusammen. In der westdeutschen Bundesrepublik weisen Flick (Konzerninteresse als Inhalt staatlicher Politik), flächendeckende Observation des BKA (zunächst zu Schutz amerikanischer Generale) und ein Archipel aus befestigten Atomfabriken auf eine neue Synthese voraus, integriert vom Nato-Bewußtsein nuklear geschützter Freiheit. Die nationale Identität des betroffenen Volkes aber liegt quer zu.

Es gibt also noch einige Nüsse zu knacken für die alternative Linke, und die nationale Frage ist ziemlich hart. Aber antiautoritäre Sozialisten bringen dazu wohl eher Voraussetzungen mit als die staatsfixierte Linke dieser oder jener Art. Und dazu gehört möglicherweise, neben staatskonservativer Sozialdemokratie und Staatskommunismus, auch etliches von dem, was sich heute als "nationalrevolutionär" versteht und an den Etatismus der Zwischenkriegs-Nationalisten anknüpft.

Die Hauptwidersprüche der nationalen Frage auf dem (bisherigen) Höhepunkt der standartisierenden Industriekultur sind jedenfalls noch offen. Vielleicht heißen sie so: Volk oder Staat? Identität oder Entfremdung? Vielfalt oder Uniformität? Autonomie von unten oder Herrschaft von oben? Regionale Demokratie oder rationelle Expertokratie? Anerkennung der Staaten oder Nichtanerkennung (einschließlich BRD und DDR)? Zentralisation oder Balkanisierung für jedermann?



STATUS QUO ODER REVOLUTION

von Paul Winteracker

Eine nationalrevolutionäre Antwort auf Horst Blume

Vorbemerkung

Dieser Artikel unterscheidet sich von anderen Kritiken und Kommentaren aus dem Bereich der Linken vor allem dadurch, daß er sich um eine faire und sachliche Analyse bemüht und nicht in die ansonsten oft übliche Neofaschismus-Hysterie verfällt, wenn von Nationalrevolutionären die Rede ist. Dennoch sind dem Genossen einige schwere Fehler bei seinen Einschätzungen und Wertungen unterlaufen, auf die nachstehend aus nationalrevolutionärer Sicht eingegangen werden soll.

RÜCKBLICK

Dankenswerterweise zeigt H. B. bestehende Kontakte zwischen Anarchisten und der Strasser-Richtung der Weimarer Zeit auf und beleuchtet damit ein Kapitel, das im Bewußtsein der meisten Linken überhaupt nicht präsent ist. Ausgerechnet diese Kontakte jedoch als Beispiel für die Fühlungnahme von Anarchisten und Nationalrevolutionären jener Jahre anzuführen, ist etwas weit hergeholt. Denn die Strasser-Richtung ("Revolutionäre Nationalsozialisten") lässt sich angesichts ihrer ständestaatlichen, korporativistischen Positionen allenfalls mit größter Mühe zu den Weimarer Nationalrevolutionären und Nationalbolschewisten im allerweitesten Sinne rechnen. Die eigentliche Weimarer NR-Bewegung existierte schon, als Strasser noch in der NSDAP war und hatte stets ein radikaleres, antikapitalistisches Politikverständnis. (...) Will man Kontakte zwischen Anarchisten und wirklichen Nationalrevolutionären aufzeigen, so sei an die Münchner Räterepublik erinnert, in der neben den Anarchisten Mühsam und Landauer auch der spätere führende Kopf der deutschen Nationalrevolutionäre, Ernst Niekisch, eine exponierte Rolle spielte.(1) Erinnert sei weiterhin an die "Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)", zu der zeitweise nicht nur Otto Rühle und der in H. B.'s Beitrag erwähnte Franz Pfempfert gehörten, sondern auch die beiden Hamburger Nationalbolschewisten Fritz Wolfheim und Heinrich Laufenberg (2), die man ohne weiteres mit zu den ideologischen "Urahnen" der heutigen westdeutschen NR-Bewegung rechnen kann. Die norddeutschen KAPD-Bezirke, vor allem Hamburg, wurden eine Zeitlang von nationalrevolutionären Vorstellungen (z.B.: revolutionärer Volkskrieg gegen die kapitalistischen Siegermächte von Versailles) dominiert, erst mehr als zehn Jahre später sollten (in der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung) nationalrevolutionäre Ideengeber wieder eine derartige Massenbasis finden. (...)

Nationalismus - kein Indikator für freiheitliche Bestrebungen?

Nach H. B. fällt dem Nationalismus keinerlei positive Rolle in der Geschichte zu, in der deutschen Geschichte schon gar nicht. Er zitert Heinrich Heine gegen Ludwig Jahn, (...) und stellt sich überhaupt nicht die ideologiekritische Frage, zu was denn die allgemeine Humanität (und das Geschwafel von ihr in den Sonntagsreden) und insbesondere der Kosmopolitismus mittlerweile, d.h. rund 150 Jahre nach Heine, verkommen sind: zur Herrschaftsideologie der multinationalen Konzerne nämlich, die mit der Nation absolut nichts mehr am Hut haben und nach einer einheitlichen, normierten, berechenbaren Weltgesellschaft, Weltkultur und Weltmentalität streben. Keine Klasse ist heute so entschieden "internationalistisch" und "kosmopolitisch" orientiert, wie die der Kapitalisten. Der aufgeklärt-liberale Weltbürger kommt da gerade recht als Leitbild.

Wird in dieser ganz konkreten Situation nicht ein weltweiter Befreiungsnationalismus und Antiimperialismus zu einer emanzipatorischen Kraft, ist er es nicht sogar schon längst geworden, z.B. in Nicaragua, im Iran, im Baskenland, in Nordirland, usw..., wo nationalistische Rebellionen die Vereinnahmungs- und Nivellierungpläne der multinationalen Konzernstrategen und ihrer "internationalen Arbeitsteilung" durcheinanderbrachten und - bringen (ganz gleich, wie man beispielsweise zur konkreten Innenpolitik des einen oder anderen revolutionären Dritte-Welt-Landes stehen mag)? (...)

Etwas peinlich wird der dann folgende Ausflug in die Historie und die Zusammenfassung der Ideen von Herrn Arno Klönne. "Zuerst ist der Staat da, dann entwickelt sich das, was wir Nation nennen", heißt es plötzlich. Nun ist sicherlich nicht zu bestreiten, daß es zur Zeit des aufkommenden Nationalismus im 19. Jahrhundert Staaten gab, gerade diese Staaten waren jedoch zumeist gerade nicht "Entstehungsursache der Nationen und des Nationalbewußtseins". So standen die über 300 (bis 1806) und später immerhin noch über 30 (ab 1815) deutschen Kleinstaaten der Entstehung des Nationalbewußtseins in Deutschland außerordentlich entgegen, als es sich dann aber doch entwickelte, richteten sich seine politischen Auswirkungen gerade gegen diese Staaten. Und wenn wir den deutschen (und italienischen) Sonderfall eines Vereinigungsnationalismus einmal beiseite lassen und den europäischen Normalfall des 19. (wie des 20.) Jahrhunderts, nämlich den Separationsnationalismus betrachten, so zeigt sich klar, daß die Nation und das Nationalbewußtsein allemal zuerst da waren und dann nach einer staatlichen Form strebten, nicht umgekehrt.(...)

Zur Konzeption der revolutionären Blockfreiheit

Wohl eher unbewußt macht sich H. B. abermals zum Apologeten des freiheitsfeindlichen Status quo, wenn er weiter schreibt, daß "Interessengruppen anderer Länder eine Wiedervereinigung als bedrohlich empfinden

würden." Angst und Mißtrauen gegenüber einem scheinbar belasteten Begriff wie "Wiedervereinigung" und ein innerlich kaltes, distanziertes Verhältnis zum millionenfachen persönlichen Leid, daß durch die Spaltung Deutschlands, die Zerreissung von Familien, usw. entstanden ist, lassen ihn überhaupt nicht auf die Idee kommen, die Interessen dieser "Interessengruppen" einmal kritisch zu hinterfragen. Denkt man H.B.'s Logik konsequent weiter, so könnte man auch sagen, daß die Befreiung der Schwarzen in Südafrika von "Interessengruppen" der Weißen als "bedrohlich" empfunden wird, und deshalb zu unterbleiben hat, jeder Arbeiterstreik den Kapitalisten und seinen "Interessen" gleichfalls "bedrohlich" erscheint, usw. Im Gegensatz dazu gehen wir Nationalrevolutionäre davon aus, daß stets zwischen Recht und Unrecht, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit zu unterscheiden ist und dann, wenn der Status quo der Menschlichkeit und dem Recht im Wege steht, er folgerichtig bekämpft werden muß.

Unter Berufung auf Egbert Jahn spricht H.B. schließlich davon, daß die Zerschlagung der Blockmilitarismen die Kriegsgefahr verschärfen und Konfliktpotentiale erhöhen würde.(...) Nach der von Jahn gedachten und von H.B. aufgegriffenen Argumentationskette wäre die beste Lösung doch ein Weltstaat, eine Weltpolizei, eine Weltkontrolle - denn die könnte den Frieden doch noch viel besser sichern, als es Russen und Amis jetzt, jeweils für sich in ihrem Machtblock, tun können. Merkt ihr denn gar nicht, auf welches wahnwitzige Gebiet Ihr Euch mit solchen Gedanken einlaßt, wem so etwas dient?!

Nationalismus - und noch einiges mehr!

H.B. wirft den Nationalrevolutionären vor, daß sie über den Nationalismus hinaus kaum etwas anzubieten hätten, alle übrigen NR-Postulate (Sozialismus, Basisdemokratie, usw.) seien unklar und oberflächlich.(...)

Dazu ist allerdings zu sagen, daß die NR sich mittlerweile weiterentwickelt haben und die erwähnte Diskussion bei weitem nicht mehr den aktuellen Stand angibt. Aktueller sind da schon entsprechende Abschnitte der "Nationalrevolutionären Plattform" und einzelne Artikel in den Zeitschriften "Laser" und "Aufbruch", die nach der Diskussion in "Wir Selbst" erschienen. Zuzustimmen ist H.B., daß manches noch hinterherhinkt, vieles noch aufgearbeitet und konkretisiert werden muß. (...)

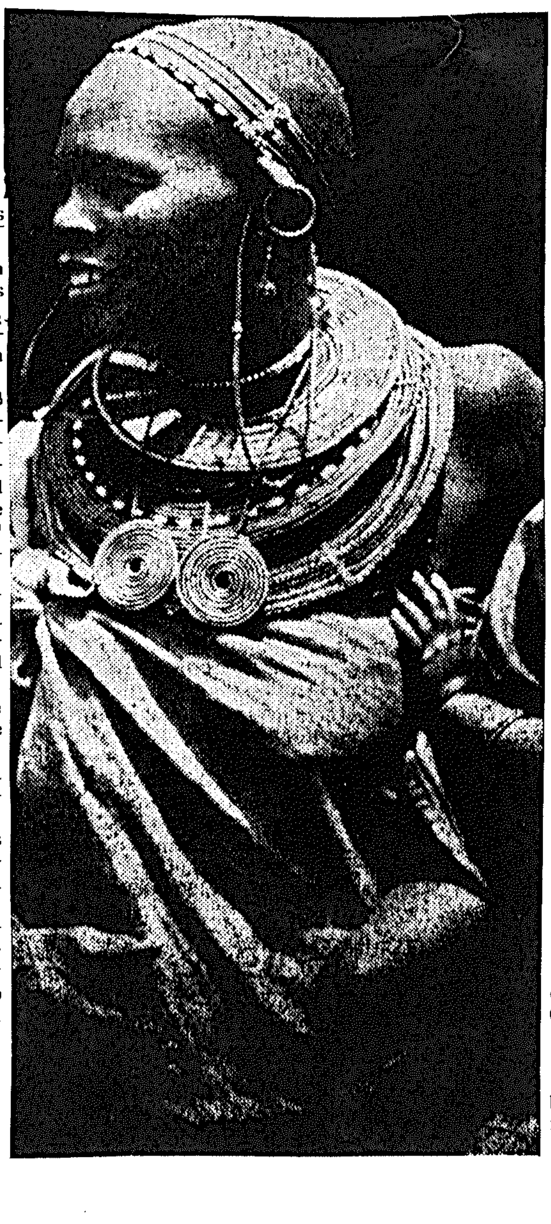
Diese Konkretisierung wird jedoch kaum auf der Basis platter Empirie möglich sein, die anklingt,wenn H.B. Genossenschaften und Werkstätten mit NR-Hintergrund fordert, auf das unsere Theorie "konkret überprüfbar" werde. Nationalrevolutionäre Praxis ist nicht unbedingt auf diese speziellen Formen angewiesen, sie spielt sich auch anderswo, in verschiedenen Lebensbereichen ab, neben Bürgerinitiativen (z.B. Startbahn West, Sauerlandautobahn, usw.) sind hier vor allem gewerkschaftliche Gremien (so in der IGM, der GEW, der ÖTV und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff) und (noch!) die Partei der Grünen (in verschiedenen Bundesländern) zu nennen. Sogar im kirchlichen Bereich gibt es politische Basisaktivitäten von Nationalrevolutionären.(...)

Sprache und Stil - richtige und falsche Kritik

H.B.'s Kritik an der vielleicht wirklich zuweilen etwas martialischen und "radikalistischen" Sprache unserer Publikationen hat z. T. einiges für sich. Kritiken dieser Art sind uns hochwillkommen, erlauben sie es uns doch, zu lernen und es demnächst besser zu machen. Wir gehören allerdings nicht zu den Leuten, die aus lauter Scham über die gescheiterten Polit-Illusionen der siebziger Jahre und die mit ihnen verbundenen Begrifflichkeiten nunmehr darauf verzichten, die Dinge jeweils beim wahren Namen zu nennen! (...)

ANARCHISTEN UND NATIONALREVOLUTIONÄRE

H. B. warnt davor,die "vage Erklärung, daß man sich dem 'anarchistischen Anliegen verbunden' fühle, als wirkliches Aufgreifen unserer Vorstellungen mißzuverstehen." Nun lassen sich aber deutliche Gemeinsamkeiten zwischen Nationalrevolutionären einerseits und Anarchisten andererseits nicht übersehen:



* Mit Pierre Proudhon und Georges Sorel gibt es zwei wichtige Theoretiker, auf die sich die Nationalrevolutionäre und zumindest bestimmte Strömungen des Anarchismus gleichermaßen beziehen.
* Mit ihrer strikt genossenschaftlichen Sozialismuskonzeption stehen die anarchistischen Nationalrevolutionäre anarchistischen Vorstellungen näher, als den etatistischen, auf Staatsbetriebe hinorientierenden Positionen der meisten traditionell-marxistischen Strömungen.
* Die basisdemokratischen Vorstellungen der Nationalrevolutionäre (Subsidiaritätsprinzip, größtmögliche kommunale, regionale und nationale Selbstverwaltung/Unabhängigkeit, Kampf gegen zentralistische und technokratische Staatsstrukturen) weisen eine eindeutige Nähe zu anarchistischen Positionen auf. (...)

Trotzdem sind wir natürlich keine Anarchisten und es liegt uns fern, uns anzubiedern und vorhandene Widersprüche verkleistern zu wollen. Die wesentlichsten Differenzen lassen sich wie folgt umreißen:

+ Uns geht es um die Bewahrung der regionalen und nationalen Kulturen und nicht um ihre Verschmelzung oder Vereinigung. Die Idee einer einheitlichen Weltkultur, die die kulturellen Differenzierungen der Völker aufheben würde, ist in unseren Augen eine zutiefst inhumane, darüberhinaus übrigens durchaus im Sinne der multinationalen Konzernstrategen liegende Schreckensvision. Somit sind die Nationalrevolutionäre auch eine Widerstandsbewegung gegen die Vernichtung kultureller Identitäten, die der Kapitalismus weltweit betreibt.
+ Die völlige Aufhebung oder Abschaffung des Staates ist nach unserer Meinung eine nicht realisierbare Utopie. Unseres Erachtens geht es um das "wie" des Staates, wobei wir die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates als unabdingbare Voraussetzung nationaler Befreiung ansehen. An diesem Punkt stehen wir - im Gegensatz zu anderen Punkten, s.o. - sicherlich marxistischen Positionen näher, als anarchistischen.
+ Ein besonderer Unterschied besteht zwischen uns und pazifistischen Strömungen innerhalb des Anarchismus. Mit Bedauern sehen wir, daß solche pazifistischen Tendenzen derzeit von großem Einfluß in der anarchistischen Bewegung sind.
+ In besonderer Weise lehnen wir aufgrund unseres gemeinschaftsbezogenen Menschenbildes auch individualanarchistische und anarcho-liberale Positionen (etwa in der Art der amerikanischen "Libertarians") radikal ab.

Wir sind jederzeit bereit, die Diskussion über diese Fragen fortzusetzen. Wir bieten dazu auch den Forum-Teil unserer Zeitschrift an. Wir sind außerdem bereit, an öffentlichen Diskussionsrunden über diese Fragen mit Vertretern der SF-Redaktion und anderen anarchistischen Genossen teilzunehmen.

(1) Vgl.Niekisch, Ernst: Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs.1.Band: Gewagtes Leben,1889-1945.Köln,S.63
(2) Vgl.Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, S.274 ff. sowie Schüddekopf, Otto-Ernst:Nationalbolschewismus in Deutschland (Ullstein-Tb), S. 59ff.
(3) Vgl.Bock, a. a. O., S. 444

ENTGEGNUNG

von Wolfgang Haug

Henning Eichberg spielt rhetorisch geschickt eine angebliche "Autoritätsfixiertheit" gegen einen Anarchisten aus und dürfte zunächst das Schmunzeln auf seiner Seite haben. Tatsächlich handelt es sich um eine demagogische Redewendung, denn selbstverständlich kann heute niemand, auch Eichberg nicht, ein autonomes Urteil über jenen Friedrich Jahn fällen; es ist noch lange keine Autoritätsfixiertheit, wenn man sich der Quellen zeitgenössischer Schriftsteller (also z.B.Heinrich Heine) bedient. Daß Rockers "Nationalismus und Kultur" (Verlag IMPULS,Bleicherstr.19,2800 Bremen) dabei von anarchistischer Seite mit in die Diskussion gebracht wurde, geschah bewußt,weil dieses Buch 1937 nur noch in englischer Sprache erscheinen konnte; 1948 in Deutschland zu einem Zeitpunkt greifbar wurde, als es aufgrund der Wiederaufbau-Mentalität, zu nur spärlicher Resonanz kam.Die Rezeption von Rockers Thesen,u.a. sieht er im Nationalismus einen "die Universalität der Kultur hemmenden Wahn", steht noch aus und wird in dem Maße wieder modern, wie sich auch die Linke mit der "nationalen Frage" beschäftigt.

Aber es geht uns nicht um Jahn, dessen "Praxis" uns nicht so vorbildlich erscheint, daß es sich für Nationalrevolutionäre lohnt, ihn auszugraben. Und es geht uns auch nicht um eine historische Debatte zur verschiedenen Interpretation der Jahre 1830 bis 1848; im Beitrag zum Hambacher Fest (SF.Nr.7) haben wir die vielfältigen Interessen vorzustellen versucht, die in dieser Zeit mitspielten; es wäre allzu verkürzt, wollte man heute nur die "Geburt der nationalen Identität" aus dieser Zeit herleiten.

Das Schlagwort "Volk gegen Staat" hört sich zunächst sehr anarchistisch an, aber historisch gesehen war der STAAT wohl nicht in Frage gestellt; es ging lediglich um die Herrschaftsform im Staat,d.h. um größere bürgerliche Freiheiten,damit sich der finanzielle Aufschwung des Bürgertums auch in politischer Macht niederschlagen konnte.



Wenn Anarchisten eine Gegenthese suchen, dann wäre es die zwischen Staat und Gesellschaft; dabei ist klar, daß die "Gesellschaft" aus Menschen mit verschiedenen Interessen besteht und auf diesen Umstand gilt es einzugehen, will man Alternativen anbieten. In dieser Sachlage liegt die Ursache für Vielfalt und Pluralismus. Wir halten nichts von einer Vielfalt, die vom Volksbegriff ausgeht und von ihm aus die Menschen aufteilt. Hinter den NR-Begriffen Ethnopluralismus, Nationalismus, Regionalismus vermuten wir eine Konzeption vieler nationaler-bzw. regionalistischer Klein-Staaten; eine "Lösung", die staatliche Uniformität und Einpassung lediglich häufiger wiederholen würde.Für den einzelnen Menschen existiert deshalb noch lange keine Vielfalt, er bleibt von Geburt in ein System eingebunden. Für die bundesdeutsche Situation durchdacht, ergäbe sich wohl dieselbe Endkonsequenz wie sie auch von CDU/CSU und rechtsradikalen Kreisen aus anderen theoretischen Ableitungen begründet, vertreten wird: AUSLÄNDER RAUS! - In ihre ethnischen Gebiete, zwar nicht aus Ausländerhaß, aber aufgrund der "Entmischung", die für eine jeweils selbstständige Kultur nötig ist. Damit gelangt unsere Kritik an zwei Punkte:

Einmal benutzen die NR positive auch von Anarchisten vertretene Begriffe wie z.B. Selbstbestimmung, Dezentralisierung, Autonomie etc. aber wir meinen offensichtlich völlig verschiedene Inhalte. Zum anderen scheinen die NR einen Kulturbegriff zu besitzen, der den Volksbegriff zentral setzt. D.h. Vielfalt der Kultur wird an die Vielfalt der kleineren politischen Einheiten auf der Basis der ethnischen Gruppen geknüpft. Denken wir es durch, so finden wir eine Alemannische Folgsrebublig, ein Freies Franken und ostfriesische, bayrische, westfälische,hessische etc. Kleinstaaten, ein jeder mit seiner Kultur, seiner Traditionspflege, günstigenfalls seiner Dialektsprache. Soweit so gut, auch wenn es manchem bereits schrecklich eng vorkommen wird. Aber dazu gehören auch:bayrische Polizei,ein schwäbischer Daimler-Benz-Konzern, eine hessische Regierung usw. D.h. an den Abhängigkeitsstrukturen ändert sich für den einzelnen zunächst gar nichts. Die Dezentralität der NR bedeutet eine Vielzahl von Kleinstaaten, aber nicht eine Infragestellung von Herrschaft durch selbstverwaltete autonome Gemeinden,Betriebe etc. Die Dezentralität der NR scheint nicht in Widerspruch mit zentralen und hierarchischen Strukturen innerhalb einer kleinen Einheit zu stehen; - den einzigen Widerspruch könnte das Prinzip der auch von WIR SELBST und vom AUFBRUCH vertretenen BASISDEMOKRATIE bilden, nur wurde bislang nicht näher ausgeführt, wer was zu entscheiden hätte und wer nicht.

Überhaupt fällt auf, daß in NR-Publikationen zwar vom deutschen Problem geredet wird, von der Ost-West-Spaltung durch die Blocksituation,aber Beispiele für Regionalismus liefern eher die Iren, Basken, Korsen, Samen, Indianer etc. und an deren Beispiel läßt sich leicht Zustimmung erreichen, denn es handelt sich tatsächlich um Völker, denen von außen ein Herrschaftssystem aufgezwungen wurde und die sich dagegen seit Anbeginn zur Wehr gesetzt haben. D.h. die NR haben recht, solange es um ein Volk geht (z.B.Kurden,Samen), das sich seiner Identität und Eigenständigkeit bewußt ist und diese auch leben will - ohne z.B. auf mehrere andere "National"-staaten aufgeteilt zu sein. Fordern diese Völker Selbstbestimmung, so ist dies eine Bewegung, die auch der Sympathie von Anarchisten sicher sein kann. Erst recht, wenn diese Völker aufgrund ihrer Tradition, ihrem Denken ...den Staat, wie er heute ist, nicht einfach im Kleinen reproduzieren würden (also z.B.Indianer). Kritischer wird das Verhältnis zu Bewegungen, die zwar Autonomie anstreben, vom Bewußtsein her jedoch dieselben staatsfixierten Inhalte im Kopf haben wie die Vertreter des Großstaates, unter denen sie zu leben gezwungen sind. Ein freies Baskenland mit einer bürgerlichen PNV-Regierung und einer linken Herri Batasuna-Opposition würde sich in der politischen Struktur nicht wesentlich vom heutigen Zustand unterscheiden. Der Fortschritt für die Basken läge allerdings im Abzug spanischer Truppen und Polizeieinheiten; das Bruttosozialprodukt würde im industriereichen Baskenland steigen, u.a. weil die Basken ihre Preise selbst bestimmen könnten, wenn sie ihre Waren (wie bisher) nach Spanien exportierten. Sind das die anzustrebenden Ziele der NR ?

Wenn die Zustimmung und Euphorie also am Beispiel Baskenland oder Nordirland merklich gedämpft wird, so muß das Prinzip, die Wahrheit für ein Volk auf ein anderes zu übertragen, konkret auf die BRD/DDR/Österreich bezogen (laut S.Fadinger in WIR SELBST), in Abrede gestellt werden.

Doch zuerst zum Problem, warum die NR-Thesen für die Linke überhaupt interessant wurden, bzw. wa-

Aufruf zu einem Dialog über die Blockgrenzen hinweg

für autonome Friedensbewegungen
für das Selbstbestimmungsrecht der Völker
für die Einhaltung der Menschenrechte

in OST und WEST

Die Bewegung gegen einen drohenden Weltkrieg, der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Völker und um die Einhaltung der Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Daher glauben wir, dass die Bestrebungen zum Schutz der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker unabdingbare Bestandteile der Aktivitäten und der Zielsetzungen der neuen Friedensbewegung sind.

Beide Supermächte und ihre Blocksysteme sind hauptverantwortlich dafür, dass die Gefahr eines neuen Weltkriegs immer grösser wird. Beide sind verantwortlich für den wahnsinnigen Rüstungswettlauf. Auf beiden Seiten muss die Politik von Grund auf geändert werden, wenn die Kriegsgefahren gebannt werden sollen.

Beide Supermächte und ihre Verbündeten verletzen laufend die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das sind reale Ursachen von Spannungen und Konflikten. Der Friedensbewegung kommt es zu, sich überall einer solchen Politik entgegenzustellen, von wo und von wem auch immer sie ausgeht.

Die europäische Friedensbewegung darf die Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Menschenrechte im Ostblock nicht ignorieren, will sie nicht selbst unglaubwürdig werden. Denn die Behinderung und Verfolgung autonomer Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen im Osten schafft ein Ungleichgewicht und erschwert auch die Entfaltung der Friedensbewegung im Westen.

Die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Osteuropas führt immer wieder zu Krisen und Volkserhebungen. Die Sicherheit aller Völker Europas, einschliesslich der Völker der Sowjetunion, würde sich erhöhen, wenn sie die Möglichkeit hätten, selbst über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Eine friedliche und gerechte Lösung für die Probleme der Völker Osteuropas scheint nur im Rahmen einer Entwicklung möglich, die zur Errichtung atomwaffenfreier und militärisch verdünnter Zonen und in weiterer Perspektive zur Auflösung der Blöcke führen könnte.

Gleichzeitig wird es auch die Aufgabe der europäischen Friedensbewegung sein, für die Selbstbestimmung der Völker in der dritten Welt einzutreten und gegen die militärische Interventions- und wirtschaftliche Erpressungspolitik der Supermächte aufzutreten. In der Folge könnte daher ein gelungener Ost-West-Dialog zu einem Dialog von Nord und Süd führen.

Österreich als neutrales Land könnte hier den Ausgangspunkt für eine neuartige Entspannungspolitik legen, eine Entspannungspolitik ohne politische Gefangene, die von der Basis gefordert wird und die von Pavel Kohout in einem Grusstelegramm an Lew Kopelew so formuliert wurde: „Für eine fruchtbare Entspannung ohne Gefangene – gegen Gefangenschaft einer fruchtlosen Entspannung!"

In Wien sollen Vertreter der sowjetischen Bürgerrechts-, Helsinki- und Nationalitätenkomitees, der Charta 77, der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc, der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen" und der ungarischen Basiskirche mit Vertretern der unabhängigen und autonomen Friedensbewegung des Westens zusammentreffen und über die Grundlagen einer zukünftigen Zusammenarbeit miteinander sprechen können.
Jeder, der sich an diesem Dialog beteiligen will, ist uns willkommen!

rum sich Anarchisten ein Stück weit auf diese einlassen: Der richtige Ansatzpunkt liegt in der Friedensbewegung, in der Forderung nach der Überwindung der Blöcke. Eine Welt, die sich aufgeteilt in 2 Hälften, bis an die Zähne bewaffnet, gegenübersteht, ist kein Zustand, der ruhig schlafen läßt. Eine Welt, in der die Interessen jedes einzelnen Machtblocks darauf drängen, jeden Widerstand im Inneren zu ersticken (also z.B. Ungarn,CSSR,Polen;Dissidenten... – Korea,Vietnam,Naher Osten,Mittel- und Südamerika,Philipinnen;Guerilla und politische Bewegungen...) verliert jede Vielfalt. Selbstbestimmung und Fortschritt und natürlich erst recht die Umwandlung der Gesellschaft zu libertären Zielen werden verhindert. Ein Austritt aus diesem Blocksystem wäre notwendig, um die Erstarrung zu überwinden. Die Mehrheit der Menschen stünde dem selbstverständlich auch nicht entgegen, lediglich diejenigen, die ein politisches und wirtschaftliches Interesse daran haben, die das Feindbild brauchen, um die eigenen Schweinereien abzusichern.
Die Friedensbewegung stellt nun – aufgrund der sich immer weiter zuspitzenden Situation- die Forderung nach den atomwaffenfreien Zonen, nach Austritt aus der NATO, nach Neutralität als erster Stufe auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft. Deutlich ist, daß eine solche Entwicklung tatsächlich zur Instabilität beitragen würde, solange die Hauptkontrahenten USA-UDSSR selbst unbeeinflußt blieben, ihre Einflußsphären aber schwinden sähen. Aus diesem Grund ist die "nationale Frage" kein Thema, das positiv zur Friedensbewegung einen Beitrag leistet: die Ansatzpunkte müssen – gerade um in der Phase der Veränderung keine totale Zerstörung zu riskieren- international ausgerichtet werden. Eine Aufweichung der Blöcke kann nur durch eine internationale Friedensbewegung gelingen! Daß in beiden Blöcken deutschsprachige Menschen zu diesem blocksprengenden Prozeß beitragen können, bedeutet nicht, daß damit die nationale Frage WIEDERVEREINIGUNG zum Ziel wird. Geht es um die Überwindung der Blöcke und damit der herrschenden Staatsinteressen wäre es grotesk, würde als Ergebnis der neue deutsche Großstaat proklamiert. Für Staaten sind Gegner nach außen genauso existentiell notwendig, wie Gesetze, Polizei etc. nach innen. Will man die Konfrontationsebene überwinden, so muß dies auch zu einem Abbau der Herrschaftsstrukturen führen. Schafft die internationale Friedensbewegung diesen Sprung, dann heißt dies, Menschen aus Ost und West überspringen den Graben, den Kapital-und Staatsinteressen gezogen haben; warum zum Teufel sollten sie gleich selbst die Gräben (Gräber) für eine neue Abgrenzungspolitik ausheben?

Die nationale Frage ist im Kern keine Kraft, die wir als fortschrittlich bezeichnen können, sie ist auch kein Übergangszustand, den es zu erstreben gilt. Verfängt sie und gewinnt Einfluß in der Friedensbewegung, verliert diese ihren systemüberwindenden Charakter.

Für die BRD ist diese Frage sowieso nur unter rückwärtsgerichteten Prämissen übertragbar: Was nützt eine Regionalismusforderung, wenn sie auf keine vorgegebenen Strukturen stößt? Sicher, es gibt vor allem im Süden noch regionalistisches Bewußtsein und Sprache, aber kein Bewußtsein, das eine Loslösung fordern würde, das sich von der Gesamtgesellschaft unterdrückt fühlen würde. Wenn man dieses Bewußtsein künstlich schafft, lenkt man nur von den eigentlichen Fragen ab, z.B. wer will das AKW in Wyhl bauen, welche Regierung mit welchem Wirtschaftskonzept will es durchsetzen? Es nützt z.B. verdammt wenig, ein altes südbadisches Ressentiment gegen eine angeblich schwäbische Landesregierung neu zu schüren...wer es tut, betreibt bewußt eine Verschleierung der wirklichen Ursachen...
Oder: Die Dorfstruktur wurde in der BRD durch die massive Industrialisierung und durch die Marktwirtschaft innerhalb der EG zerstört, d.h. z.B., die Masse der Bauern wurde Arbeiter und betrieb Landwirtschaft nur noch nebenberuflich; die Identität der Person geht durch solche und ähnliche Entwicklungen verloren und

nicht weil ein Mac Donalds-Stand in fast jeder Stadt "Hamburger" (!) verkauft. Wenn wir "Identität" suchen müssen wir anders fragen, anders ansetzen: dann ist eine Umstrukturierung der Wirtschaftspolitik gefragt, die den Multis,auch den deutschen, keinen Entfaltungsspielraum mehr gibt; dann sind Umrüstungen hin zu kleineren Betrieben, zu überschaubaren Lebens-und Arbeitszusammenhängen gefragt,d.h. alles, was der Massengesellschaft Einhalt gebietet! Eine neue Identität entsteht aus selbstverwaltetem Arbeiten ohne Herrschaftsstrukturen und nicht aus einer Beschränkung auf regionale bzw. nationale Eigenheiten. In diesen Strukturen, in denen keine künstliche Trennung von Menschen durch Anonymität und Informationsvorsprung aufrechterhalten wird, ist die Vielfalt möglich; d.h. eine Zusammenarbeit von Deutschen und Ausländern auf einer Basis des Austauschs und der gegenseitigen Bereicherung. Die Eigenheit steht dabei nicht in Frage - eine Weiterentwicklung durch partielle Vermischung wäre jedoch ebenfalls keine kulturelle Katastrophe.

"Die Geschichte schreitet fort" ist eine Binsenweisheit, die jedoch nicht verstanden zu werden scheint; in der BRD existiert eine vermischte Gesellschaft wie in nahezu allen ehemaligen Kolonialstaaten bzw. hochindustrialisierten Staaten (vgl.auch den UTOPIE-Beitrag in dieser Nummer) - dies macht die Kultur dieser Staaten aus! Wer da eine ursprüngliche Kultur eines Volksstammes verlangt, muß weit zurückgehen,wenn es nicht überhaupt ein Mythos ist...dieses Zurücksehnen wird aber auch dann objektiv reaktionär, wenn es sich in eine fortschrittliche Bewegung wie die Friedensbewegung einbringt.

Die Zustandsbeschreibung Henning Eichbergs (Multinationale Konzernverflechtung, Überwachungs-bzw.Atomstaat, NATO-Bewußtsein...) ist korrekt, falsch ist, daß die "nationale Identität" des deutschen Volkes quer zu diesem NATO-Bewußtsein der Herrschenden liege. Welches Volk meint Eichberg? Doch wohl dasjenige, das als Wahlvolk Adenauers aus Souveränitätsgründen nicht schnell genug in die NATO kommen konnte oder das Wahlvolk Kohls,dem der versprochene Fleischtopf tausendmal näher steht als alle anderen Probleme zusammen.

Wenn wir den NR zustimmen, daß die Verschmelzung kapitalistischer Interessen in den westlichen Industriestaaten zu einer weltweiten,amerikanisierten Plastik-Massen-"Kultur" geführt hat, daß in diesem Prozeß auch kulturelle Vielfalt bedroht ist oder bereits verloren ging, dann stellen wir gleichzeitig fest, daß in dem Rückverweis auf einen Gegenpol "nationale Identität" keine Lösung steckt, auch nicht in - wie Eichberg in WIR SELBST 3/80 formulierte- "Dialektbewegung, Regionalismus und der Tendenz zum Volkstanz."

In nahezu allen NR-Thesen stekken richtige Beobachtungen und falsche Schlußfolgerungen. Der Identitätsverlust ist tatsächlich vorhanden die Lebenszusammenhänge sind in weiten Bereichen der BRD zerstört, die Organisierung dieser Gesellschaft ist auf den Industrieprozeß ausgerichtet. Das Unbehagen kann zu einer Romantisierung des Verlorenen führen, zu einer Wiederbelebung des Brauchtums - doch dies bleibt lediglich Ornament derselben entfremdeten Industriegesellschaft, verändern tut es nichts. Wird es zum politischen Ausweg hochstilisiert, lenkt es von den eigentlichen Ursachen des Identitätsverlusts ab und führt wie vorher ausgeführt z.B. anstatt zu spanisch-kontrollierten Fabriken zu baskisch-kontrollierten. An der Tatsache,daß Bilbao ökologisch tot ist bzw. daß die Arbeiter der Fabriken tagtäglich ihre Entfremdung und Ohnmacht erfahren, ändert sich nichts.



Der Verlust an personaler Identität (deren Vorhandensein wir als Voraussetzung für eine lebendige Gemeinschaft erstreben müssen) und um die geht es im Gegensatz zur "nationalen", kann nur aufgefangen werden, wenn

I. die Trennung von Hand und Kopfarbeit aufgehoben wird
II.die Lebenszusammenhänge durch Förderung von selbstverwalteten Einheiten, COOPs, Handwerksbetrieben wieder überschaubarer werden
III.die Automatisierung,Verkabelung, Rationalisierung etc. gestoppt wird
IV.die Blocklogik international durchbrochen wird (durch die betroffenen Menschen selbst)

D.h. anders ausgedrückt: wir sollten unsere Identität aus unserem Wollen, aus unserer Moral und unseren Prinzipien gewinnen. Zentral ist die Frage nach den Bedingungen für unsere Lebensverhältnisse und nicht die deutsche Frage!

Wenn Eichberg meint, einen Beweis für den Besatzerstatus der BRD in den Amerikanismen der heutigen Sprache zu finden, so ist auch dies verkürzt, weil es mit der physischen Anwesenheit von US Truppen weniger zu tun hat, als mit dem historischen Vorsprung der im englisch-sprachigen Raum ansässigen Industrie vor der deutschen. D.h. schon im Wilhelminischen Kaiserreich gab es aufgrund der internationalen Dominanz der englischsprachigen Industriestaaten, eine Übernahme von englischen Worten (Made in Germany,Know How etc.). Die Ursachen für die vorhandene tatsächliche Entfremdung liegen also wieder nicht da, wo die NR sie sehen sondern verkürzt gesagt beim internationalen Kapitalismus; - den mit Eifer gerade die deutschen Wirtschaftswunderkinder nach dem 2.WK vorangetrieben haben.



Zum Beitrag Paul Winterackers (er gehört dem Umkreis der Zeitschrift AUFBRUCH an), noch einige kurze Anmerkungen. Die "Zerschlagung der Blockmilitarismen" würde tatsächlich zu einer Verschärfung der Kriegsgefahr führen und darum kann es weder Anarchisten noch der gegenwärtigen Friedensbewegung gehen. Wenn wir auf die Gefahr hinweisen, dann heißt dies nicht, die SPD-Parole von der Entspannung und der Anerkennung des gegenwärtigen Status Quozu übernehmen. Wir propagieren die Überwindung der Blöcke durch eine internationale ANTIKRIEGSBEWEGUNG, die auf beiden Seiten wirkt; die martialische "Zerschlagung" hört sich für manche wohl gut an,dürfte aber Worthülse bleiben, weil sich niemand konkrete Schritte darunter vorstellen kann. Das Ziel einer Überwindung der Blöcke wäre nach unseren Vorstellungen ein Nebeneinander dezentralisierter Gesellschaften, die keine künstlichen Grenzen mehr kennen; eine Utopie zugegeben doch weit weg von dem polemisch unterstellten "Weltstaat und seiner Weltpolizei".

Auch die Gleichsetzung von "Kosmopolitismus" mit der "Herrschaftsideologie der Multinationalen Konzerne" ist unzulässig. Im SF 9(4/82) wurde Heinrich Heines Auffassung von Kosmopolitismus (Weltbürgertum) wiedergegeben; er bezog sich auf eine Geisteshaltung, die versuchte, die provinzielle Enge vieler deutscher Kleinstaaten zu überwinden und weltoffene Toleranz (für das ANDERE) zu propagieren. Ihre Vertreter (Kant, Lessing, Schiller, Goethe etc.) trugen letztlich gerade wegen ihrer Offenheit zu dem bei, was man heute "deutsche" Kultur nennt. Die Gleichsetzung mit der "Herrschaftsideologie der Konzerne bzw. des Imperialismus" entstammt fast wörtlich dem MARXISTISCH-LENINISTISCHEN WÖRTERBUCH DER PHILOSOPHIE und ist insofern demagogisch, weil sie suggeriert, daß "Weltbürgertum, Weltoffenheit" notwendig zur Ideologie des über-staatlichen Kapitalismus (also z.B. zum Einfluß der BRD auf die EG) werden mußte. Einmal verknüpft, wird weiter gezeigt, wie dieser über-nationale Kapitalismus die Kultur vereinheitlicht und damit bedeutet Kosmopolitismus die Gleichmacherei der Kultur.
So einfach ist es dann doch nicht!! Die Fichte,Herder und Humboldt etc. waren durchaus zur Schaffung eigenständiger Kultur fähig, auch wenn sie der Abgrenzungssucht vom Nachbarn abschwörten. Die "allgemeine Humanität" hat sicherlich nicht zum heutigen menschenverachtenden Industrialismus geführt, wie Paul Winteracker in Anlehnung an die "DDR-Philosophen" unterstellt. An dieser Stelle - wie weiter oben angekündigt-noch kurz zum Kulturverständnis der NR: wie schon gesagt, ist es am Volksbegriff festgemacht. Für sie ist Internationalismus ein Synonym für kulturellen "Einheitsbrei"; sie malen die Schreckvision vom "Weltstaat" an die Wand und suchen ihr Heil im Nationalstaat bzw. im regionalistischen Kleinstaat. Auf die Gefahr hin bereits Gesagtes zu wiederholen: Richtig ist ihre Kritik an den multinationalen Konzernen, an den übernationalen Machtbestrebungen der USA(Westblock), der UDSSR(Ostblock), der BRD (EG). Falsch ist ihre Koppelung von Kultur und Staat: Kultur bezieht ihre Kraft vor allem aus den Menschen, die sie schaffen, besitzen diese Menschen eigene Identität, so sind sie dazu in der Lage; - egal wieviel sie mit fremden Kultureinflüssen in Berührung kommen und dazu lernen. Ihre Verarbeitung wird eigenständig bleiben und auch weiterhin vom lokalen Klima, dem sozialen Milieu und der Tradition, in der sie leben, geprägt sein; nicht zu vergessen von den persönlichen Erfahrungen, die sie machen. Niemand muß ängstlich auf die "Reinheit" oder "Unberührtheit" achten,niemand soll per Verordnung etc. einen Austausch verhindern. Es ist unbestritten, daß es lokale oder regionale Kultur gibt, auch daß diese Vielfalt wünschenswert ist und den eigentlichen Reiz der Menschheit ausmacht - wesentliche Träger sind jedoch die Menschen, ihre personale Identität innerhalb einer sie umgebenden Gemeinschaft - und nicht ein "Regionalstaat", eine "nationale" Identität. Unter "INTERNATIONALISMUS" verstehen Anarchisten die gegenseitige Anerkennung und Achtung der kulturellen Verschiedenheit bei gleichzeitiger politischer Zusammenarbeit.



Den Austausch mit anderen Kulturen ohne die Befürchtung alle eigenen Wurzeln zu verlieren; die Menschen sind von Natur aus vielfältig...und zwar auch innerhalb einer Region! Internationalismus bedeutet also keineswegs soviel wie internationaler Kapitalismus...

Zum Schluß: Interessant finden wir die Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die Paul Winteracker auflistet, auch das Angebot Eichbergs über das "Lagerdenken" hinaus zu kommen...und wir fordern unsere Leser (bitte nicht nur NRs) dazu auf, sich zu äußern. Es erscheint uns richtig, mit den NR eine Kritik an den bedrohlichen Formen der Massenkultur zu üben; eine Bedrohung, die angesichts der Verkabelung(nach amerikanischem Vorbild, aber nicht auf Geheiß der US-Imperialisten sondern aus der Gewinnsucht der deutschen Kapitalinteressen!) die kulturelle Vielfalt in starkem Maße bedroht. - unsere Zielvorstellungen und damit auch die potentiellen Widerstandsformen und Folgerungen aus der Analyse sind zunächst einmal unvereinbar.
Dennoch dürfte in dieser Diskussion noch nicht das letzte Wort geschrieben/gesprochen sein...

SAME NACH POLITISCHER FLUCHT BEI INDIANERN

von Jürgen Wierzoch



Noch sind die strafrechtlichen Verfolgungen für die vielen Alta-Demonstranten längst nicht abgeschlossen. Größte Verwunderung löste die Ankündigung aus, die vier Leiter der inzwischen aufgelösten Volksaktion nach zwei Paragraphen anzuklagen, die zuletzt in den 20er und 30er Jahren zur Anwendung kamen und von denen einer ein deutsch-faschistisches Gesetz zum "Vorbild" hat. Die sog. "Zuchthaus- und Aufwieglerparagraphen", die zu 8 und 3 Jahren Gefängnis führen können (z.B. wurde der langjährige Ministerpräsident Norwegens, Einar Gerhardsen einst wegen seines Aufrufs zur Militärverweigerung mit Gefängnis bestraft), Proteste aller anständigen Juristen Norwegens,einiger Gewerkschafter und die Weigerung des Gerichts, Zeugen die Reise nach dem 2000 km entfernten Alta zu erstatten, haben jetzt dazu geführt, die Unrechtssache auf Febr. 83 auszusetzen.

Während also die Verfolgung von Alfred Nilsen, Tore Bongo, Svein Suhr, Per Flatberg und anderer friedlicher Menschen andauert, offenbaren sich weitere Folgen der Strategie der Starken. Eines der Hauptargumente der Kraftwerksbauer und der Jasager in Alta war die Versicherung, einige hundert Arbeitsplätze in dem vom Industrieschwund ärgst bedrohten Landesteil zu schaffen.Nun wird es max. 150 Arbeitsplätze geben und diese sind und werden von Fachkräften aus dem Süden besetzt. Die Proteste der lokalen Behörden und Baufirmen kommen jetzt zu spät. Die Bauarbeiter klauen den begehrten Lachs und wissen sich indirekt vom sonst so eifrigen Polizeichef der Westfinmark gedeckt, der sich zur Zeit von Militärstrategen in Oslo für Zukunftsaufgaben schulen läßt.
Über 7000 Jahre alte archäologische Funde, die über die Besiedlung des Nordens durch die Samen viel erzählen könnten, liegen jetzt schutzlos unter Beton. Das Tromsö-Museum durfte in aller Eile einige Teilchen zusammenraffen, um rasch den Anlagemaschinen wieder Platz zu machen.
Der im Vorjahr so mutige Major und Chef einer Rettungshubschrauberbase, der sich weigerte, daß Militär und Militärgerät gegen Altademonstranten eingesetzt wird, ist letzte Woche strafversetzt worden. Major Holter hat Klage gegen seine vorgesetzten Generäle eingereicht.
Erst Anfang 1982 - und bisher in keiner norwegischen Zeitung auch nur registriert - enthüllte die schwedische Naturschutzzeitung "Veckans Ekko", daß der Kampf um Alta sich im Kern um geheime NATO-Pläne dreht, bei Alta eine gigantische NATO-Base zu installieren.
Es besteht kein Zweifel daran, daß der Alta-Fjord rein militärisch ideal liegt. Er ist im gesamten nordischen Norden (Nordkalotten) der einzige eisfreie Fjord, tief und gut geschützt durch steil aufragende Felswände. Das Tal selbst soll nur Zentrum für militärische Anlagen sein, die sich auf ein ziemlich großes Gebiet verteilen. Ein Schießfeld für Raketen, mehrere Quadratkilometer groß,ist vorgesehen. In einem Abstand von 100 km von Alta und in Entfernungen zueinander werden Löcher zur Vorablagerung von Waffen in die Felsen gesprengt. Eine Reihe neuer Radaranlagen soll aufgestellt werden. Neue, große Flugplätze für schwere Jets, neue Hubschrauberlandebahnen, ganze Hafenanlagen sind im Bau.
Der Vorsitzende der Rentierbesitzervereinigung, Johan Aslak Gaup, berichtet, daß er von Behörden gebeten wurde, auf einer Karte einzuzeichnen, wo sich die Tiere wann aufhalten. Auf dieser Karte war der gesamte Destrikt Alta als "Geheimes Militärgebiet" eingezeichnet.
Dieses Gebiet, daß einst von deutschen Soldaten vollständig verbrannt wurde, danach von russischen Soldaten befreit, liegt damit offen für die wahnsinnige Planung zweier Militärmächte. 1944 lag das deutsche Schlachtschiff Tirpitz im Altafjord, 1981 die Kielfähre - 600 Kolonialpolizisten beherbergend - was wird 1990 nach Fertigstellung der Anlagen im Altafjord liegen?

Dieser Perspektive - die einseitige Kriegsführung der Industriegesellschaft gegen unsere und kommende Generationen - versuchten Nils A. Somby und J.R. Martinsen etwas entgegenzusetzen, indem sie versuchten, Teile der Brücke im Tverrelvtal zu sprengen. (Siehe TAZ Anf. 1982)
Somby, der einen Unterarm verlor und nun auf einem Auge kaum sehen kann, hat nach einer brutalen Behandlung in der Totalisolation das Vertrauen in die norwegischen Behörden verloren. Anfang Oktober 82 ist es ihm mit Hilfe von Freunden und Verkleidung geglückt, Norwegen als politische Flüchtling zu verlassen. Die Überschrift von Norwegens größter Zeitung, Aftenpesten (oder Afterposten

Zeitung.Aftenpesten (oder Afterposten) "Sombys Flucht ist eine reine Privatsache", kann nicht darüber hinwegdrucken.
Im Dez. 1981 schrieb der Indianerhäuptling und Sprecher der Indianerstämme von British Columbia, Robert Manual, einen Protestbrief an die Regierung Willoch, die in jenen eiskalten Wintermonaten die größte Polizeiaktion seit dem norwegischen Faschismus gegen Samen und Demonstranten in Szene setzte. Die beiden Häuptlinge Jerry Jack und Thasis Bic von den Stämmen der Mowchaht und Chilcotin waren in vorderster Reihe mitangekettet und wurden von norwegischen Polizisten fortgeschleppt. Es ist ziemlich sicher, daß diese Indianer die Flucht Sombys mitgetragen haben und seine Gastgeber sind. Wenn nicht Canada, so werden die Indianerstämme ihm politisches Asyl gewähren. Sein Mitangeklagter J.R. Martinsen schrieb einen offenen Brief, der kurz nach Sombys Flucht veröffentlicht wurde:
"Heute erfuhr ich durch Radio, TV und Zeitungen, daß Nils A. Somby das Land verlassen und bei Freunden eines anderen Kontinents Zuflucht gesucht hat. Viele werden sich über die Notwendigkeit eines so drastischen Schrittes wundern, da sie Norwegen als einen Rechtsstaat begreifen.
Eine nähere Durchleuchtung der Alta - Sache und die Behandlung samischer Rechtsforderungen können genug über die Rechtsnormen auf diesem Feld erzählen. Das ganze gipfelte mit dem endgültigen Urteil des höchsten Gerichts, welches die samischen Rechte unter dem Tisch fegte. Auch war dies der auslösende Faktor für unsere Aktion am 20.März unter der Brücke im Tverrelvtal.
Seither hat die Staatsmacht durch seine eifrigen Lakaien im Polizei- und Rechtswesen versucht, uns beide und unsere Aktion zu kriminalisieren, u.a. durch Anwendung des sog. Mordbrandparagraphen. Zwar müssen sie diesen nun zurückziehen, halten jedoch die Anklage wegen groben "Schadwerk" aufrecht. Zu welchem Urteil das Gericht im März 83 auch kommen mag, es wird den Behörden nicht gelingen, den Gerechtigkeitskampf der Samen zu kriminalisieren. Dieser Kampf wird bestehen bleiben und an physischer Stärke und Bewußtsein zunehmen.

Die Landesflucht von Nils ist auch ein Zeichen hierfür. Er akzeptiert nicht, durch eine Staatsmacht als kriminell abgestempelt zu werden, an deren Händen Blut durch jahrhundertelange Unterdrückung des Samenvolkes klebt.
Mit Hilfe von Freunden einer anderen Urbevölkerung wird die Behandlung samenpolitischer Fragen durch die norwegischen Behörden ins rechte Licht gerückt. Dies auch als eine Warnung an die Behörden, die nichts anzubieten haben als weitere Bulldozer, Polizeiheere und andere Machtdemonstrationen im Samenland. Der Widerstand läßt sich nicht durch Strafen, Gefängnis oder andere Verfolgungen schwächen. Nur eine klare und bedingungslose Erfüllung unserer selbstverständlichen Forderungen wird Frieden schaffen können.
Nils hat aufs Neue schwere Last auf seine Schultern geladen. Als politischer Flüchtling ist er Botschafter des Samenvolkes und für unsere Rechtsforderungen auf Land., Wasser Kultur und Sprache. Meine Gedanken sind auch bei seinen Kindern, der Frau, den Eltern und der übrigen Familie. Nils Initiative verpflichtet uns, die Aktivitäten an allen Fronten zu verstärken und gleichzeitig der



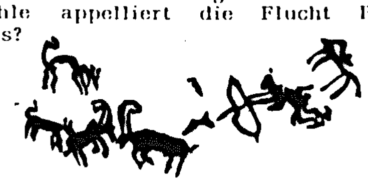
SAMISCHE PROTESTAKTION VOR DEM PARLAMENT FOTO: NILS A. SOMBY

Familie volle Unterstützung zu geben. Das Kraftwerk am Altafluß ist noch nicht im Betrieb. Noch ist die Vidda nicht durch Rohre total verschlossen. Noch leben Samen in samischer Tradition auf der Vidda in Dörfern, an Flüssen und Seen. Von allen Staatsbürgern wird verlangt, Stellung zu nehmen, wer über Ressourcen und die Entwicklung im Samenland bestimmen soll: die lokalen Bevölkerungen oder machthungrige Kolonialisten in Regierung und Monopolbetrieben.
Hiermit hoffe ich klarzumachen, daß Nils Flucht meine volle Unterstützung und Verständnis hat.Es ist erschreckend, daß die Behörden einen Menschen in das Dilemma versetzen, die politische Landflucht zu wählen. Ich entscheide mich dafür, zu Hause zu bleiben. Ein politischer Gefangener ist auch eine Belastung für einen Staat, der sich mit Demokratie und großen Worten über die Rechte von Urbevölkerungen bei gemütlichen Gelegenheiten in der UNO und anderen internationalen Foren schmückt."
Jonh Beier Martinsen, 9. 10. 1982.

Am 26. Nov. 1982 überraschte das Osloer Dagbladet auf der ersten Seite mit dem Aufmacher: "Somby von Indianern adoptiert." An drei aufeinanderfolgenden Tagen berichtete der USA-Korrespondent aus Canada von einem schönen Ereignis. Nils A.Somby ist seit seiner Flucht aus Norwegen am 10. Sept. unter dem Decknamen "Harry Rosenbaum" von den Indianern British Columbias versteckt worden, um ihn vor dem Zugriff der Rotjacken – der berittenen Bundespolizei – zu beschützen.

Die norwegische Polizei will öffentlich den Eindruck erwecken, daß sie nicht sehr interessiert ist, Somby weiterhin zu jagen. Ein Auslieferungsbegehren des Justizministeriums an Canada ist jedoch unterwegs und die Spitzel der Polizei putzen Türklinken in Sombys Heimatstadt Karasjok.

In verschiedenen Pressemeldungen haben Indianer versucht, den Hintergrund von Sombys Flucht zu erklären, und warum sie es als selbstverständlich ansehen, ihn zu beschützen.Dereck Wilson, Häuptling des Haisla Stammes: "Wir haben uns so vorbereitet, daß sie (die Rotjacken) ihn niemals fassen. Solange er sich in einem unserer Reservate aufhält – und die liegen wie Perlen an einer Schnur– wird die Polizei machtlos sein."
Zum großen Adoptionsfest, das die Indianer "Pot Lodge" nennen, kamen Gäste aus allen Indianerstämmen nach Williams Lake. Die Indianerhäuptlinge, die Nils adoptierten, waren Dave Quilt vom Chikotin – Lawence Poutlass vom Bell Coola – Derek Wilson und sein Großvater Bill Robertson vom Haisla – und Jerry Jack vom Mowchat-Stamm. Jerry war von Samen adoptiert worden, als ihn vor einein halb Jahren norwegische Polizisten verschleppten.
"Wir laden dich ein, in unser Land zu kommen, hier zu wohnen, hier dein ständiges Heim zu haben. Wir und unsere Stammesfreunde bieten dir unseren Schutz, unsere Unterstützung und unsere Freundschaft wie einen Bruder. Du wirst sicher sein vor der Gefahr, die dich zwang, dein Land zu verlassen. Aber du mußt nach unseren Gesetzen und Regeln leben. Du kannst nicht, wie der weiße Mann, unser Eigentum rauben und das Geschenk zerstören, das uns der Große Geist gegeben hat. Im Gegensatz zum weißen Mann, den wir nie gebeten haben zu kommen, laden wir dich ein, das zu teilen, was wir haben", sagte einer der Häuptlinge. "Pun Qwid" (in etwa: Bergziegenkrieger) wie Nils jetzt heißt, schilderte den Medien in Canada die erbarmungslose Behandlung durch die Polizei und das, was ihn in Norwegen erwarten würde, und erklärte, freiwillig werde er nicht zurückkehren.
Kurz nach der Taufzermonie näherten sich die Rotjacken und Pun Qwid verschwand in ein anderes, weit entlegenes Reservat. Gleichzeitig ist diese freundschaftliche Aufnahme auch ein Versuch der Indianer festzustellen, wie weit ihre Selbstverwaltungsrechte gegenüber der canadischen Regierung gelten.
Der canadische Minister für Indianerfragen machte am selben Abend in einem Radiointerview dazu folgede Aussage: "Die canadische Regierung wird nie darauf eingehen, den Indianern oder anderen Völkern in diesem Land innere Selbstverwaltung zu geben. In Kulturfragen können wir Mitbestimmung einräumen. Aber wir werden niemals zulassen, daß die Nation in innere, selbstverwaltete Gruppen aufgebrochen wird."
Bjarne Store Jacobsen, Leiter der aktiven Samenbewegung im Kampf gegen den Ausbau des Alta/Kautokeino – Staudammes und Redakteur der einzigen samischsprachigen Zeitung, Samii Aigi, hat Pun Qwid besucht und erzählt, ihn in guter Form angetroffen zu haben. Die Indianer haben ihn mit großer Sympatie aufgenommen und werden auch versuchen, der Frau Dagny Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Die versammelte norwegische Presse verharrt bislang in einem ohrenbetäubenden Schweigen. An welche Gefühle appelliert die Flucht Pun Qwids?





David Monongye, Hopi-Ältester aus Hotevilla

TOD UNTER DEM KURZEN REGENBOGEN

Buchbesprechung von
Wolfgang Haug

Über die wundersame Wandlung des TRIKONT-VERLAGES zu Trikont-Dianus ist so viel in der links-alternativen Öffentlichkeit diskutiert worden,daß bei dieser Buchbesprechung über die Situation und Denkweise der HOPI-Indianer, über die Ressourcenpolitik der USA etc. nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht. Nur soviel vielleicht, dieses Buch ist weder ein nur politisches noch ein rein spirituelles Buch und entspricht so auf eine beachtenswerte Weise dem Januskopf-Symbol des Verlags.

Die HOPI,übersetzt "friedliche Menschen", versuchen spirituell zu leben,d.h. in Frieden und Harmonie mit der Natur. Sie haben eine eigene Lebensform in Großfamilien,mutterrechtlichen Clans und in rituellen Totemgesellschaften entwickelt. Das letztere sind Zusammenschlüße wie Schlangengesellschaft, Antilopengesellschaft etc. deren Aufgabe es ist, im spirituellen Jahreskalender bestim-

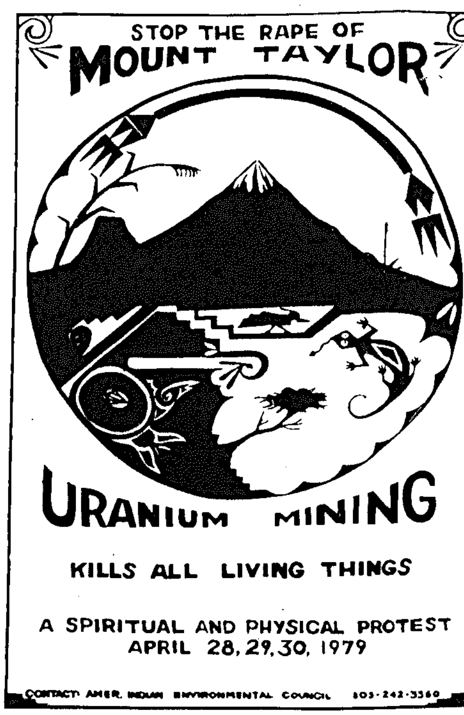
mte Zeremonien auszurichten, die den Kreislauf der Natur symbolisieren und diese partielle Tradition an die jungen Mitglieder weiterzugeben. Die 8000-9000 HOPI haben nie einen Vertrag mit den USA geschlossen,kennen keine Regierung oder Gesetze und der Streit der westlichen Anthropologen und Linguisten geht seit Jahren um das Problem, ob die HOPI eine eigene Raum-und Zeitauffassung besitzen, ob sich dies auf ihre Sprache dahingehend auswirkt, daß sie eine andere Realitätssicht bzw. Wahrnehmung entwickelten als die Weißen

Stephan Dömpke, der Herausgeber des vorliegenden Buches, unterscheidet in drei Hauptkapitel. Im ersten stellt er die meterologischen Grundlagen des Colorado Plateaus vor,dem Siedlungsraum der HOPI und NAVAJO. Er versucht die These abzusichern, daß Eingriffe in den natürlichen Kreislauf dieser Gegend, verheerende Auswirkungen auf das Klima der ganzen Erde haben würden. Eine These, die auch spirituell interessant ist, weil die HOPI-Tradition Prophezeiungen kennt, die den Untergang der Zivilisation/des Lebens beinhalten, sollte das natürliche Gleichgewicht in ihrer Region gestört werden. Politisch-ökologisch ist sie interessant, weil sich im Colorado Plateau Kohle, Uran und Ölvorkommen finden.

Der Untergang der HOPI-Kultur wird allein durch den bereits begonnenen Kohleabbau eingeleitet.In dem wasserarmen Land haben die HOPI spezielle Anbaumethoden für ihr Hauptnahrungsmittel Mais und andere Pflanzen entwickelt. Um pulvrisierte Kohle nach ihrem Abbau über Pipelines in die Industriegebiete transportieren zu können, wird dem Land Wasser entzogen; die Folge ist, daß der Grundwasserspiegel sinkt -und damit dieser Teil Arizonas endgültig zur Wüste zu werden droht. "Der militärisch-industrielle Komplex der USA und besonders die Mitglieder der Trilateralen Kommission "haben vorgeschlagen, das gesamte Colorado Plateau zu einem 'Nationalen Opfergebiet' zu erklären, um den steigenden Energieverbrauch der USA abzusichern. Nach den vorliegenden Plänen soll in diesem Gebiet die durch die Energieentwicklung verursachte ökologische Katastrophe bewußt in Kauf genommen werden..." (Aus dem Vorwort von S.Dömpke).

Der Untergang der "Welt" liegt für Dömpke in der Bedeutung der Hochplateaus der Erde für das "elektrische System" (Ionisierungsprozesse Magnetfelder...) unserer Atmosphäre. Gemeinsam mit unterirdischen elektrischen Erdströmen schaffen sie ein Kreislaufsystem. Ein Abbau von Uran könnte beide Magnetfelder empfindlich stören.
"Uranabbau-und Zerkleinerung sind die wichtigsten Strahlungsquellen... des gesamten Kernbrennstoffkreislaufs, weit mehr noch als Kernreaktoren oder Lagerstätten für hochradioaktiven Müll." (Nuclear Regulatory Commission). Spätestens jetzt dürfte klar werden, warum von einem "Nationalen Opfergebiet" die Rede ist: Dömpke zitiert Wissenschaftler: "...vielleicht ist die Lösung(?) des Problems ausströmenden Radoms, Uranabbau und — Verarbeitungszonen abzuteilen und dort menschliche Besiedlung zu verbieten..."

TOTE ZONEN auf der Erde - ein Ding der Unmöglichkeit?
Man denke nur an die Kanadischen Schwermetallseen in der Größe Württembergs im Gebiet der DENE-Indianer. Der Zusammenhang mit den Elektrizitäts-und Wettersystemen der Atmosphäre macht jedoch eine lokale Begrenzung dieses ökologischen Zusammenbruchs unwahrscheinlich. Wer über Säureregen(Schwefeldioxid,Stickstoffoxid) oder die Zerstörung der Ozonschicht (u.a. durch Stickstoffdünger, Kohlenmonoxid) informiert ist, weiß daß Eingriffe solcher Grössenordnung schon lange nicht mehr lokal oder national einzustufen sind.



„Stoppt die Vergewaltigung des Mt. Taylor"
Plakat des 'American Indian Environmental Council' für eine Veranstaltung gegen den Uranabbau

Im zweiten Kapitel beschreibt Dömpke die Geschichte des HOPI-Widerstands gegen Akkulturation, Assimilierung und seit 1934 politische Fremdbestimmung durch Einsetzung (Kauf) einiger HOPI zu "Stammesräten". Die HOPI, die nie politische Führer, Häuptlinge etc. kannten sondern lediglich spirituelle und religiöse Sprecher, die Einfluß besaßen, aber keine Macht, weigerten sich, Land an die USA zu verkaufen.Durch finanzielle Vorteile, Arbeitsplätze, schulische Fremderziehung gelang den USA ein Einbruch. Trotzdem sprechen die Zahlen für sich: Am 24.Oktober 1936 z.B. wählten 795 HOPI den Stammesrat; 140 stimmten dagegen, 651 dafür; 3705 boykottierten die Wahl!
Auch heute gibt es zahlreiche Verweigerer: "Rekrutierungsverweigerer"; sie wandern ins Gefängnis von Tucson; ihr Vorhandensein wird meist vertuscht.(aus:RUNDBRIEF INDIANER HEUTE 22/23)

Aber selbst der Stammesrat mußte für die Kohleförderung übers Ohr gehauen werden: "Wenn der HOPI-Stammesrat gewußt hätte, daß Peabody den Grubenschutt in großen Halden liegen lassen würde, hätte man ihn für keine Summe Geld überreden können, den Pachtvertrag abzuschließen! (Ein Beamter des Innenministeriums, 1970). Kein HOPI wurde also über die Bedeutung von "strip-mining" aufgeklärt. Aber selbst wenn wiederbepflanzt wird, so bleibt die Schwefel-und Stickoxidbelastung der Luft.

Im NAVAJO-Reservat (es umschließt das HOPI-Land) wird bereits Uran abgebaut, die Abraumhalden mit radioaktivem Restmaterial wurden unter Wasser gesetzt, damit die radioaktiven Partikel nicht wegfliegen! Erst 1981 wurden 3 m Erde über die Abraumhalden beschlossen, ein guter Schutz bei einer Zerfallszeit von 800 000 Jahren... Wenn nicht "offen" sondern unter Tage abgebaut wird,dann werden die freiwerdenden radioaktiven Radongase durch Rohre an die Erdoberfläche geleitet und strömen in ungefähr 1,5 bis 2m Höhe ungefiltert in die Luft; Dömpke druckt Fotos ab, auf denen zu erkennen ist, daß die Rohre in einigen Fällen mitten in einer Arbeiter-oder Indianersiedlung aus der Erde kommen.

Im letzten Kapitel gibt der Herausgeber die HOPI-Prophezeiungen und aktuelle Stellungnahmen ihrer spirituellen Führer wieder; davon nur ein Zitat von Dan Katchongva aus Hotevilla: "Der weiße Mann hat viele Gesetze, doch ich habe nur eins. Des weißen Mannes Gesetze überhäufen sich. So viele Menschen haben sie gemacht, und täglich kommen neue hinzu. Aber mein Gesetz ist allein das des Schöpfers, nur dieses eine. Und ich werde mich keinem Gesetz unterwerfen,das Menschen gemacht haben, denn ihre Gesetze ändern sich und bringen meinem Volk den Tod."

Literatur zum Thema:

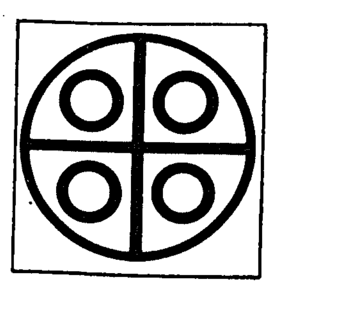
*Stephan Dömpke: Tod unter dem kurzen Regenbogen; 170 S.; 20.-DM

*TECHQUA IKACHI (HOPI-Zeitung); PO Box 174; Hotevilla, Arizona 86030, USA

*Waters,F.: Book of the Hopi; New York 1969

*Don C.Talayesva: Sonnenhäuptling "Sitzende Rispe";(falscher Titel für ein informatives Buch); Erich Roth Verlag Kassel 1964

*Rundbrief Indianer-und Stammeskulturen Heute; bei: Ursula Wolf, Kagerbauerstr.12, 8023 Pullach



BOHEME UND ANARCHIE

von Jürgen Wierzoch

Vorbemerkung der SF-Redaktion:

Hans Jägers autobiographischer Roman "Kristiania-Boheme" (Kristiania: damaliger Name für Oslo) erregte nach seinem Erscheinen 1885 in Norwegen öffentliches Ärgernis. Der Autor dieses sexuell freizügigen und politisch anarchistischen Werks wurde zu Gefängnis verurteilt, sein Buch sofort beschlagnahmt: Jäger wurde dennoch zu einem "historisch relevanten Faktor für die Herausbildung und Verstärkung einer radikalen Tradition im norwegischen Geistesleben" (Helmut Kreuzer; in: Die Boheme, Stuttgart 1968).
Die norwegische Variante der Boheme (dazu zählten sich u.a. Hamsun, Edvard Munch...), die der literarischen Bewegung des Naturalismus verbunden war (Ibsen, Zola, auf deutscher Seite G. Hauptmann, A. Holz), bildete sich zeitlich früher als die deutsche Boheme - zu der sich u. a. auch die Anarchisten E. Mühsam, G. Landauer, O. Gross, F. Jung, A. Holitscher zählten.

"Bekanntlich gehörte folgendes zu den berühmten Zehn Geboten der Kristiania-Boheme: Du sollst deine Familienwurzeln ausrotten; Du sollst dein Leben schreiben; Du sollst dir das Leben nehmen."
(Jens Bjoerneboe, in: Wider den Bevormundermenschen, Reutlingen 1980)

1906 gab Hans Jaeger im Gyldendal Nordisk Forlag, Kopenhagen das Buch "Bibel der Anarchie" heraus. Im Gegensatz zu den früheren war dies eine respektable Ausgabe. Zuvor war alles im Eigenverlag veröffentlicht worden; das wichtigste davon wurde beschlagnahmt und verboten verbreitet. Ist der alte Boheme bürgerlich geworden, nachdem sein Buch im anerkanntesten Verlag Skandinaviens erschienen war?
Das Rare an diesem Buch ist, daß die Gedanken darin in deutlichem Zusammenhang mit dem stehen, was er 1878 in seiner ersten Schrift geäußert hatte. Dieses war eine Studie über Kant's Vernunftkritik, in der er - wie in der "Bibel" der Anarchie, an "eine heilige Vernunft" glaubt, als Voraussetzung für zukünftiges individuelles und gesellschaftliches Leben. Zwischen diesen beiden philosophischen Schriften liegt der Teil von Jaegers Verfasserschaft, gegen den Anklage erhoben wurde, wofür er ins Gefängnis wanderte und die in all den Jahren als eine Art Untergrundliteratur existiert hat.
Es ist ein anerkannter literaturhistorischer Mythos - der zu einem gewissen Teil aus Jaegers eigenem Vorwort zu Kristiania - Boheme stammt - daß er "vor allem durch seine Persönlichkeit wirkte. Er war kein großer Denker, klar, seine Abhandlung über Kant macht seiner Logik Ehre. Er war kein bedeutender Verfasser. Aber es war eine Glut in ihm, eine Leidenschaft in seiner Überzeugung, die imponieren mußte."



Diese Einschätzung von Jaeger als einem Verfasser zweiten Ranges, der seine Bücher nur durch seinen Glauben an eine Sache und ohne besondere künstlerische Ambitionen schrieb, ist u.a. dazu benutzt worden, die Haltungen in seinen Büchern zu bagatellisieren und seinerzeit auch dazu, die Beschlagnahmungen zu entschuldigen.

Hans Jaeger ist kein schlechter und zweitrangiger Verfasser, aber er ist eine andere Art von Autor, den in ein literaturhistorisches Schema zu pressen sehr schwer fällt. Er bricht mit den gewohnten Auffassungen darüber, wie realistische Literatur sein soll. Er schreibt nämlich nicht über fiktive Menschen, er schreibt über Verhältnisse, die dagewesen sind. Er dichtet nicht, er trachtet danach, die Wahrheit zu sagen. Er ist gesellschaftlich engagiert, aber nicht in erster Linie mit dem sozialen Unrecht beschäftigt. Er schreibt, ohne auf das zu schielen, was gerade die gängige literarische Richtung seiner Zeit ist. Seine Autorenschaft erlitt das gleiche Schicksal, wie die Bücher der ihm geistesverwandten Autoren. Autoren, die als Naturalisten bezeichnet werden, und damit als schlecht, detailreich, übertreibend und deterministisch, ohne Gefühl für die wirklichen Probleme der Menschen.

Diese Verurteilung des Naturalismus kommt von zwei genau entgegengesetzten Richtungen her. Der eine Ausgangspunkt dieser Kritik, der sich an die traditionelle Realismustheorie hängt, sagt, daß die naturalistischen Romane nur die Oberfläche und Details schildern und nicht die Struktur hinter den sozialen Verhältnissen. Sie werden als eindimensionale Autoren hingestellt, die den Personen keine Möglichkeit zum Handeln lassen und sich derer Situationen nicht bewußt wird. Der Naturalismus enthält laut dieser Auffassung eine Richtung, die nicht instande ist, die sozialen Zusammenhänge so zu zeigen, wie sie wirklich sind. Zusätzlich wird behauptet, daß die Geschichtsauffassung der naturalistischen Werke von einer mangelnden Einsicht geprägt sind, die Notwendigkeit sozialer Änderung aufzuzeigen.

Die andere Kritik kommt aus einer romantischen Haltung. Sie behauptet, daß die naturalistische Literatur nur oberflächlich bleibt und außerstande ist, die inneren Gefühle von Menschen zu schildern, die ewigen und unerklärbaren Gefühle und Züge, die unerklärbare psychische Tiefe eines jeden Menschen und die subjektiven Erlebnisse.

Gemeinsam behaupten beide Richtungen der Kritik, daß der Naturalismus oberflächlich und schädlich ist. Vor allen anderen ist der Sprecher des Naturalismus, Emile Zola dieser Kritik ausgesetzt. Und nicht zufällig beruft sich Hans Jaeger auf Zola als seinen Lehrmeister und Inspirator, als er vom Plan zu "Kristiania Boheme" spricht. Er beschreibt, wie er sich einen Menschen wählen "und diesen der Öffentlichkeit präsentieren will"; "auf die Keime zeigen, die ursprünglich da waren, wie diese nach und nach während der moralischen Entwicklung zerstört wurden und dieses in seiner nackten Armut darstellen, das jämmerliche verkrüppelte Leben und wie diese Kastrierungsentwicklung endete." Das klingt wie direkt aus dem "Le roman expérimental".

Aber wo Zola seine Exempel aus dem Leben anderer holt und sich vornimmt, die gegenwärtige französische Gesellschaft und ihre verschiedenen Schicksale zu beschreiben, kommt es bei Jaeger dazu, sein eigenes Leben darzulegen - seine eigene Situation. Jaeger macht das, was im heutigen Jargon "das Private öffentlich machen " heißen würde. Damit reißt er einen Teil der wichtigsten Schranken ein, die in der bürgerlichen Welt errichtet wurden. Er stellt sein Intimleben zur Schau, nicht fern der Wirklichkeit als Dichtung, sondern als Wirklichkeit, als ein Beispiel. Das ist genauso Jaegers Vergehen wie wenn er darüber schrieb, worüber man nicht sprach - nämlich das Geschlechtsleben.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Parallele hingewiesen werden, die zu Jaegers autobiographischen Romanen und der Selbstauslieferung einer anderen norwegischen naturalistischen Autorin verläuft - den zwei Romanen Amalie Skrams aus dem Krankenhaus für Geisteskranke: Professor Hieronimus und Paa St. Joergen (in St. Joergen). Diese Romane waren aus A. Skrams Verfasserschaft fast "verschollen", bis sie die neue Frauenbewegung wiederentdeckt hat.

Das "Erste Gebot" der Boheme, das im Impressionisten am 8.Februar 1889 veröffentlicht wurde, leutete: "du sollst dein eigenes Leben schreiben". Jaeger und Amalie Skram machten das - sie schrieben über Themen wie Sexualität und Geisteskrankheit. Sie benutzten ihr Leben als Beispiele und die Reaktion darauf war, daß sie nicht das künstlerische Ziel erreichten, daß sie Details ausmalten, daß sie übertrieben.

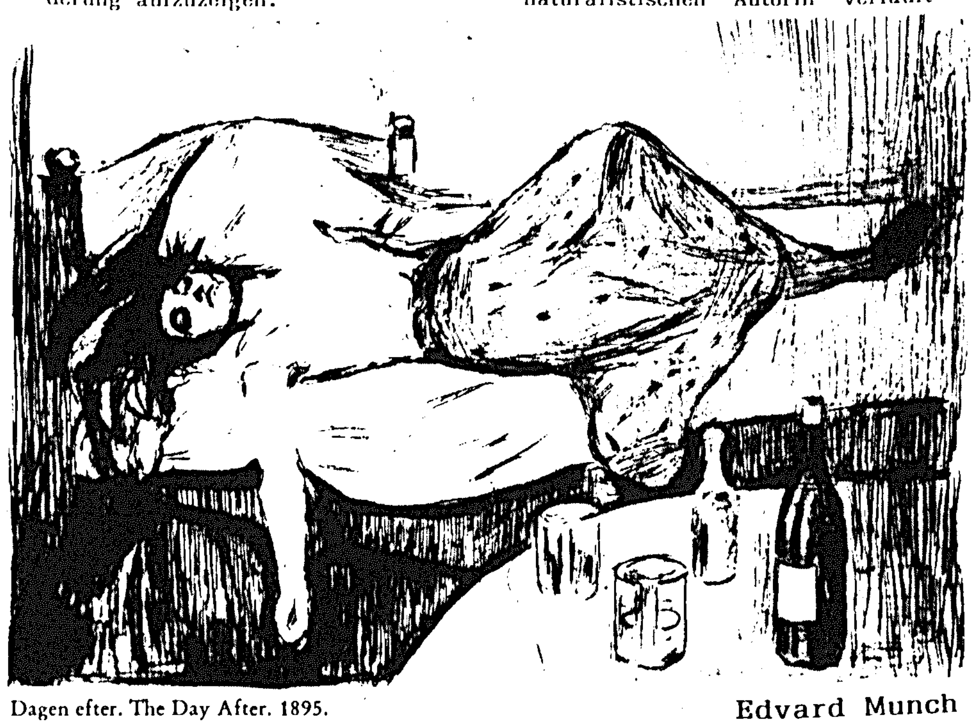
Seit den 1970er Jahren ist die Bekenntnisliteratur ein Teil der Buchwelt. Die Trennung zwischen privatem und öffentlichem Leben ist zusammengebrochen. Aber diese neue Bekenntnisliteratur fungiert nur in seltenen Fällen so wie Jaegers Trilogie - Kranke Liebe, Bekenntnisse, Gefängnis und Verzweiflung oder A. Skrams Romane über Geisteskrankheit; nämlich als Beispiele für Schicksale, die Züge verschiedener Entwicklungen in sich tragen. Die heutige Bekenntnisliteratur ist zumeist ein Spiel mit der Neugierde, oder sie ist zu einer Form seriöser Sensationsjournalistik geworden.

Jaeger und Skram halten stand. In ihren "Bekenntnissen" liegt der historische Bruch. Sie durchstoßen die Grenzen des Erlaubten auf eine so radikale Weise, daß die Öffentlichkeit, die sie kränkten, sich nur mit ihrer extremsten Waffe wehren konnte: Ausstoßen und Anprangern, Verbot in Hans Jaegers Fall, historisches Verschweigen und herablassende Haltung in A. Skrams Fall. Es ist heute notwendig, diese Bücher in ihrem historischen Zusammenhang zu lesen. Sie sind der skandinavischen Gesellschaft entsprungen, die die Wurzeln der heutigen Gesellschaft enthielt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhielten die gesellschaftlichen Institutionen ihre erste moderne Form. In dieser Zeit beginnt ernsthaft der Übergang zur heutigen Gesellschaftsformation. Die Literatur dieser Periode verhält sich gegenüber diesen gesellschaftlichen Verwandlungen reaktionär - entweder kommt dies klar und unzweideutig zum Ausdruck oder es äußert sich durch verschiedeme Formen - wie Verdrängung, Umschreibung und Gebrauch von Symbolen.

Die Bücher dieser Zeit sind von einer wunderlichen Doppelbödigkeit geprägt. Auf der einen Seite erscheinen sie als zeitgemäße, die jegliche Probleme kommentieren, und auf der anderen Seite als Stimme der Vergangenheit, als historische Dokumente. In dieser Doppelbödigkeit liegt das Geheimnis dieser Bücher. Sie sind zeitgemäß, weil sie Verhältnissen entspringen, die wir nicht überschritten haben und auf der anderen Seite wurzeln sie in einer Vergangenheit, die wir hier hinter uns gebracht haben.

In der Vorrede zu Kristiania Boheme schreibt Hans Jaeger u.a.:

" erweist es sich als richtig, daß das bestehende Eigentumsrecht den ökonomisch stärkeren das Recht gibt, den ökonomisch schwächeren zu unterdrücken, politisch, ökonomisch, sozial und intellektuell - und daß diese



Dagen efter. The Day After. 1895.

Edvard Munch

Verhältnisse die großen Gesellschaftsübel hervorrufen: Armut, Roheit, Unwissen; und erweist es sich als richtig, daß die Familien- und Ehesituation durch ihre unnatürliche Trennung der Geschlechter eine Quelle der Liderlichkeit schafft, die zusammen mit Armut, Roheit und Unwissenheit die großen Gesellschaftsübel verursacht, die wir Unsittlichkeit nennen; erweist es sich, daß diese Gesellschaftsübel unabänderlich eine große Menge an Opfern erfordern – dann ist es klar, daß der deterministische Verfasser als Thema seiner Kunst gerne die Entwicklungsgeschichte von Individuen wählt, die Opfer dieser Gesellschaftsübel sind."

Und am Ende steht die Aufforderung zu "einem planmäßigen, zähen Widerstand und anhaltendem Kampf, die drei gigantischen Granitklötze zu untergraben, die die alte Kultur und alte Gesellschaft tragen und alle Geistesarmut am Leben erhalten - : das Christentum, die Moral und den alten Rechtsbegriff."

Diese Vorrede ist ein Programm für eine Abrechnung mit der bestehenden Gesellschaft. Und es ist ein Programm, das Hans Jaeger Buch für Buch erfüllt. In Kristiania Boheme sind es die Moralnormen und die Erziehung, die in Ungnade fallen. In der Trilogie werden die Herausforderungen der zerstörenden Wirkungen etablierter Institutionen verschärft und am Ende, mit der Bibel der Anarchie zielt Jaeger auf die Wurzel allen Übels, das bestehende Eigentumsrecht und die kapitalistische Gesellschaft.

Hans Jaegers Aufruhr und seine Form von Radikalität schließen einen Bruch mit dem Radikalismus ein, der seinem eigenen und dem der Boheme vorausging. Er verstand sich am Anfang selbst als Vermittler des Programms, das "im Durchbruch der Moderne" festgeschrieben war – dem liberalen Radikalismus der Brandes-Generation. Und groß war die Enttäuschung darüber, daß die alten radikalen Köpfe ihn und die Boheme nicht völlig unterstützten – in Verbindung mit den Rechtssachen gegen seine Bücher.

Die Gesellschaftskritik der Brandes-Generation war eine Fortsetzung der radikalen bürgerlichen Kritik der großen französischen Revolution und den Strömungen zwischen 1830-1840, die in der Revolution von 1848 in Frankreich kulminierten. Die Kritik war gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichtet, weil diese nicht ihr grundlegendes Programm von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erfüllte. Aber es war eine Kritik, die keine Gesellschaftsumwälzung forderte, sondern sie war gegen die Einschränkungen in den Freiheiten gerichtet, die von der radikalen, liberalen Tradition versprochen wurde. Es war ein Angriff innerhalb der intellektuellen Sphäre, von einem Angriff auf die Grundlagen der Gesellschaft war nicht die Rede. Der Streit drehte sich um Geistesfreiheit und intellektuelle Freiheit, und deren soziale Ziele waren nicht auf einen totalen Bruch mit der liberalen Bürgerschaft gerichtet, die das Publikum der Durchbruchsgeneration bildete. Dieser Radikalismus war antibürgerlich nur in dem Sinne, daß er seine Fragezeichen hinter die Machtausübung der konservativen Bürgerschaft setzte. Er war feindlich gegen die Bürgerschaft eingestellt, weil sich viele der Kritiker in einer zweideutigen Position sahen: mit einem Bein in einem utopischen Radikalismus und mit dem anderen in der etablierten Gesellschaft. Auf eine Art waren sie freie Autoren, Intellektuelle und Künstler, während sie gleichzeitig Bürger und Beamte waren. Und besonders in Norwegen war gerade diese Generation von Radikalen gleichzeitig Kritiker und Träger des Staates.

Politisch enthielt dieser 'Durchbruch der Moderne' die Reaktivierung des progressiven bürgerlichen Geistes von 1789. Die "citoyen" - Haltung wurde mit dem satten und selbstzufriedenen "bourgeois" - Geist konfrontiert. Und der Kampf zwischen diesen Positionen fand in der bürgerlichen Öffentlichkeit statt. Es war ein Streit, der nur jene etwas anging, die Zugang zu den öffentlichen Debatten hatten, in Vereinen, Zeitschriften und Zeitungen. Es war ein politischer Streit, der nicht mit hilfe von Organisationen stattfand, sondern durch individuelle Argumentation und Exemplifizierung, und sein erstes Fels war die Literatur, deren Publikum sich eine grundlegende Bildung angeeignet hatte.

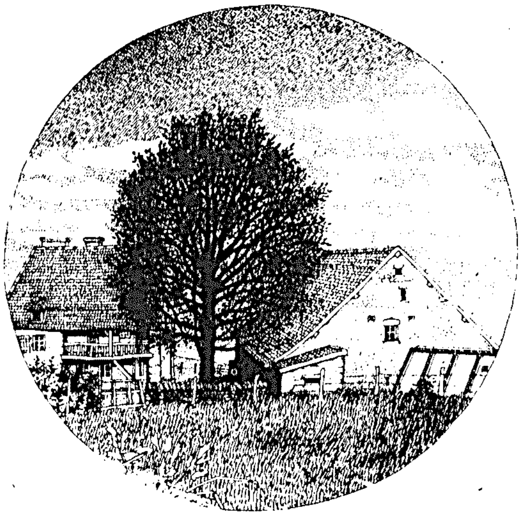


Christiania-bohemen II. The Christiania Bohemian II. 1895. Edvard Munch

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts ist die Periode, in der die moderne Presse und die modernen Verlage sich etablierten. Es ist die Zeit, in der die skandinavischen Künstler und Autoren als eine spezialisierte Gruppe auftreten. Sie versuchen, von ihrer Kunst zu leben. Sie reißen sich los von der ökonomischen Bindung an die bürgerliche Gesellschaft, aber sie binden sich an den Markt der Bilder und Wörter. Die Durchbruchsgesellschaft schafft das erste Stück auf dem Weg weg von der traditionellen bürgerlichen Öffentlichkeit und hin zu einer künstlerischen Institution, deren Kern kritisch ist - aber auch isoliert. Hier werden die Ideale von der absoluten Freiheit als Utopie aufrecht erhalten. Aber die gesellschaftliche Entwicklung zeigt, daß dieser Traum nicht ohne einen totalen Bruch realisiert werden kann. Der kämpfende, radikale und optimistische Glaube, daß der Liberalismus zur Freiheit führen kann, geht über in Mißmut und maulende Antibürgerlichkeit. Für diesen Zusammenhang ist in Norwegen das Jahr 1884 entscheidend. In dem Augenblick, in dem der Liberalismus staatstragend wird, verliert er seine kritische Wirkung. Da bricht die Hoffnung zusammen, daß die liberale Bewegung die Freiheitssehnsucht erfüllen könnte, die von den Männern des Durchbruchs gefordert wurde.

Die Boheme ist ein Produkt des Radikalismus. Sverdrup und Hans Jaeger sind ihre gegenseitigen Zerrbilder. Sverdrup führt den Liberalismus in Verantwortung und Regierungsmacht und etabliert den Storting (Parlament) als das Zentrum politischer Öffentlichkeit. Hans Jaeger führt den Liberalismus weg von jeder Verantwortung und jeder Form von Macht und etabliert die Cafés als Zentren der literarischen Öffentlichkeit.

Siedlungsbewegung und Rätezeit



Ein Gespräch mit dem heute über 85-jährigen Hans Koch, dem Mitbegründer der Kommune Blankenburg in Bayern 1919.
Die Fragen stellte Jutta Bohnke,eine Schwiegertochter von Käthe Kollwitz, deren Sohn Peter mit Hans Koch eng befreundet gewesen war, aber im ersten Weltkrieg neben Hans Koch im Schützengraben erschossen wurde. SF-Red.

J.B.:Die Jugendbewegung war eine Bewegung von unten her; von der Jugend aus - sie hatte nichts mit staatlicher Lenkung oder ...staatlicher Initiative zu tun?

Koch:Nein...Alle gesellschaftlichen Gruppen, sei es Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder andere Formationen, bemühen sich um die Jugend und richten von da aus die Jugendpflege ein...im Gegensatz zur Jugendbewegung, die von unten her, von der Jugend aus entsteht, und zwar in lebendigem Kontakt, einfach basierend auf Freundschaften...ein ganz prinzipieller Unterschied gegenüber dem, was dann in krassester Form natürlich durch die Gleichschaltung von allem, was auch an Jugendbewegung existierte, im 3.Reich erfolgt ist. Also Jugendpflege, d.h. Einschaltung der Jugend für Zwecke und Absichten der alten Menschen! Das war genau das, was auch von unseren großen Vorbildern - zum Beispiel Gustav Wyneken oder Gustav Landauer und Martin Buber - abgelehnt wurde.

(...)

J.B.: War bei eurer Flucht vor der Polizei von Berlin nach Bayern schon an eine gemeinschaftliche Siedlung gedacht?

Koch:Ja, an sie wurde schon seit 1916 gedacht. Das war immer der Wunsch, das, was wir als sinnvolles Leben erkannt hatten, beginnend mit den Fahrten und mit der Fahrtgemeinschaft, mit den Nestabenden und den Ferienerlebnissen der Jugendbewegung schon vor dem 1.Weltkrieg; daß man also nicht irgendwo einen normalen bürgerlichen Beruf ergreifen wollte und dann am Feierabend oder mal übers Wochenende das, was einem eigentlich am Herzen lag, verwirklichen konnte, sondern man suchte jetzt dringend nach Möglichkeiten, dieses Leben universell, also allgemein und ohne Ableitungen und ohne Beeinflußung und ohne Beengung der bürgerlichen Existenzmöglichkeiten durchzuführen. Und das war ja schon quasi das Rezept; wir hatten es von Gustav Landauer (Aufruf zum Sozialismus) und Peter Kropotkin (Industrie,Landwirtschaft und Handwerk) und in gewisser Weise auch von Martin Buber, mit dem wir auch in Kontakt waren...

J.B.: Die Siedlungsidee hat ja damals wohl in Jugendgruppen aller politischer Richtungen eine große Rolle gespielt...BLANKENBURG, wohin sie dann gegangen sind, war allerdings eine der ersten Siedlungen, wenn nicht die erste überhaupt, und zeichnete sich aus durch die Ideale der bürgerlichen Jugendbewegung in Verbindung mit sozialistischen Inhalten..

Koch: Ich möchte mal kurz erzählen, wie es zu der Gründung Blankenburg gekommen ist. Wir waren bekannt dafür...,daß wir danach strebten, irgendwo ein Land und ein Haus zu erwerben und damit eine Basis für unsere Jugendgemeinschaft zu schaffen. Und da kam aus den Kreisen der Münchner sozialistischen Studenten, von Wilhelm Hagen...die Mitteilung, daß eine Pleite gegangene Missionsprokuratur zwischen Augsburg und Donauwörth käuflich zu erwerben sei. Er fragte: Besteht da die Möglichkeit, daß ihr einen Anfang macht? Nun ging es darum,daß man eine Anzahlung haben mußte, also wenigstens 15.000 Mark - und da hat der...Dichter Oskar Maria Graf, mit dem wir sehr gut in Verbindung waren, gesagt: Komm, ich bring dich zu der Hertha König - das war damals eine bekannte Dichterin, die im Insel-Verlag veröffentlicht hat...im Beisein von Oskar Maria Graf habe ich dann so lebendig geschildert, was wir vorhatten, daß sie nach kaum einer Stunde ihr Scheckbuch zückte und über 5000 M einen Barscheck ausfüllte, (das ist also soviel wie heute 50.000DM). Und dann hatte sie anschließend gesagt: Können sie vielleicht da auch einen Schützling von mir mit unterbringen und in ihrer Gemeinschaft brauchen, einen Willi Strobel, das ist ein Schweizer Deserteur?
Ich sagte: Selbstverständlich, wenn wir uns verstehen, ist ja genau das was wir da auch gerne aufnehmen. Und der war einer der wichtigsten Leute bei uns nachher in der Siedlung. Nun fehlten aber immer noch 10.000 Mark. Und da bin ich dann zu einem alten Bekannten, den ich schon in Weimar besucht hatte in seiner Nobelwohnung, Georg Kaiser, ein damals schon ziemlich bekannter,später wohl meistgespielter Dramatiker, der u.a. auch ein Drama geschrieben hatte, das "Gas" hieß. Und das endete mit der Aussicht, daß die Industriearbeiter nicht den ganzen Tag in der ...Industriehölle verbringen sollten sondern halbtags arbeiten und im übrigen in Siedlungsgemeinschaften auf dem Lande bleiben sollten. Und zu dem ...bin ich hingegangen und habe gesagt: Also, Herr Kaiser, es ist soweit, wir fangen an! Und er konnte ja auch gar nicht den Rückzieher machen, es war ja seine Forderung...Er hat 10.000 Mark zum Ankauf der Siedlung bereitgestellt...
Ja, die ganze Zeit war günstig,weil nach dem Zusammenbruch, nach dem verlorenen Krieg das Bürgertum verunsichert war. Die großen Fundamente - Familie,Kirche,Staat - waren ins Wanken geraten.

Mir war klar, daß abgesehen von unserem alten Stamm, der schon aus der Wandervogel-Zeit kam, daß man da natürlich noch eine Ausweitung - wir dachten so an ein gutes Dutzend - nötig hatte. Durch die Verbindung mit den sozialistischen Studentengruppen und durch die Ver-

bindung mit den Kreisen, die um Gustav Landauer und Kurt Eisner in München sich gebildet hatten, die nun wieder in der Arbeiterjugend verwurzelt waren, bekamen wir sehr schnell Kontakt mit einzelnen jungen Menschen, die gerne so eine Gemeinschaft mitmachten... Aber dabei möchte ich sagen: ich halte zwar für die Gründung derartiger Dinge einen gewissen Kristallisationskern für wichtig, aber für noch wichtiger halte ich, daß dieser...so bald wie möglich zurücktritt...damit da nun wirklich eine Gemeinschaft leben und nicht eine Organisation mit Führung und Befohlenen lebendig werden zu lassen...

J.B.: Ich würde gern noch etwas wissen über das Verhältnis von der Siedlung Blankenburg zur Räterepublik in Bayern. Hatten sie Beziehungen? Waren sie daran beteiligt? Haben sie gewisse Funktionen dort übernommen?

Koch: Ja, eine ganze Menge! Wir waren uns darüber klar,daß wir nicht die politischen Typen sind, die da aktiv in die Räteregierung eingreifen oder mitmachen könnten. Ich habe damals dem Gustav Landauer, der in führender Funktion bei der Räteregierung war, erzählt, daß wir Blankenburg gegründet haben, - mit angeregt durch sein Buch "Aufbruch zum Sozialismus". Und da hat er gesagt, er sei sehr glücklich,daß das jetzt anfangen soll. "Er hätte nie den Mut gehabt, anzufangen" - wörtlich zitiert.
Sie fragen nach den Beziehungen zur Räteregierung. Wir waren bekannt als zuverlässige Leute, die zwar keine Parteileute waren, aber anständige Kommuno-Anarchisten, auf die man sich verlassen konnte. Ich war zum Beispiel sehr befreundet mit der Frau von Eugen Leviné (KPD), der dann nachher zum Tode verurteilt wurde, einer der führenden Leute der Räteregierung...Wir verstanden uns sehr gut, sie verstand mich und meine Ideen sogar so gut, daß sie sagte: Wenn wir an die Regierung kommen sollten, seid ihr ja eigentlich die ersten, die wir an die Wand stellen müssen. Weil wir gegen dieses zentralistische Parteiensystem waren und dafür mehr für einen syndikalistischen Aufbau von unten her, also ein Rätesystem, das von überschaubaren Gruppen aus bis zu grösseren Formationen gestaltet wurde.

J.B.: Kannten sie auch Max Levien (KPD)?

Koch: Ja, den Max Levien kannten wir nicht nur, Max Levien, auf den waren 30.000 Mark steckbrieflich ausgeschrieben, er war einer der hauptgesuchten Leute, d.h. die anderen hatte man eben zum Teil in Gewahrsam... Er wurde durch meine damalige - ja, wie nennt man das heute? - Freundin, ist eigentlich zu wenig, aber geheiratet haben wir ja nicht -, also der Helene Dmuchowski und der Lies Timmermann...also diese beiden haben Max Levien mit der Klampfe auf dem Rücken als Wandervogel durch die Weißen Garden, die damals alles abfingen, nach die damals alles abfingen, was irgendwie verdächtig erschien, nach Blankenburg gebracht. Und das war auch der Grund, daß man Blankenburg später ausgehoben hat - wo wir dann ins Gefängnis gekommen sind... Jedenfalls hatten wir enge Verbindung, ohne daß wir politisch tätig waren. Trotzdem, einer von Blankenburg, der Georg Platzer, ist bei den Straßenkämpfen in München zu Tode gekommen.

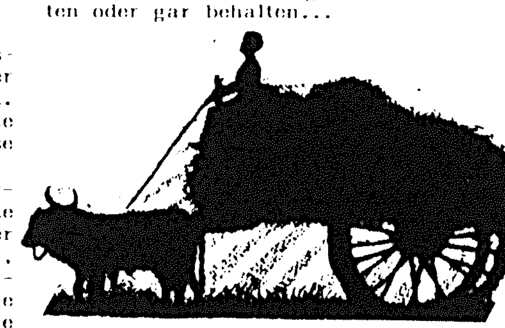


J.B.: Die Polizei hat dann wegen des Verdachts, daß sie Max Levien versteckt hätten, Blankenburg umstellt, und sie sind alle vorgeladen worden zu Verhandlungen?

Koch: Das war eine ganz lustige Sache. Da waren ungefähr 100 Leute - nicht nur Polizei sondern auch noch so Bürgerwehr usw., alle mit Waffen, weil sie wohl annahmen, wir hätten wer weiß was versteckt. Wir hatten nicht eine Waffe...Nach einiger Zeit kam es dann zum Prozeß. Und da ging es nun darum zu beweisen, daß wir keine Ahnung hatten, daß Max Levien bei uns war....
(Der Prozeß endete mit 1 1/2 Jahren auf Bewährung, Abschiebungen etc. relativ glimpflich nicht zuletzt wegen prominenten Entlastungszeugen aus Kochs Verwandtschaft und seiner Verteidigungsrede.)

J.B.: Trotz dieses glücklichen Ausgangs des Prozesses hat sich aber Blankenburg wenig später aufgelöst. Warum geschah das ? Und wie wurde die Frage der Eigentumsverhältnisse gelöst ?
Koch:Da gab es eine gewisse unterschiedliche Entwicklung. Ich hatte schon 1919 - also ungefähr mit der Gründung von Blankenburg-erfahren, daß in der Schweiz ein Erfinder Konrad von Meysenburg eine Maschine gebaut und im Einsatz hatte,die die Spatenarbeit für den Gärtner motorisieren könnte. Das waren die Motorbodenfräsen. Damals bin ich sofort hingefahren, weil mich das brennend interessierte, auch gerade in Verbindung mit den Ideen des Fürsten Kropotkin, der nun diese Verbindung mit dem Boden für so wichtig hielt, im Zusammenhang mit anderen Unternehmungen, der aber auch alles,was technisch möglich war - künstliche Beregnung, Einsatz von Glas, also Gewächshäuser, Treibbeete usw. - befürwortete. Das leuchtete mir sehr ein...eine Gruppe von uns war ganz dagegen. Die waren mehr so - heute würde man vielleicht sagen - anthroposophisch eingestellt, obgleich natürlich heute auch die anthroposophischen Gärtnereien und Landwirtschaftsbetriebe nicht mehr ohne Technik auskommen. Deshalb haben wir eine Zellteilung vorgenommen.

Man kann nicht sagen, daß das nun aufgehört hat.Eine Gruppe blieb da, und eine Gruppe ging weg. Da nun aufgrund der Art, wie Blankenburg gekauft und gegründet worden war, ich als Eigentümer fungierte bzw. in den Büchern des Amtsgerichts festgestellt war, mußte ich, wenn ich weg wollte, mindestens eine Vollmacht ausstellen.
Diese Vollmacht habe ich auf einen Toni Hauser ausgestellt...Der Amtsrichter hat gesagt: Sie geben Ihr ganzes Eigentum dahin. Der kann morgen schon das alles auf sich übertragen, und Sie sind es dann los. Daraufhin habe ich gesagt: Genau das will ich ja auch. Ich habe es ja nicht als Eigentum erworben sondern als Basis für eine Gemeinschaftssiedlung. Und ich will das auch niemals als Eigentum auswerten oder gar behalten...



Das Interview ist gekürzt worden. Wer mehr über Hans Koch erfahren will, muß sich noch etwas gedulden. Zusammen mit einem heutigen Kommunarden vom schafzuchttreibenden Reinighof bei Pirmasens schreibt Hans Koch an seinen Erinnerungen.
Über die Kommune Blankenburg gibt es bereits seit 1973 eine wenig verbreitete Untersuchung von Ulrich Linse: Die Kommune der deutschen Jugendbewegung; CH.BECK'SCHE Buchhandlung München; Bestellnummer: ISBN: 13-406-108059; SF-Red.

WENN DAS VATERLAND RUFT...

Totalverweigerung auf Italienisch

Am Sonntag, dem 13. Februar wurde in der Kaserne "Pavia" in Pesaro MAURO ZANONI, aktiver Anarchist, 20 Jahre alt, gebürtig aus Asola (in der Provinz Mantua) verhaftet. Zanoni hätte sich vier Monate vorher, exakt am 7. Oktober 1982, in dieser Kaserne vorstellen müssen, um seinen Militärdienst abzuleisten.
In Italien besteht eine Militärdienstpflicht mit obligatorischer Einberufung von einer Dauer von 12 Monaten im Heer oder bei der Luftwaffe, einigen Monaten mehr bei der Marine. Seit 1972 wird auch ein sogenannter Zivildienst eingerichtet, der es erlaubt, die Zeit der Militärpflicht nicht in der bewaffneten Streitmacht sondern in verschiedenen zivilen Institutionen oder Anstalten zu durchlaufen (therapeutische Gemeinschaften, Bibliotheken, öffentliche Einrichtungen etc.).
Dieser Zivildienst aber wird nicht automatisch auf Anfrage des einberufenen Jugendlichen genehmigt, sondern erst nach Genehmigung einer erst eigens dazu bestimmten Militärkommision, die vom Verteidigungsministerium eingesetzt ist. In diesen Jahren wurden zahlreiche Anfragen zum Zivildienst eingereicht. Der Zivildienst dauert außerdem fast zwei Jahre, d.h. praktisch also das Doppelte des Militärdienstes. Es wird außerdem die Tatsache unterstrichen, daß der Zivildienst eingerichtet wurde vor allem mit dem Gedanken, den antimilitaristischen Protest zu reglementieren und ihn ganz auszulöschen, indem man ihn disziplinarisch in die Institutionen eingliedern ließ.
Zanoni hätte ein Gesuch für den Zivildienst stellen können und so vielleicht den Militärdienst vermieden, indem er zwei relativ ruhige Jahre in einer öffentlichen Einrichtung verbracht hätte. In Übereinstimmung mit der Ablehnung autoritärer Institutionen (auch wenn sie nicht ausdrücklich militaristisch sind) hat Zanoni sowohl den Militär- als auch den Zivildienst zurückgewiesen: und er hat dies zum ersten Mal öffentlich in Mailand am 26. September erklärt, während eines Kongresses über Errico Malatesta. In den Monaten seither hat sich Zanoni an zahlreichen antimilitaristischen Initiativen beteiligt, und hat seine Aktivitäten als Anarchist weiterverfolgt. Am Sonntag, dem 12. Februar, während eines antimilitaristischen Treffens, das vom Kollektiv studentischer Anarchisten angeregt wurde, hat Zanoni im Kino Cristallo, Mailand, vor 500 Personen öffentlich seinen Einberufungsbescheid zerrissen, wobei er noch einmal die Gründe seiner Entscheidung erklärte.
Einen Tag danach, am Sonntag, den 13. Februar, hat sich Zanoni dann bei "seiner" Kaserne vorgestellt und ist in das Militärgefängnis von Peschiera del Garda (in der Provinz von Verona) gesperrt worden. Der Prozeß dürfte innerhalb von zwei Monaten stattfinden und das Urteil dürfte auf ca. ein Jahr lauten.
Der Fall von Mauro Zanoni ist nur der letzte in einer Serie von analogen Fällen, deren Hauptpersonen verschiedene Jugendliche in den letzten Jahren waren - fast alles Anarchisten und Libertäre. Allein im letzten Jahr haben zwei aktive Anarchisten sowohl Militär- als auch Zivildienst verweigert: es handelt sich um die beiden sizilianischen Genossen Orazio Valastro (aus Catania) und Giuseppe Scarso (von Giarratana in der Provinz Ragusa). Letzterer hat am 1. August 1982 öffentlich den Einberufungsbefehl auf dem Zentralplatz von Comiso zerrissen, der sizilianischen Stadt, wo sich eine Raketenbasis der NATO im Bau befindet, für Cruise Missiles und Pershing Raketen. Gegen die Errichtung dieser Base findet seit einiger Zeit eine intensive Mobilisierung statt, bei der Anarchisten einen höchst aktiven Teil darstellen (im Bereich der 'selbstverwalteten Gruppen gegen die Konstruktion der Raketenbasis von Comiso' von den Anarchisten selbst angeregt).

Die Redaktion von Rivista "A"

Am 7. OKtober 1982 hätte ich mich in der Kaserne Pavia von Pesaro vorstellen müssen, um ins Heer eingezogen zu werden und dieser Todesinstitution 12 Monate meines Lebens zu schenken. In Übereinstimmung mit meinen anarchistischen und folglich antimilitaristischen Überzeugungen werde ich mich weigern, den Militär dinst abzuleisten.
Das fortlaufende Aufflackern von so genannten 'lokalen Konflikten' (die kürzliche Falklandkrise, der Libanon, der Iran-Irak-Krieg, ohne Afghanistan und El Salvador zu vergessen, wo Heere verschiedener Couleur in gleicher Weise auf die Bevölkerung schießen) und die Gefahr eines Konfliktes viel größeren Ausmaßes, der Rüstungswettlauf, in dem sich Italien an der Spitze befindet (ich erinnere an die Raketen in Comiso, um ein Beispiel zu geben), all dies macht einen Einsatz des individuellen und sozialen Kampfes gegen den Militarismus und die Autorität immer mehr notwendig.
Das Heer, seit jeher Instrument in den Händen der Macht, um Unterdrükkung und Ausbeutung festzuschreiben, ist dabei, sich in ein Zentrum der Machtbildung umzuwandeln. Der moderne Militärapparat, der in einem technokratischen Sinne an der Entwicklung der Gesellschaft partizipiert, die zu einem Zusammenschluß von politischer und wirtschaftlicher Macht geführt hat, hat hohe Offiziere der Streitkräfte in die Parteien und politischen Organisationen und an



die Spitzenpositionen der Kriegsindustrien als Vertreter des Staates gebracht (der zum guten Teil Mitbesitzer dieser Industrien ist). Das Heer ist folglich nicht mehr einfach Diener einer Klasse, sondern integrierter Teil eines Staates, der nach immer größerer Herrschaft über die Gesellschaft strebt, indem er in den eigenen Händen die Kontrolle der Wirtschaft zentralisiert und sich so in Richtung Helferfunktion entwickelt.
Der Kampf gegen den Militarismus hat folglich also keinen Sinn, wenn er sich distanziert von einem viel weitergehenden Kampf gegen alle autoritären und hierarchischen Institutionen.
Genau das ist es auch, warum ich die Möglichkeit des Zivildienstes als Ersatz des militärischen zurückweisen werde: der Zivildienst ist legal vom Staat anerkannt, und ihn zu akzeptieren bedeutet letztlich, es als legitim anzuerkennen, wenn über mein Leben entschieden und bestimmt wird.
Meine Wahl ist im antimilitaristischen und antiinstitutionellen Sinne getroffen und kann nicht durch ein Gesetz reguliert und eingezäunt werden. Mein Kampf hat nichts zu tun mit dem zweideutigen und wankelmütigen Pazifismus, den kürzlich eine wahre Flut von Menschen auf die Straße getragen hat, um Frieden und Abrüstung zu fordern. Bis wohin geht die "Friedensbewegung"?
Das Festhalten an der engen Legalität und die Delegierung des eigenen Kampfes an die Politiker, dies ist sehr schnell, wie von Anfang an vorauszusehen war, in den Maschen des Systems hängengeblieben, ohne eine Spur zu hinterlassen.

Die Vernichtung des Militarismus
muß geschehen
durch konkrete Akte
der Widersetzlichkeit
und des Ungehorsams
gegenüber jeder Form von Autorität.

Für eine Gesellschaft ohne Heere und Gefängnisse!
Für die Anarchie!

Flugblatt von Mauro Zanoni

BÜCHER, DIE BEIM SF BESTELLT WERDEN KÖNNEN

Anarchosyndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr; Hrsg.v.P.Walter R.Theissen u.a. EMS-KOPP-Verlag 11.50 DM

Augustin Souchy:Vorsicht Anarchist! 310 S. 17.-DM;TROTZDEM-Verlag

Gustav Landauer: Beginnen; Verlag BÜCHSE DER PANDORA 182 S. 8.-DM

Gustav Landauer:Abschaffung des Krieges ...32 S. 1,50 DM, TROTZDEM-Verlag

Internationales Anarchistisches Adreßbuch,MONTE-VERITA - Verlag,180 Seiten, 18.-DM

THTR-Der Pleitereaktor; BI Hamm-Uentrop; 26S.,1,50 DM

Helmut Rüdiger: Sozialismus und Freiheit; 160 S. 8.-DM,Verlag BÜCHSE DER PANDORA

Selbstverwaltung - Basis einer befreiten Gesellschaft, 190S.,14.-DM,TROTZDEM-Verlag

Winfried Reebs: Knastarchitektur... 42S., 4,50 DM TROTZDEM-Verlag



TU WAS DU WILLST - Anarchistische Texte, AHDE-Verlag; 238 S. 17.-DM

Wittkop: Unter der Schwarzen Fahne 10.-DM,FISCHER-Verlag

Jens Bjorneboe: Wider den Bevormundermenschen; 155 S.,10.-DM,TROTZ-DEM-Verlag

Jerry Rubin:We are everywhere (Prozeßerfahrungen); 8.-DM,Verlag Büchse der Pandora

ZEITSCHRIFTEN,die wir immer vorrätig haben:

AKTION.Anarchistisches Magazin aus Karlsruhe/Frankfurt; ca.32S.,2.-DM (A 4-Format)

DIE FREIE GESELLSCHAFT aus Wetter; ca.70 S.,3.-DM (A 5-Format)

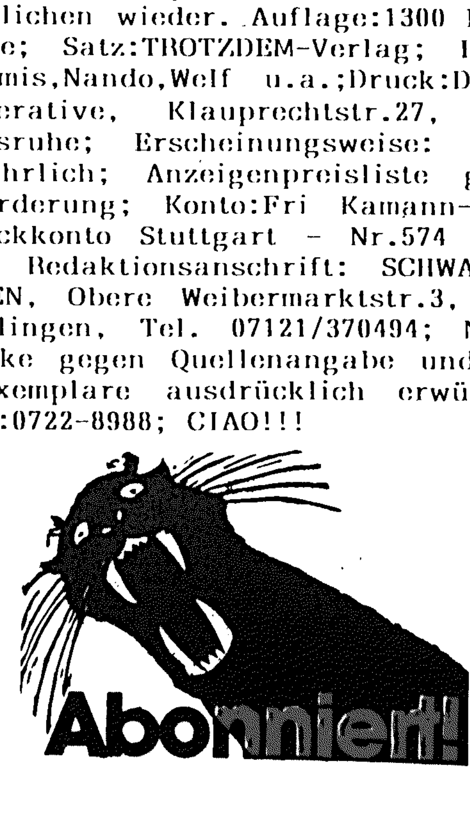
ZEITGEIST-Sonderheft (letzte Ausgabe von Otto Reimers; 215 S. 7.-DM)





IMPRESSUM

Herausgeber: Wolfgang Haug, Reutlingen;V.i.S.i.P.:Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder presserechtlich Verantwortlichen wieder. Auflage:1300 Exemplare; Satz:TROTZDEM-Verlag; Photos Artemis,Nando,Welf u.a.;Druck:Druckcooperative, Klauprechtstr.27, 7500 Karlsruhe; Erscheinungsweise: vierteljährlich; Anzeigenpreisliste gegen Anforderung; Konto:Fri Kamann-Postscheckkonto Stuttgart - Nr.574 63 - 703; Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, Obere Weibermarktstr.3, 7410 Reutlingen, Tel. 07121/370494; Nachdrucke gegen Quellenangabe und Belegexemplare ausdrücklich erwünscht ISSN:0722-8988; CIAO!!!





EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden;

